



Plenarprotokoll

58. Sitzung

Freitag, 29. März 2019

Gemeinsame Beratung	4404	c) Fairer Wahlkampf zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019	4404
a) Europa gemeinsam gestalten!	4404	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1372	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1368		Respektvoller Umgang bei Wahlen	4404
b) Europäisches Parlament stärken - Europäische Verfassung voranbringen	4404	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1387	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1370			

d) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunk- te. Europabericht 2018 - 2019	4404	Kay Richert [FDP].....	4430
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1371		Volker Schnurrbusch [AfD].....	4431
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4404, 4419	Flemming Meyer [SSW].....	4432
Hartmut Hamerich [CDU].....	4407	Bernd Heinemann [SPD].....	4433
Jörg Nobis [AfD].....	4409	Werner Kalinka [CDU].....	4434
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4411, 4420	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4435
Stephan Holowaty [FDP].....	4414, 4420	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	4436
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4417	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1369	
Bernd Heinemann [SPD].....	4421	2. Annahme des Altern- ativantrags Drucksache 19/1386.....	4439
Claus Schaffer [AfD].....	4421	Berufliche Perspektiven für Spit- zensportler*innen fördern	4439
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Mi- nisterin für Justiz, Europa, Ver- braucherschutz und Gleichstel- lung.....	4422	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1364	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	4424	Erfolgsmodell zur Sportförderung für die gesamte Landesverwaltung	4439
Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 19/1368 an den Europaausschuss		Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1388	
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1370		Kathrin Wagner-Bockey [SPD].....	4439, 4448
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1372		Barbara Ostmeier [CDU].....	4440
4. Annahme des Altern- ativantrags Drucksache 19/1387		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4442
5. Überweisung des Be- richts Drucksache 19/1371 an den Europaausschuss zur abschließen- den Beratung.....	4426	Jörg Hansen [FDP].....	4444
Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand fortsetzen	4426	Claus Schaffer [AfD].....	4445
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1369		Lars Harms [SSW].....	4446
Verantwortungsvoll mit Steuergel- dern umgehen und Ursachen für Kostensteigerung ermitteln	4426	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4447
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1386		Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	4449
Kai Vogel [SPD].....	4426	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1364 und des Al- ternativantrags Drucksache 19/1388 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirt- schaftsausschuss.....	4450
Lukas Kilian [CDU].....	4427	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Übergangsregelung für Online-Kasinospiele	4450
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4428		

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1343		Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	4454
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	4450	* * * *	
Wildtiere schützen - Stacheldrahtzäune abbauen	4450	Regierungsbank:	
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1361		Daniel Günther, Ministerpräsident	
Beschluss: Ablehnung.....	4450	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Steuerformulare geschlechtsneutral und diskriminierungsfrei gestalten	4450	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1365 (neu)		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	
Beschluss: Ablehnung.....	4450	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes	4450	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1252		Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	4450	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	4450	* * * *	
Drucksache 19/1378			
Beschluss: Annahme.....	4451		
Reden zu Protokoll			
Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes	4452		
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1252			
Anette Röttger [CDU].....	4452		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4452		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4453		

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind erkrankt: für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Peter Lehnert, für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Regina Pörsch, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Dr. Marret Bohn. Wir wünschen allen gute Besserung.

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Eckener Schule Flensburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22, 24, 25 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Europa gemeinsam gestalten!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1368

b) Europäisches Parlament stärken - Europäische Verfassung voranbringen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1370

c) Fairer Wahlkampf zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1372

Respektvoller Umgang bei Wahlen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1387

d) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte. Europabericht 2018 - 2019

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1371

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben momentan eine paradoxe Situation. Selten hatten das Europäische Parlament, der Kommissionspräsident oder gar die Tagung des Europäischen Rates eine derart große Medienpräsenz wie derzeit. Das hängt allerdings mit dem Brexit zusammen. Den meisten ist bewusst, dass Europa an einem Scheidepunkt steht, der zumindest im Rückblick in einigen Jahren wohl als historisch angesehen werden wird. Gleichzeitig ist jedoch die öffentliche Debatte darüber, welchen konkreten Weg Europa an diesem Scheidepunkt einschlagen soll, noch immer viel zu leise, in vielen Teilen sogar verzagt. Selbst diese leisen Töne werden von dem Brexit-Crescendo weitgehend überlagert, was ich einen traurigen Befund finde, denn eigentlich müssten wir jetzt alle sehr laut, sehr deutlich und kräftig sagen, worum es in Europa geht, nämlich um Frieden, Wohlstand und Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Dabei gibt es in der Sache zum Brexit kaum Neues. Die Liste dessen, worauf sich das britische Parlament nicht verständigen kann, wird jeden Tag länger. Was jedoch der Konsens des Unterhauses sein soll oder sein könnte, ist nach wie vor unklar. Ich war selber in der vorletzten Woche zu politischen Gesprächen in London, und ich muss sagen, die Ratlosigkeit ist dort buchstäblich mit Händen zu greifen. Die meisten Menschen, die man dort trifft, sagen, dass sie doch lieber in den Pub gingen und Fußball schauen, als sich mit dem zu beschäftigen, was im Unterhaus stattfindet, weil man dort nicht mehr durchblickt, wenn man nicht sein Leben den ganzen Tag mit Politik bestreitet.

Ein wirklich trauriger Zustand, in den diese stolze Demokratie von unverantwortlichen Populisten gebracht wurde! Das sollte uns übrigens ein Lehrstück dafür sein, wohin Nationalismus führt, wenn man aus Angst vor den Populisten solche Dinge macht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

(Dr. Ralf Stegner)

Heute stimmt das Unterhaus zum dritten Mal über das Brexit-Abkommen ab. Der Ausgang ist ungewiss. Den Briten und uns allen ist eine gute Lösung zu wünschen. Über die drohenden dramatischen Folgen eines ungeklärten Brexits haben wir hier im Hause diskutiert, das muss ich nicht wiederholen. Die gute Lösung ist etwas, was wir uns als Europa wünschen müssen und wo wir uns jedwede anti-britischen Töne sparen sollten. Die Politik ist falsch, aber nicht die Tatsache, dass wir mit den Briten in Europa zusammenleben wollen. Es wäre gut für uns, wenn ein Weg gefunden würde, zum Beispiel mit einem zweiten Referendum, diesen Irrsinn zu korrigieren, der auf den Weg gekommen ist.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist kein Wunder, dass der Europa-Bericht der Landesregierung für das Jahr 2018 einen weitgehenden Stillstand der europäischen Politik feststellen muss, es muss daher der Ansporn für uns in diesem Jahr sein, daran etwas zu ändern. Für die anstehenden Richtungsentscheidungen sind die Europawahlen Ende Mai das entscheidende Datum. Europa muss den Defensiv-Modus verlassen, es wird Zeit, endlich das Ungleichgewicht von wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten anzugehen. Es wird Zeit, für eine gerechte Steuerpolitik, für wirkungsvollen Klimaschutz, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einzustehen. Es ist aktueller denn je, dass Europa endlich wieder seine alte Strahlkraft als großartiges Friedensprojekt entfaltet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu dem Antrag der Regierungsfractionen sagen. Nichts von dem, was Sie vorschlagen, ist verkehrt. Darum werden wir dem Antrag heute auch guten Gewissens zustimmen können. Aber am Ende nimmt dieser Antrag allein die europäischen Institutionen und Verfahren in den Blick - ohne Frage, auch die sind wichtig. Diese Debatten haben wir aber in der Vergangenheit allzu oft geführt, um uns dann zu wundern, dass sie in der Bevölkerung nicht wirklich geeignet sind, Euphorie für Europa zu wecken. Es geht eben nicht um den Verwaltungsapparat in Straßburg oder Brüssel. Übrigens: Hinweise just zu diesem Zeitpunkt, dass wir nicht in Straßburg tagen sollten, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich ganz besonders schlau gegenüber unseren französischen Nachbarn, um das klar zu sagen. Das kann ja nicht der zentrale Punkt sein, darüber zu reden, wo

der Parlamentssitz ist. Wir haben wirklich andere Sorgen in Europa als solche.

Ich will dafür ein paar Beispiele nennen. Wir denken, dass wir viel mehr über ein soziales Europa sprechen müssen. Europa hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, dass viele Menschen mehr Wohlstand genießen als früher. Europa ist ein reicher Kontinent geworden. Aber immer deutlicher zeigt sich, dass dieser Wohlstand nicht gleichmäßig verteilt ist. Im Gegenteil. Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre hat viele Verlierer produziert. Nach wie vor ist die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa erschütternd hoch. Was meinen Sie denn, was junge Leute denken, wenn man ihnen sagt, dass wir sie nicht brauchen? Was denken Sie, wie groß die Zustimmung dazu ausfallen wird, wenn das erste Signal ist? Viele Geschäftsmodelle, bis hin zu den Tausenden von Paketboten in Sub-Sub-Unternehmen an unseren Haustüren, funktionieren nur, weil es Sozialdumping auf Kosten der osteuropäischen Mitgliedsländer gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das müssen wir ändern, wenn wir Europa sozialer machen wollen.

(Beifall SPD)

Wir brauchen europäische Sozialstandards, beispielsweise einen am nationalen Durchschnittseinkommen orientierten Mindestlohn, von dem letztlich auch die deutsche Wirtschaft profitiert. Es braucht eine europäische Anstrengung, um jungen Menschen auf dem ganzen Kontinent eine Zusage zu geben: Niemand bleibt zurück. Wir brauchen euch alle. - Zukunft geht nur mit den jungen Menschen und nicht gegen sie. Deswegen ist es so wichtig, sich um dieses Thema zu kümmern.

Übrigens: Deutschland ist das Land, das mehr als jedes andere Land von der europäischen Einigung profitiert. Wir sind zurückgekehrt in die europäische Völkerfamilie. Wir haben eine besondere Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen, immer mitzuhelfen und auch im Ton gegenüber den Kleineren immer daran zu denken. Auch da macht der Ton wirklich die Musik im Miteinander in Europa.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Denny Bornhöft [FDP])

Wir brauchen den engagierten Kampf gegen Steuerhinterziehung und für gemeinsame Mindeststeuersätze. Wenn auf Dauer nur Arbeitnehmer und kleine Unternehmen ihren Beitrag zahlen und sich die großen Konzerne, vor allem die Digitalkonzerne, aus ihrer Verantwortung stehlen, untergräbt das Europas

(Dr. Ralf Stegner)

Legitimität. Also einheitliche Bemessungsgrundlagen für große Unternehmen, die Finanztransaktionssteuer, aber eben auch für Facebook, Google und Co. muss die Digitalsteuer kommen. Ich bin wirklich gespannt, ob diejenigen, die gestern den Demonstrantinnen und Demonstranten gegen den Upload-Filter unterstellt haben, Google-gesteuerte Bots zu sein, morgen bereit sind, mit uns zusammen die Digitalkonzerne beim Steuerrecht wirksam an die Kandare zu nehmen. Da bin ich sehr gespannt, wie das sein wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dennys Bornhöft [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vor dem Hintergrund einer chaotischen Weltlage - ich will auf den Herrn im Weißen Haus gar nicht eingehen - braucht es starke europäische Signale für Frieden und Abrüstung. Die richtigen Reaktionen auf die großen Unsicherheiten unserer Zeit dürfen nicht sprunghaft steigende Rüstungsausgaben sein. Es ist irrsinnig, einen europäischen Flugzeugträger zu fordern und zu behaupten, die besten Europäer seien diejenigen, die ohne Murren möglichst viele Waffen in Kriegsgebiete exportieren. Das ist falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen für Frieden und Abrüstung eintreten.

(Beifall SPD)

Es geht nicht um deutsche Besserwisserei. Ich bin überhaupt nicht dafür, anderen zu sagen, was sie in der Frage tun sollen. Es geht auch nicht um Bevormundung. Wir als Deutsche sollten aber mit gutem Beispiel vorangehen. Das sollten wir immer wieder tun als diejenigen, die im letzten Jahrhundert den scheußlichen Zweiten Weltkrieg angezettelt haben. Wir müssen beim Thema Frieden und Abrüstung immer die Ersten sein, die sagen: „Wir tun alles, was möglich ist, um Friedensgespräche zu unterstützen.“

(Beifall SPD)

Statt auf das Trennende zu verweisen, sollten wir immer das Gemeinsame betonen. Unser Arbeitskreis Europa der Landtagsfraktion - die erkrankte Kollegin Poersch war dabei, und ich hoffe, dass sie bald wieder in unseren Reihen sitzen wird -

(Beifall SPD und Minister Dr. Bernd Buchholz)

war in Kaliningrad und hat dort das 20. Jubiläum unserer Partnerschaft gefeiert. Auch da gilt: Geografisch hat sich nichts verändert. Wir müssen ein Volk der guten Nachbarn sein. Wir müssen mit denen reden, und jedes Gespräch ist besser, als die

Spannungen zu verschärfen oder zu glauben, allein mit Sanktionen kämen wir weiter.

Dabei bin ich überhaupt nicht einer von denen, die alles richtig finden, was Herr Putin sagt, oder die sich generell für solche Arten von Regierungsform begeistern können; das kann ich nicht. Allerdings sind wir auch erschreckt über das, was Herr Trump sagt. Insofern gibt sich das in der letzten Zeit nicht besonders viel.

Europa braucht auch eine gemeinsame Lösung für den Umgang mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Es ist ein beschämender Zustand, wenn sich in regelmäßigen Abständen auf den Booten der Seenotrettungsorganisationen humanitäre Dramen ereignen, weil es Wochen dauert, bis wir uns geeinigt haben. Es ist Europas nicht würdig, dass das passiert und das Mittelmeer ein Friedhof geworden ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und SSW)

Auch da müssen wir etwas tun, und die Ungerechtigkeiten müssen angegangen werden.

Und ja, wir werden kein Problem mehr national lösen können, auch den Klimawandel nicht. Diese Probleme werden vielleicht national verursacht, aber nicht mehr gelöst. Wenn wir das in Europa nicht gemeinsam tun, ist der Kampf aussichtslos. Wir müssen die Pariser Klimaziele gemeinschaftlich erfüllen. Auch da kann Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Auf jeden Fall müssen wir gemeinsam handeln.

Zum Schluss will ich noch etwas zum Europawahlkampf sagen. Da gibt es ja einen Antrag, zu dem die Koalitionsfraktionen einen Gegenantrag vorgelegt haben, dem wir uns angeschlossen haben, mit dem Hinweis, wir wollen einen fairen Wahlkampf. Wir lehnen jedwede Gewalt ab und jede Aufstachelung dazu übrigens auch. Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf: „Mischt euch ein, geht wählen. Geht wählen bei der europäischen Wahl, und wählt demokratische Parteien!“ Das füge ich hinzu; denn auch das ist Teil unserer Auseinandersetzung.

(Lebhafter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich will deutlich sagen, dass nur diejenigen, die hier klatschen, gemeint sind. Das möchte ich einmal klar auf den Punkt bringen. Gemeint sind die proeuropäischen Parteien, die nicht nationalistische Lösungen von gestern wollen. Nationalismus bringt Unfrieden und Krieg. Das wollen wir nicht.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wir wollen ein gemeinsames Europa und nicht irgendwie Polen first, Bavaria first oder sonst irgendetwas first. Vielmehr müssen wir gemeinsam versuchen, dafür zu sorgen, dass dieses großartige Friedensprojekt gelingt.

Ich will das zum Schluss noch sagen dürfen: Das wirklich Beste, was meiner Generation passiert ist, ist, dass wir in Frieden, Wohlstand und Demokratie leben dürfen. Das verdanken wir Europa. Lasst uns für unsere Kinder und Enkel dafür sorgen, dass das so bleibt. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesen Tagen bewegt uns alle die Zukunft der Europäischen Union, gerade bei den Berichten aus Brüssel und vor allem aus London zum Ausstiegstag - ob es dieses Datum tatsächlich sein wird, wissen wir nicht - 12. April 2019 in ganz besonderer Weise. Wir stellen uns die Fragen: Wie entwickelt sich unser Europa weiter? Wie soll unser Europa der Zukunft aussehen?

Die Diskussion um den Brexit steigert Woche für Woche unser Unverständnis, wie die britische Regierung und das britische Unterhaus mit diesem so wichtigen Thema für das Vereinigte Königreich und für die EU umgehen. Offensichtlich bestimmen in erster Linie Macht und Ränkespiele das Geschehen. Dabei müsste doch eigentlich inzwischen jedem bewusst sein: Bei einem unregelmäßigem Brexit gibt es auf allen Seiten nur Verlierer.

Zudem bestünde die große Gefahr, dass der beigelegte bürgerkriegsartige Nordirlandkonflikt, der noch bis ins Jahr 1998 andauerte und rund 3.500 Tote und viele Verletzte gefordert hat, erneut auflebt. Verantwortung und Besonnenheit sind deshalb gefordert.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den meisten ist bekannt: Ich bin mit einer Engländerin verheiratet. Der Mann ihrer Schwester ist Nordire und stammt aus Belfast. Sie glauben mir sicherlich, dass ich mit

diesem Thema in besonderer Weise umgehe und dass es mich auch emotional berührt. Wir haben den Brexit hier im Haus in den letzten Plenartagungen umfänglich diskutiert. Da immer noch nicht klar ist, wohin die Reise geht, bleibt das Thema immer noch auf der Tagesordnung.

Ich habe allerdings die Hoffnung, dass die anderen Länder ob des Handelns im britischen Unterhaus oder in der britischen Regierung im Vereinigten Königreich mittlerweile eine etwas überdachte Position zu Europa haben und feststellen, dass man etwas tun kann, wenn man sich nur dafür einsetzt.

(Beifall CDU)

Die 27 verbleibenden Mitgliedstaaten der EU wollen einen geregelten Brexit. Sie sind in den zweijährigen Verhandlungen dem Vereinigten Königreich weitestgehend entgegengekommen. Sie haben sich aber letztendlich bis heute - und das ist das Positive - nicht auseinanderdividieren lassen, sondern stehen zusammen. Dies ist eine große Leistung angesichts der unterschiedlichen Interessen. Das beweist, dass die EU sehr wohl auch in schwierigen Fragen geeint und handlungsfähig ist. Dies macht auch Mut für die Zukunft und für die Gestaltung der Europäischen Union nach einem wie auch immer gearteten Ausstieg des Vereinigten Königreichs.

Dass wir uns anders aufstellen müssen, ist uns allen klar. Zu wenig kommen die großen Erfolge der Europäischen Union im Bewusstsein der Bürger an. Zu sehr besteht der Eindruck - gelegentlich sicher auch berechtigt -, dass ein großer bürokratischer Apparat in Brüssel in viele Details des Lebens, in lieb gewonnene Gewohnheiten oder gar Traditionen hineinregiert.

Unbestritten ist aber auch, dass uns diese Europäische Union im Kerneuropa eine noch nie da gewesene Periode des Friedens von inzwischen 74 Jahren ermöglicht hat. Ganze zwei Generationen sind von Leid verschont geblieben. Nur von alten Großeltern können wir heute noch als direkte Zeitzeugen erfahren, wie furchtbar Kriege sind: Verlust von Mann, Frau, Kindern, Geschwistern, Krankheit und schwerste Verletzungen, Flucht und Vertreibung, Zerstörung, Hunger und Not. Diese persönlichen Erfahrungen gehen verloren. Bilder, Berichte und Filme kommen abstrakt daher. Von daher schwindet offensichtlich auch die Bedeutung, welche einen hohen Wert dieser Frieden für jeden von uns hat. Welche großartige Leistung haben die Architekten der EU hier vollbracht!

(Hartmut Hamerich)

Heute leben wir in stabilen politischen Verhältnissen und großem Wohlstand. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Freizügigkeit sind unverzichtbare Grundwerte des geeinten Europas. Das ist ein Ergebnis der europäischen Politik. Viele Menschen anderer Staaten schauen beeindruckt auf dieses Europa. Leider müssen wir feststellen, dass diese Werte nicht in allen Mitgliedstaaten gleichrangig eingestuft werden und nationale Sichtweisen stärker werden. Wir sollten alles tun - im Kleinen und Großen -, die bisher erreichten Ziele auszubauen und zu festigen, um den neuen Entwicklungen klug zu begegnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf einige Ansätze im Großen zielt unser Jamaika-Antrag ab. Wir wissen sehr wohl, dass die beschriebenen Ziele nicht in Schleswig-Holstein bewegt werden, aber auch von hier angestoßen und unterstützt werden können. Wir sind überzeugte Europäer, und wir brauchen Reformen, um die EU für die Zukunft fitzumachen und die Bürger stärker mitzunehmen.

Was wollen wir also tun? Eine europäische Verfassung, die noch stärker unsere gemeinsamen Grundwerte betont, wäre dafür als Grundlage ein idealer Ansatzpunkt. Das wird nicht einfach; es ist aber einen Versuch wert.

Das Europaparlament sollte stärker als bisher als echtes Parlament wahrgenommen werden. Dazu gehören mehr Eigenständigkeit und mehr Rechte. Ein umfangreiches Initiativrecht wäre hier ein wichtiges Element.

Es ist einfach, jedem Mitgliedsland einen Kommissar zuzusprechen. Ob dies einer optimalen Arbeitsstruktur entspricht, bezweifle, glaube ich, nicht nur ich.

Neue und effektivere Strukturen bei einer gleichzeitigen Verkleinerung der Kommission sollen das Ziel sein. Die Wahlen zum Parlament müssen interessanter für die Bürger werden. Ein Spitzenkandidatensystem, das sich seit der letzten Europawahl erstmals entwickelt hat, wäre ein guter Weg. Köpfe mit Inhalten zu verknüpfen, führt zu einer stärkeren Wahrnehmung.

Um die Bürger bei Entscheidungen stärker einzubeziehen, müssen wir ihnen mehr Möglichkeiten bieten mitzumischen. Die digitale Welt bietet hierzu eine neue und leichtere Möglichkeit, die ausgebaut werden sollte. Auch Informationen können leichter und verständlicher erfolgen.

Schließlich müssen wir den Wert und die Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in jedem Mitgliedsland

stärker in den Fokus nehmen. Sie sind ein wichtiges Element unserer Grundwerte und dürfen nicht nach Beliebigkeit ausgedehnt und interpretiert werden. Wer von wirtschaftlichen Vorteilen profitiert, muss sich auch an vereinbarte Grundregeln halten. Wir erwarten die Einführung von Mechanismen, die dies stärker sicherstellen. - Das sind Ideen, um in einen Reformprozess einzusteigen. Es gibt sicher weitere gute Ideen, um dieses Prozess zu beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die SPD hat heute eine umfangreiche Liste ihrer Vorstellungen zur EU in die Debatte eingebracht. Der Antrag entspricht - das kann ich mir nicht verkneifen - einer verkürzten Version des Wahlprogramms für die Europawahl. Es ist daher sicher nachvollziehbar, dass wir dem so nicht einfach in Gänze zustimmen können. Wir sehen einige Punkte zur Sozialpolitik höchst kritisch.

Die Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung halten wir zudem für unreal. Es gibt aus unterschiedlichen Gründen sehr unterschiedlich gewachsene Sozialstandards in den Mitgliedstaaten: Einmal sind sie schlechter, einmal besser für die Betroffenen. Auch die Finanzierung ist sehr unterschiedlich. In diese Strukturen aus unserer Sichtweise einzugreifen, hält die CDU für nicht umsetzbar und falsch. Andererseits gibt es zahlreiche Punkte, bei denen wir schnell Einigkeit erzielen können. Daher macht eine weitere Beratung im Ausschuss Sinn, wo wir möglicherweise auch einen gemeinsamen Antrag hinbekommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die AfD beteiligt sich an der Debatte lediglich mit einem Antrag zum Wahlkampf. Selbstverständlich stehen wir zu einem fairen Wahlkampf ohne extremistische Übergriffe. Ein Wettstreit über Meinungen und Ideen ist Kernelement unserer Demokratie und muss gewaltfrei möglich sein. Unser Antrag bestärkt dies.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europapolitik findet schließlich im Kleinen auf unserer Landesebene statt. Wir haben keine europäische Gesetzgebungskompetenz; wir können aber durch unser Mitwirken Einfluss nehmen: durch Austausch mit unseren Europaabgeordneten, durch aktive Wahrnehmung der Subsidiaritätsprüfung bei Richtlinienentwürfen der EU, durch die Beteiligung am Ausschuss der Regionen und durch Besuche und Gespräche bei Institutionen in Brüssel und Berlin.

Der Europabericht 2018 - 2019 der Landesregierung zeigt vielfältige Aktivitäten im Konkreten auf.

(Hartmut Hamerich)

Vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich einmal mehr die Mühe gemacht haben, diese Ergebnisse schriftlich zusammenzuführen. Es bleibt leider wenig Zeit, darauf intensiv einzugehen. Deshalb beschränke ich mich auf zwei Punkte, die mir wichtig sind.

Der direkte Kontakt und Austausch mit Parlamentariern des Ostseeraums in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum Südliche Ostsee sind eine Bereicherung für gemeinsame Projekte und die Diskussion. Aktuelle Themen werden aus unterschiedlichen Sichtweisen diskutiert und Ergebnisse in die jeweiligen Parlamente getragen. Der direkte Kontakt fördert und festigt Beziehungen und Vertrauen.

Vor allem unser direkter Nachbar Dänemark bleibt unser Partner Nummer eins. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Arbeit der Minderheitenverbände beidseits der Grenze haben europaweit Vorbildcharakter.

Ich danke unserer Europaministerin Sütterlin-Waack, dass sie im Europabericht gezielt auf die bevorstehenden Schwierigkeiten hinweist.

Ich möchte zum Schluss kommen, weil es hier schon blinkt. Wir wollen allesamt eine starke und wachsende Zusammenarbeit im Grenzraum, um den europäischen Gedanken im Kleinen zu gestalten. Dafür setzen wir uns ein.

Meine Damen und Herren, nur ein geeintes Europa wird in Zukunft im internationalen Spiel der Kräfte eine bedeutende und angemessene Rolle spielen. Nur gemeinsam sind wir stark. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sie lassen mit Ihren Anträgen endgültig Ihre Masken fallen.

(Widerspruch CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie zeigen vor aller Öffentlichkeit, was Ihr eigentliches Ansinnen ist, wohin der Weg gehen soll: Ihr Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa.

(Demonstrativer Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Damit ist Ihr Ziel auch die Abschaffung der Bundesrepublik Deutschland.

(Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Habersaat [SPD]: Die gibt es doch gar nicht!)

Sie wollen, dass Deutschland in den Vereinigten Staaten von Europa aufgeht. Sie wollen dazu eine Verfassung schaffen und ein einheitliches Wahlsystem. Die Ideen im Antrag der SPD laufen im Kern dazu noch auf die endgültige Aufgabe unseres Sozialstaats hinaus.

(Beifall AfD - Martin Habersaat [SPD]: Der Ihnen so sehr am Herzen liegt!)

Sie wollen alles vereinheitlichen, alle politischen Felder Schritt für Schritt gleichschalten. Das ist Ihre Agenda, Herr Habersaat.

(Zurufe)

Die grüne Bundesspitze hat das gerade diese Woche noch einmal bekräftigt. Bei Ihnen heißen die Vereinigten Staaten von Europa dann Föderale Europäische Republik. Annalena Baerbock will, dass das Europäische Parlament der „zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen“ wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Etwas anderes war von Personen, für die es nach eigener Aussage - diesmal Robert Habeck - kein Vaterland gibt, auch nicht zu erwarten. Die Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen ist aber die Grundlage für die politische, ökonomische und soziale Stärke Europas.

(Martin Habersaat [SPD]: Sagt wer?)

Wir lehnen es ab, die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung umzuwandeln. Sie versuchen das schon seit mindestens 2004. Im Vertrag über die Verfassung für Europa haben Sie schon damals versucht, eine Europäische Union als eigenständigen Superstaat zu schaffen - einen EU-Staat mit EU-Staatsflagge und -Hymne. Wie man dabei taktisch vorzugehen hat, stand frühzeitig fest. Das folgende Zitat ist dazu bekannt geworden:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wur-

(Jörg Nobis)

de, dann machen weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Jean-Claude Juncker legte diese Blaupause für die Entwicklung der EU bereits 1999 vor. 2011 komplettierte er dann die EU-Bedienungsanleitung im Rahmen der Eurokrise mit dem kaltschnäuzigen Geständnis: „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“

2004 hat das nicht geklappt. In Referenden sprachen sich die Bürger von Frankreich und in den Niederlanden gegen die EU und für ihre Nationen aus. Die Franzosen und Niederländer sagten Nein zu einer gemeinsamen europäischen Verfassung. In der Folge wurden die geplanten Referenden in weiteren sieben Ländern abgesagt.

Das Projekt einer Europäischen Verfassung als ersten Schritt hin zu einem EU-Zentralstaat wurde daraufhin auf Eis gelegt. Stattdessen kam dann 2007 der Vertrag von Lissabon. Der hat zwar in einigen Punkten Abstriche gegenüber der ursprünglich geplanten Verfassung gemacht, blieb aber in seinem Kern ein Frontalangriff auf die Souveränität der europäischen Nationalstaaten.

Vorsichtshalber hat man weitgehend auf Volksabstimmungen verzichtet. Nur in Irland schrieb das Gesetz vor, dass man abstimmen musste. Die Iren sagten wieder Nein. Weil die EU-Elite ein Nein aber nicht akzeptieren wollte, fand dann in Irland im Oktober 2009 eine zweite Abstimmung statt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein, die gestatte ich nicht.

Dieses Muster ist nämlich eine altbewährte Verwirrungstaktik, die bei den Iren schon 2001 beziehungsweise 2002 beim Vertrag von Nizza angewandt wurde. Auch damals war das erste Referendum gescheitert. Dann gab es eine Runde mit ein bisschen EU-Propaganda, und dann wurde das im zweiten Anlauf durchgedrückt. Ich nenne das: Abstimmen, bis das Ergebnis passt.

(Beifall AfD)

Genau das gleiche Prinzip erhoffen Sie sich jetzt auch beim Brexit. Am liebsten hätten Sie da doch auch eine zweite Abstimmung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einzeln SPD und Beifall Dennys Bornhöft [FDP] - Zurufe)

Die Hoffnung könnte bei den Briten aber etwas täuschen. Ich will Ihnen kein Wasser in den Wein schütten, aber ich glaube, die Hoffnung täuscht. Die Abgeordneten im Unterhaus zeigen dieser Tage doch eines deutlich, nämlich dass sie nicht berechenbar sind.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Ihr Abstimmen-bis-es-passt-Verfahren ist jedenfalls genauso falsch wie die Inhalte, die derart undemokratisch durchgedrückt werden sollen. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage nach der Zukunft unseres Nationalstaates. Es geht darum, auch in Zukunft in einem Land zu leben, das in kleinen und großen Fragen selbst über seine Identität und Lebensweise bestimmt.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns heißt das: Wir wollen keinen EU-Superstaat und keine zentralistische EU-Bürokratie.

(Beifall AfD)

Wir wollen keine EU-Sozialunion mit paneuropäischer Arbeitslosenversicherung auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer, und wir wollen vor allen Dingen keine EU-Armee.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wir wollen nicht, dass die Souveränität unseres Staates durch Brüsseler EU-Technokraten weiter ausgehöhlt wird.

(Christopher Vogt [FDP]: Mehr Einfluss für Putin!)

Wir, die AfD, treten für ein starkes Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten ein. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben. Wir wollen kooperieren und zusammenarbeiten, wo es sinnvoll ist; selbstverständlich beim Handel, aber beispielsweise auch beim internationalen Jugend- und Studentenaustausch, im Umweltschutz, bei den Mindeststandards im Verbraucherschutz und so weiter.

Aber von diesem positiven Bild eines Europas der guten Nachbarn, eines Europas der sinnvollen Kooperationen ist die derzeitige Europäische Union

(Jörg Nobis)

leider Lichtjahre entfernt. Die EU hat sich immer mehr zu einem undemokratischen Konstrukt entwickelt, das von völlig abgehobenen und von den Bürgern nicht mehr durchschaubaren Bürokratien gestaltet wird. Vertraglich fixierte Grundsätze wie zum Beispiel das Verbot der Haftung für Schulden anderer Staaten werden einfach ignoriert. Die Politik der EU-Organe, insbesondere die des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission, ist von falschen und von partikularen Interessen von Einzelstaaten und Lobby-Klüngel dominiert. Der Wettbewerb wird durch eine europäische Regulierungswut zunehmend nahezu erdrosselt.

Die demokratische Kontrolle der EU-Organe ist völlig unzureichend. Leider nimmt auch der Europäische Gerichtshof diese Rolle nicht wahr, sondern weitet beharrlich die EU-Kompetenzen zulasten der Souveränität der Nationalstaaten aus. Die politische wie kulturelle Vielfalt Europas zu pflegen und zu bewahren, sollte Auftrag eines jeden sein, der sich als wahrer Europäer versteht. Wir tun dies mit ganzem Herzen.

(Beifall AfD - Zuruf Dennis Bornhöft [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa ist vielfältig und bunt. Europa lebt von der Unterschiedlichkeit seiner Völker und Nationen, und das ist gut so. Europa ist viel mehr als nur diese EU. Wir wollen deshalb weniger EU. Wir wollen weniger Einmischung ins politische Tagesgeschäft, weniger Überregulierung, weniger Bürokratie, weniger EU-Übergrifflichkeiten. Wir wollen unsere deutsche Arbeitslosenversicherung und unser deutsches Sozialversicherungssystem vor dem Zugriff französischer Begehrlichkeiten schützen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir wollen ganz konkret weniger Armutsmigration nach Europa und Deutschland. Vor allem wollen wir selbst darüber bestimmen, wer zu uns kommt und wer nicht. Wir wollen die EU auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Sie wollen den Irrsinn hingegen immer noch weiter vorantreiben. Die Vorschläge der SPD schlagen dabei wie gewohnt dem Fass den Boden aus. Sie fordern einen europäischen Mindestlohn.

(Demonstrativer Beifall SPD)

- Da klatschen Sie, aber da haben Sie dann die Wahl: Wollen Sie den deutschen Mindestlohn auf das Lohnniveau Rumäniens drücken oder aber den rumänischen auf deutsches Niveau heben?

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das würde unweigerlich zu einem völligen Zusammenbruch der dortigen Wirtschaft führen, weil die Produktivität Rumäniens nicht zu einem deutschen Mindestlohn passt. Herr Dr. Stegner, planwirtschaftliche Zerstörung von Märkten wäre die Folge dieser wahrlich sozialdemokratischen Idee. Das beißt sich im Übrigen auch mit Ihrer hehren Forderung nach einer Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die ist in den Ländern Südeuropas auch eine direkte Folge der Eurokrise und der weiterhin völlig ungelösten Staatsschuldenkrise.

Zur Lösung von Problemen, die es ohne den Euro und ohne die EU so nicht gäbe, wollen Sie dann eine EU-Wirtschaftsregierung einsetzen. Sie legen Hand an das deutsche Erfolgsmodell der letzten rund 70 Jahre. Deutschland soll nicht mehr in guter Nachbarschaft und Partnerschaft mit seinen Nachbarn agieren, sondern in ein enges Korsett gesteckt und fremdbestimmt auf südosteuropäisches Niveau herabgewirtschaftet werden. Nein, meine Damen und Herren, so gewinnen Sie keine Sympathien für die EU. So wird die Kehrtwende nicht gelingen. Wenn die EU eine Zukunft haben soll, muss sie den Ländern Luft zum Atmen lassen. Dann muss auch Deutschland genug Luft zum Atmen haben. Um die EU zu retten, müssen wir sie umfassend reformieren.

(Beifall AfD)

Ich hoffe, dass uns das gelingt, aber ich bin mir da dieser Tage nicht so sicher. Weniger EU bedeutet letztlich mehr Europa. - Vielen Dank!

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Meyer, ich habe es jetzt ausprobiert: Zählen hilft!

(Beifall SSW)

43,7 %, so niedrig war die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 hier bei uns in Schleswig-Holstein. Lassen Sie uns bei allem Unterschied in der Sache am Anfang gemeinsam feststellen, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, dass es die Aufgabe der demokratischen Parteien ist, diese Wahlbeteiligung deutlich zu steigern,

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

denn die Europawahlen entscheiden über unsere Zukunft. Die Klimakrise, der Umgang mit großen Digitalkonzernen oder aber auch der soziale Zusammenhalt - keine dieser Fragen kann allein national gelöst werden. Bei allen Fragen brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit. Statt Brexit und Wildschweinzaun geht es aus unserer Sicht um eine grundsätzliche Stärkung der Europäischen Union.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir Grüne sind fest davon überzeugt, dass wir mehr europäische Demokratie brauchen. Das steht sehr deutlich in Kontrast zu dem Quatsch, den wir uns gerade eben von nationalistischen Kräften anhören mussten, denn zu einer europäischen Demokratie und zu einer gut funktionierenden Demokratie gehört natürlich auch ein starkes Parlament. Ja, natürlich ist es richtig, dass das Europäische Parlament gestärkt werden muss, denn das ist der Ort, an dem europäische Entscheidungen auf demokratischer Grundlage gefällt werden können. Deshalb bin ich sehr froh, dass unsere Bundesvorsitzende das in diesen Tagen so deutlich macht.

Wir Grüne haben hingegen kein Verständnis für den Positionswechsel der CDU. Die neue CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat in ihrer Antwort auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron sehr deutlich gemacht, dass sie in Zukunft vor allem auf bilaterale Kooperation in der EU setzen will. Auch wenn wir wissen, dass das von ihr so nicht gemeint ist, halten wir Grüne das für sehr gefährlich, denn zu einer Stärkung des Europäischen Parlaments gibt es aus unserer Sicht keine Alternative. Bilaterale Gespräche in Hinterzimmern können diese nicht ersetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin froh darüber, dass wir uns in diesem Haus darüber einig sind, dass wir als Koalition dazu einen sehr deutlichen Antrag auf den Weg gebracht haben. Auch wenn er heute wahrscheinlich aus guten Gründen nicht hier sein kann, bin ich sicher, dass unser Ministerpräsident die Position, die wir hier heute noch einmal beschließen werden, auch in seiner Partei vorantreiben wird, denn das ist dringend nötig.

Zu einer lebendigen Demokratie gehört aber eben nicht nur die Stärkung von bestimmten Institutionen wie dem Europäischen Parlament, sondern auch eine aktive Zivilgesellschaft. Diese erleben wir gera-

de an ganz vielen Orten: Über eine Million Menschen sind am Samstag in London für ein zweites Referendum und gegen das Chaos im britischen Unterhaus auf die Straße gegangen. Diese Menschen haben unsere Unterstützung verdient, und das sollten wir hier auch zum Ausdruck bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Aber auch die Bewegungen zum Artikel 13 gegen die EU-Copyrights-Reform, Fridays for Future oder im letzten Jahr ganz stark die Seebrückenbewegung, die sich für eine humanitäre Asylpolitik einsetzt, sind viele Menschen, die sich für unsere europäische Demokratie und für unsere aktive Zivilgesellschaft starkmachen. Wir Grüne sehen mit großer Sorge, dass es inzwischen auch in den demokratischen Parteien Politiker und Politikerinnen gibt, die mehr Energie darauf verwenden, diese Menschen zu beschimpfen, als sie bei ihrem Engagement zu unterstützen. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen diese Menschen bei ihrer politischen Arbeit unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Hans Hinrich Neve [CDU])

Beim Breitbandausbau, dem Online-Zugangsgesetz oder auch bei der Digitalisierung der Schulen reden wir hier im Landtag - gestern haben wir es getan - ganz oft über konkrete Digitalprojekte. Der Rahmen für all diese Fragen wird aus unserer Perspektive immer stärker auch in Brüssel gesetzt. Das ist gut so, denn nur die EU ist die einzig demokratisch legitimierte Institution, die es schaffen kann, die Digitalisierung demokratisch auszugestalten.

Zur Wahrheit gehört eben auch, dass Google, Facebook, Amazon und andere inzwischen so mächtig sind, dass sie unsere Demokratie sehr stark beeinflussen, allein schon deshalb, weil sie einen Großteil unserer Kommunikation kontrollieren. Deshalb glauben wir, dass wir klare Regeln für mehr Datenschutz brauchen, dass wir selbst bestimmen müssen, wer unsere Online-Kommunikation überwacht, wer unser Surf-Verhalten überwacht.

Wir meinen, dass Facebook, Amazon und Co. viel stärker auch zum Allgemeinwohl beitragen müssen. Deshalb finden wir, dass es unfair ist, dass große Konzerne wie Google nur ein Drittel der Steuersätze von kleinen und mittelständischen Unternehmen zahlen. Das ist eine Frage von Gerechtigkeit, und es ist auch eine Frage davon, dass diese großen Digitalkonzerne stärker zu unserem Allgemeinwohl beitragen. Deshalb brauchen wir EU-weit einheitliche Steuersätze, und wir brauchen eine Digitalsteuer.

(Rasmus Andresen)

Ich finde, dass Ihr Antrag, liebe SPD-Fraktion, da genau ins Schwarze trifft. Allerdings - da kann ich Sie jetzt auch nicht schonen - muss man schon sagen, dass es wohlfeil ist, wenn man das auf der einen Seite hier im Parlament beantragt, diese Sachen auch ins Wahlprogramm schreibt, aber dann einen Bundesfinanzminister hat, der, so glaube ich, Mitglied in Ihrer Partei ist, der sämtliche Maßnahmen zu einer fairen Unternehmensbesteuerung - dazu gehört auch die Digitalsteuer - in den letzten Monaten blockiert hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Zur Wahrheit gehört auch: Die Digitalsteuer wäre längst Realität, wenn Olaf Scholz und Angela Merkel sie nicht an völlig unrealistische Bedingungen geknüpft hätten, sondern sich an der Seite des französischen Finanzministers Le Maire dafür eingesetzt hätten, dass diese Realität werden soll. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass die Große Koalition eben nicht an der Seite von Frankreich für die Einführung einer Digitalsteuer gekämpft hat, sondern sie massiv ausgebremst hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns Grüne geht es bei der Europawahl natürlich vor allem auch um das Thema Klimaschutz. Die Klimaziele der EU sind zu unambitioniert. Wir glauben, dass sie dringend an das Pariser Klimaabkommen angepasst werden müssen. Wir finden es peinlich, dass ausgerechnet Deutschland zusammen mit Polen in der letzten Woche beim Rat der Regierungschefs die ambitionierten Klimaziele in der Europäischen Union ausgebremst hat. Deutschland hat mit Polen verhindert, dass sich die EU verbindlich für eine CO₂-neutrale Europäische Union bis 2050 ausgesprochen hat. Das finden wir falsch. Wir brauchen dort eine ganz andere Klimapolitik.

Gerade als Land der Energiewende haben wir daran ein großes Interesse. Ich will ganz deutlich sagen, dass wir statt in Putins Gaspipeline-Projekte in der Ostsee oder in Fracking-Gas von Donald Trump viel stärker in erneuerbare Energien investieren müssen, und das ist auch eine gemeinsame Aufgabe, die uns hier ganz konkret in Schleswig-Holstein voranbringt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Wir müssen unsere Meere besser schützen. Dazu müssen wir unter anderem die 15.000 t Plastikmüll in der Nordsee aus der Nordsee oder auch die

1,2 Millionen t Munitionsaltlasten aus Nord- und Ostsee entfernen.

(Beifall Tim Brockmann [CDU], Ole-Christopher Plambeck [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Ich bin froh und dankbar, dass wir in diesem Bereich hier im Umweltministerium und im Innenministerium schon gute Arbeit leisten. Aber es wird nicht ausreichen, wenn uns andere Staaten und die EU dabei nicht unterstützen, denn unsere Meere und damit auch die Munitionsaltlasten machen nicht an unserer Haustür halt, sondern die Probleme müssen insgesamt und europaweit gelöst werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Ja, wir wollen auch für mehr europäischen Zusammenhalt sorgen; denn unser Kontinent kann nur funktionieren, wenn man allen Menschen auch Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Dass über 120 Millionen Menschen in der EU unterhalb der Armutsgrenze leben, ist ein Skandal und darf uns nicht egal sein. Herr Kollege Nobis, wenn Sie den Kampf für verbindliche soziale Ziele diffamieren, indem Sie Sachen miteinander vergleichen, die nichts miteinander zu tun haben, zeigt das, dass Sie sich für die soziale Lage von Menschen eigentlich überhaupt nicht interessieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Es geht bei der Frage des Mindestlohns oder bei anderen verbindlichen sozialen Zielen nicht darum, dass in jedem Land ein gleich hoher Mindestlohn gilt, es geht aber darum, dass man in Anlehnung an Wirtschaftskraft und die soziale Lage in den Ländern für alle Länder verbindliche soziale Ziele vorgibt und dafür sorgt, dass es in allen Ländern Mindestlöhne gibt. Das teilen wir Grüne.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW])

Dafür wünschen wir uns Mehrheiten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, denn es kann uns nicht egal sein, wenn beispielsweise in Griechenland ein Drittel der Menschen ohne Krankenversicherung lebt oder 40 % der jungen Menschen in Italien oder Spanien arbeitslos sind. Das muss uns beschäftigen, und das kann man nicht einfach mit Ihrer Hetze hier so diffamieren.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt CDU und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Wir sind in Schleswig-Holstein zu Recht stolz auf unsere Minderheiten und auch auf unsere Menschenrechtspolitik, die wir in den letzten Jahren hier auch fraktionsübergreifend gemacht haben. Jede siebte Europäerin und jeder siebte Europäer ist Teil einer nationalen Minderheit oder autochthonen Volksgruppe. Wir haben in der letzten Plenartagung intensiv und zum wiederholten Male über die MinoritySafePack-Initiative gesprochen. Uns ist wichtig, dass die EU zur Minderheiten- und Menschenrechtsunion wird, und das zeigt sich eben auch beim Umgang mit den nationalen Minderheiten, gerade auch mit Gruppen wie den Sinti und Roma, die in vielen Ländern massiv stigmatisiert und verfolgt werden.

Uns ist aber auch nicht egal, dass über 2.000 Menschen im letzten Jahr im Mittelmeer gestorben sind. Dass jetzt EU-Missionen zur Seenotrettung einfach eingestellt werden und Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch oder „Jugend rettet“ kriminalisiert werden, ist ein Skandal. Wir brauchen auch in diesen Fragen eine ganz andere Politik in der Europäischen Union.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir tun das in Übereinstimmung mit Gemeinden wie Sylt, den Städten Kiel, Flensburg oder Lübeck oder auch dem Innenministerium, die gestern erklärt haben, dass wir Geflüchtete aufnehmen, die in Seenot geraten sind. Die Pressemitteilung dazu ist gestern herausgegangen. Denn wir brauchen dort eine andere Politik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Wir müssen diejenigen konkret unterstützen, die da gute Arbeit leisten.

Ich freue mich auf die nächsten Wochen. Mir persönlich ist wichtig, dass wir mit Leidenschaft auch untereinander in den demokratischen Parteien um den richtigen Weg streiten und deutlich machen, dass es Unterschiede zwischen den Parteien gibt, weil sich dann niemand mehr für diese dort interessiert. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Das vereinte Europa ist für mich persönlich immer ein Symbol für Frieden und Freiheit gewesen, ein Symbol dafür, dass Menschen über die Grenzen der Länder hinweg zusammenarbeiten, ein Symbol dafür, dass wir eine gemeinsame Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand suchen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Aber kurz vor der Europawahl, vor der wir jetzt stehen, stellen wir fest: Europa steckt in einer tiefen Krise. Seit zwei Jahren erleben wir beim Brexit - Verzeihung - außer Rand und Band geratende britische Politik, die sich eigentlich nur in einem einig ist, dass sie sich nämlich nicht einig ist, dass sie keine Lösungen findet. Und das Lösungs-Finden ist doch die eigentliche Aufgabe von Politik. Wir erleben die Ohnmacht Europas beim Umgang mit Ländern wie Ungarn oder Polen, die Schritt für Schritt Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte abbauen. Und wir haben gerade diese Woche bei der Abstimmung über die Urheberrechtsrichtlinie einen für mich neuen und unvorstellbaren Tiefpunkt im politischen Europa erlebt.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na! - Jörg Nobis [AfD]: Ja! - Beifall Jörg Nobis [AfD])

Über 5 Millionen Unterschriften, über 200.000 Demonstranten, waren nicht nur ein Protest, sondern auch eine Chance für Europa, Menschen mitzunehmen, die ihrem Engagement für die Freiheit, die ihrem Engagement für ein gemeinsames Europa Ausdruck verleihen wollten.

(Beifall FDP und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Doch es ist nicht nur der Fall, dass das Europaparlament diesen Protest ignoriert hat. Stattdessen erleben wir - das ist das, was mich daran so besonders betroffen macht - einen Umgang mit Andersdenkenden, der mich ängstigt:

(Jörg Nobis [AfD]: Das kennen wir! - Zuruf Birte Pauls [SPD])

eine einzigartige Welle an Desinformation, an Beleidigungen.

(Stephan Holowaty)

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Wer Andersdenkende als „Bots“ bezeichnet, als ferngesteuert von US-Konzernen, als gekauft, als für Demonstrationen bezahlt, wer aber auch mit Mord und Gewalt droht, hat nur eines im Sinn: den anderen Menschen, den Andersdenkenden die Würde zu nehmen.

(Beifall FDP, AfD, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ - Wer die Würde des Menschen antastet, der handelt im Sinne eines autoritären Staatsverständnisses, und damit erreicht das vereinte Europa einen Tiefpunkt in der demokratischen Streitkultur und einen weiteren Höhepunkt der autoritären Strömungen auf unseren Kontinent.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider ist da auch kein Ende in Sicht. Die EU-Justizkommissarin Jourová hat erst vor zwei Tagen behauptet, Upload-Filter hätten den furchtbaren Terroranschlag in Neuseeland verhindert.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Wahnsinn!)

Meine Damen und Herren, was geschieht hier eigentlich? - Das ist eigentlich genau das, wovon ich vor drei Wochen von dieser Stelle aus gewarnt habe, nämlich dass der nächste Schritt zum Abbau von Grundrechten mit den Uploadfiltern schon vorbereitet wird.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wenn es Uploadfilter gibt, können die sehr wohl zur Meinungskontrolle eingesetzt werden. Hier wurde ein Instrument geschaffen, das man missbräuchlich verwenden kann. Manche Politiker werden dieser Versuchung, fürchte ich, nicht widerstehen können.

Wir alle wissen, was so manch ein Staat unter Terrorpropaganda versteht, nämlich jede Art von kritischer Äußerung gegenüber der jeweils herrschenden Politik. Schauen Sie in die Geschichte, gibt es genug Warnungen davor.

(Lukas Kilian [CDU]: Katarina Barley hält das doch auf!)

- Genau, Katarina Barley hält es auf. Der Kollege Kilian sagt es ganz richtig. Katarina Barley, Spitzenkandidatin der SPD, wird es aufhalten.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ganz vorsichtig!)

Jetzt kann sie es in der Tat im Europäischen Rat noch stoppen.

(Zuruf SPD)

- Es geht nicht darum, Herr Kollege Dolgner, die Urheberrechtslinie userfreundlich umzusetzen, wie Ministerin Barley sagt, sondern darum, sie zu stoppen.

(Beifall FDP, AfD, vereinzelt CDU, Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das hat am Ende des Tages nichts mit Kabinettsdisziplin zu tun, sondern schlicht mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Bund.

Deshalb, Herr Dr. Stegner, bitte ich Sie recht herzlich - Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD -: Wirken Sie auf Ihre Fraktion und Ihre Ministerin ein.

(Beifall FDP und CDU - Lukas Kilian [CDU]: So sieht das aus! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Bitten Sie erst einmal die Kollegen von der CDU!)

- Herr Dr. Dolgner, die Kollegen von der CDU haben sich übrigens genauso wie Sie als Landtagsfraktion gerade sehr eindeutig gegen das positioniert,

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ja, genau!)

was die CDU in der EVP-Fraktion im Europaparlament veranstaltet.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wenn Sie Frau Barley adressieren, müssen Sie erst mal die Kollegen von der CDU im Bund adressieren!)

Ich danke Ihnen ganz besonders für Ihre eindeutige Positionierung, Herr Kilian.

(Beifall FDP und CDU)

Aber jetzt bleiben wir doch bitte einen Moment bei den Fakten, Herr Dr. Dolgner. Ich habe letztes Mal bereits gesagt: Es ist nun einmal gerade Katarina Barley gewesen, die im Europäischen Rat Nein gesagt hat. Sie hat die Wahl gehabt; sie hat sich für ein Nein entschieden. Sie hat sich dafür entschieden, die Urheberrechts-Richtlinie durchzuwinken, und deshalb ist sie an dieser Stelle in einer besonderen Verantwortung.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU] - Zuruf Claus Schaffer [AfD])

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen möchte ich meinen besonderen Dank und Respekt aus-

(Stephan Holowaty)

sprechen, dass Sie sich - übrigens als einziges Landesparlament in der Bundesrepublik Deutschland - so klar gegen die Urheberrechts-Richtlinie, für die Freiheit und die freie Meinungsäußerung positioniert haben.

(Beifall FDP, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Was wir in der Debatte um die Urheberrechtsreform erlebt haben, muss uns bei dieser Europawahl eine Lehre sein. Den Anderen ernst zu nehmen und zu respektieren, muss im Wahlkampf der demokratischen Parteien - nicht nur der demokratischen Parteien, sondern eines jeden Bürgers - selbstverständlich sein.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Genau deshalb geht der Alternativantrag der großen Mehrheit dieses Hauses so viel weiter als der vorliegende Antrag der AfD.

Ich wünsche mir, dass jeder einzelne Bürger in diesem Land für einen fairen Wettstreit der Meinungen eintritt. Eine freie, gleiche und geheime Wahl in Respekt vor anderen Menschen und anderen Meinungen ist der höchste Ausdruck unseres demokratischen Staatsverständnisses. Deshalb hoffe ich darauf, dass wir alle, und zwar bei einer wesentlich höheren Wahlbeteiligung als unter 50 %, diesmal demokratische Parteien wählen.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Europa erlebt eine schwere Krise. Längst sind die europafeindlichen Bewegungen an die Regierungen vieler EU-Staaten gekommen: Italien, Ungarn, Polen. In Frankreich ist es seit Längerem fast so weit, dass wir bei jeder Wahl Angst haben müssen. Das ist eine veritable Vertrauenskrise. Genau deshalb ist es so wichtig, dass der Antrag der Koalition die europäischen Werte und die Reform der europäischen Institutionen in den Mittelpunkt stellt.

Es geht jetzt darum, über diese Werte zu sprechen. Es geht darum, das verlorene Vertrauen wiederherzustellen. Denn wir werden kein einziges Sachthema sinnvoll, im europäischen gemeinsamen Sinn lösen können, wenn wir nicht die grundsätzliche Vertrauenskrise in Europa gelöst bekommen.

(Beifall FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Europa braucht wieder eine Vision, ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Maßstab. Genau darin besteht der Unterschied zwischen dem Koalitionsantrag und Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie. Dass Ihr Antrag ein Abklatsch des SPD-Wahlprogramms ist, kann ich verstehen. Viel schlimmer aber ist: Ihr Antrag atmet den Geist von gestern.

(Beifall AfD)

Sie wollen dort, wo Sie konkret werden, über mehr Umverteilung, mehr Milliarden hier und dort, mehr Dirigismus und mehr Planwirtschaft.

(Zuruf: Von der AfD!)

- Das ändert aber nichts daran, dass Sie eine planwirtschaftliche Lösung im Sinn haben. Sie sind das Problem, nicht die da drüben.

(Beifall AfD, Kay Richert [FDP] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]
- Zurufe SPD: Bitte? Unglaublich!)

Emmanuel Macron - -

(Unruhe SPD)

Wenn Sie eine planwirtschaftliche Wirtschaftsregierung fordern, habe ich das Recht, das zu kritisieren, und zwar unabhängig davon, was irgendjemand anderes meint.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

Emmanuel Macron, meine Damen und Herren, hat in der Tat viele Anstöße gebraucht.

(Zuruf SPD: Unglaublich! Schämen müssen Sie sich!)

- Schämen Sie sich!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

- Wenn Sie eine Position haben, und ich kritisiere die, muss ich mich nicht für die Kritik schämen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber für den Ton, den Sie anschlagen, Herr Kollege! - Weiterer Zuruf SPD: Unglaublich!)

Bleiben wir noch kurz bei Macron. Macron hat keineswegs überall Recht. Zum Thema Wirtschaftsregierung habe ich gerade einiges gesagt.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Wir müssen den Schwächeren in unserer Gesellschaft helfen, ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu führen. Aber wir tun das nur dann, wenn wir Wohlstand in Europa, mehr Ideen und mehr Kreati-

(Stephan Holowaty)

vität schaffen. Dafür braucht es mutige Reformen. Wir müssen Kräfte, Ideen und Menschen entfesseln. Wir dürfen nicht mit Anspruchsdenken Menschen ruhigstellen.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Meine Damen und Herren, nur eine wohlhabende Gesellschaft hat die Mittel, die wir dringend brauchen, um beispielsweise den Klimaschutz wirklich voranzubringen, die Digitalisierung voranzubringen, die Infrastruktur der Zukunft und die beste Bildung zu schaffen und die Schwächeren daran teilhaben zu lassen. Das geht nicht, wenn wir nur neue bürokratische Förder- und Ausgleichsprogramme schaffen und nur mehr Geld auf Themen verwenden.

Ich möchte mit Ihnen gern über die gemeinsame Rolle Europas in der Welt, eine gemeinsame europäische Armee, Rüstungskontrolle und -politik diskutieren. Ich freue mich darauf, darüber im Ausschuss weiterdiskutieren zu können.

Meine Damen und Herren, die Ereignisse um den Brexit und die Urheberrechts-Richtlinie haben gezeigt, wie wichtig es ist, Europa zu gestalten, wie wichtig eine Erneuerung der EU und eine Stärkung des Europäischen Parlaments sind - übrigens natürlich mit einem Initiativrecht, um die Kräfte in Europa besser austarieren zu können und mehr Möglichkeiten der parlamentarischen Beteiligung zu haben - und wie wichtig es für jeden Einzelnen ist, an der Wahl zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Jede einzelne Stimme gestaltet ein demokratisches Europa.

(Beifall FDP)

Wir Freie Demokraten wollen kein Europa, das von Anspruchsdenken und Dirigismus geprägt ist. Wir wollen kein Europa, das von Umerziehungs- und Verbotphantasien geprägt ist. Wir wollen schon gar kein Europa, das von kleinkariertem Nationalismus, Neid, Missgunst oder gar Mauern und Grenzen geprägt ist.

(Beifall FDP)

Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Menschen, der Chancen für jeden einzelnen Europäer, ein Europa der Bildung, der Kreativität und der Innovation, ein Europa des Wohlstands und der offenen Grenzen. Kurz: Wir wollen ein Europa der Freiheit. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn auch noch keine Plakate an den Laternen hängen, so zeigt doch die Fülle der europäischen Themen auf der Tagesordnung der aktuellen Landtagssitzung unübersehbar die nahende Europawahl an. Am 26. Mai 2019 haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl, wie die Zukunft der Europäischen Union aussehen soll. Für mich als Demokratin ist klar, dass ich zur Wahl gehe. Das Wahlrecht ist ein hohes Gut. Gerade darum sollten wir das Wahlrecht nicht als selbstverständlich sehen. In demokratischen Systemen entscheiden wir alle gemeinsam über die politische Richtung.

Die Anträge von Jamaika und SPD machen die Unterschiede deutlich: Für den einen Wähler sind die Rechte des Europäischen Parlaments viel zu weitreichend, weil die regionalen Besonderheiten untergepflegt werden. Andere Wählerinnen kritisieren, dass das Europäische Parlament noch immer nicht die vollen Machtbefugnisse einer Volksvertretung der Europäischen Union hat.

Die SPD möchte das Amt des Hohen Vertreters der EU, der ja durch den Lissabon-Vertrag zugleich als Vizepräsidentin oder Vizepräsident und damit auch als europäischer Innen- und Außenminister fungiert, stärken und weiterentwickeln. Bei der Stärkung dieses doch für die EU und ihre Mitgliedstaaten so wichtigen Amtes möchte die SPD, dass das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen abgeschafft wird. Das können wir als SSW absolut nicht mittragen, da dies weder dem Vertrag von Lissabon noch unserem Verständnis von der Europäischen Union entspricht.

(Beifall SSW)

Es ist richtig und wichtig, dass der Vertrag von Lissabon genau definiert, welche Themen für die EU so sensibel sind, dass sie nur durch eine Einstimmigkeit der noch 28 Mitgliedstaaten umgesetzt werden können.

Dazu zählen Außen- und Sicherheitspolitik, Bürgerrechte, EU-Mitgliedschaft, EU-Finanzrahmen, soziale Sicherheit und sozialer Schutz. Diese Punkte sind nach Auffassung des SSW zentral für das gleichberechtigte Umsetzen von Entscheidungen und den Zusammenhalt in der EU.

(Jette Waldinger-Thiering)

Die Umsetzung des Vorstoßes der EU-Kommission, die Einstimmigkeit in der Steuerpolitik abzuschaffen, würde nicht nur Europa spalten, sondern auch die deutsche Politik. Bundesfinanzminister Scholz äußerte sich eher zurückhaltend, denn die Vorschläge der EU-Kommission sollten doch im Kreise der EU-Finanzminister gemeinsam diskutiert werden.

Sollte der Vier-Stufen-Plan der jetzigen EU-Kommission die bisher verpflichtende Einstimmigkeit für Entscheidungen in der Steuerpolitik abschaffen, dann wird in Zukunft eine qualifizierte Mehrheit über alle weiteren steuerpolitischen Initiativen für den Binnenmarkt sowie für eine faire und wettbewerbliche Besteuerung entscheiden. Mit anderen Worten: 55 % der Mitgliedstaaten müssen zustimmen, die mindestens 65 % der EU-Gesamtbevölkerung repräsentieren. Deutschland könnte damit anders als bisher überstimmt werden. Ich glaube, das will keiner von uns.

Nicht nur als Angehörige einer europäischen Minderheit bin ich auf ein Europa der Nationen und Regionen angewiesen, in dem europäische Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Was vor Ort und in den nationalen und regionalen Parlamenten selbst geregelt werden kann, muss dort auch selbstbestimmt entschieden werden können.

(Beifall SSW und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit will ich die Beratung durch ein europäisches Gremium nicht ausschließen. Deshalb sehen wir die von Jamaika geforderte Verkleinerung der EU-Kommission nicht nur als Geschmacksfrage, sondern sie berührt den Kern der europäischen Legitimität. Was wird passieren? Welche Regierung darf dann keinen Kommissar nominieren? Was macht das mit der Legitimität des Europäischen Parlaments?

Gerade kleine Länder werden immens unter Druck geraten, wenn ihre Stimme gar kein Gewicht mehr hat und sie einfach überstimmt werden können. Ich kann mir lebhaft vorstellen, dass dann gerade die kleineren Mitgliedstaaten Angst haben, dass ihre Interessen bei den großen Vertretern kein Gehör mehr finden. Das wäre der Anfang vom Ende einer europäischen Politik und Gemeinschaft.

(Beifall SSW)

Dabei lehrt aktuell die Kommissarin aus einem kleinen Land die Internet-Giganten das Fürchten: Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager aus Dänemark

(Beifall SSW - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sagst du mal etwas, wo man klatschen kann! - Weitere Zurufe)

ist bereit und auch in der Lage, Google und Co. Regeln aufzuerlegen. Solche selbstbewussten Politikerinnen und Politiker gingen der europäischen Politik dann verloren. So weit darf es nicht kommen.

Dagegen steht der Vorschlag der europäischen Minderheiten, dass die EU-Kommission einen zusätzlichen Kommissar beziehungsweise eine Kommissarin ernannt, und zwar für Minderheitenfragen. Damit würde dieses wichtige Thema den Stellenwert erhalten, der ihm zukommt.

(Beifall SSW und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich sprechen 40 Millionen Europäerinnen und Europäer eine Minderheitensprache. Die Rechte der Minderheiten und Volksgruppen in Europa würden durch einen Kommissar sichtbarer und gestärkt. Daneben sind nach der Europawahl von der neuen Kommission endlich die Forderungen der europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack zum Schutz der nationalen Minderheiten umzusetzen.

Kleine Gruppen zu stärken, ist ein wichtiges Ziel. Dazu gehört für mich die Stärkung der politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, indem beispielsweise die bürokratischen Hürden für europäische Bürgerinitiativen reduziert werden. Das zeigte nicht zuletzt Minority SafePack. Die Verfahren müssen einfacher und das Quorum herabgesetzt werden.

Ich verstehe Europa als einen solidarischen Verbund, als ein Europa des Miteinanders und nicht ein Europa der Stärkeren. Europapolitik muss sich daran messen lassen, dass gemeinsame Aufgaben gemeinsam gelöst werden. Ich denke da auch an die Geflüchteten, die Zuflucht in allen europäischen Mitgliedstaaten finden sollten. Bislang haben Ungarn, Tschechien und Polen es abgelehnt, Geflüchtete aufzunehmen. Das finde ich nicht richtig, weil der europäische Solidaritätsgedanke damit ad absurdum geführt wird.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt durch die abgrenzende und polemisierende Politik dieser Mitgliedstaaten hat in Europa der Rechtsextremismus wieder Oberwasser. Wir erleben eine steigende Ausländerfeindlichkeit, die die Politik vergiftet. Der Antisemitismus wird salonfähig, und rechtsextremes Gedankengut bemächtigt sich der Alltagssprache. Die nationalistischen Ten-

(Jette Waldinger-Thiering)

denzen in vielen europäischen Ländern haben die Situation vieler europäischen Minderheiten und regionaler Volksgruppen zunehmend verschlechtert. Hier müssen wir neue Bündnisse schmieden und europaweit demokratische Gegenkräfte organisieren.

Ich habe viel über die Gefahren gesprochen, aber für mich ist Europa auch eine Chance. Die europäische Freizügigkeit in Studium und Beruf hat die Europäerinnen und Europäer einander nähergebracht. Andere Mentalitäten und Bräuche bereichern das eigene Leben. Natürlich bleiben Ressentiments bestehen, sie werden aber durch Begegnungen und wirtschaftliche Kontakte abgebaut. Ein Auslandssemester ist nicht mehr länger Privilegien vorbehalten, sondern steht allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern offen.

Dass der europäische Arbeitsmarkt heutzutage leicht zugänglich ist, ist eine besondere Errungenschaft, auf die wir nach Jahrzehnten schlimmer Kriege wirklich stolz sein können. Grundlage muss aber immer ein soziales Europa mit Mindeststandards für Löhne und soziale Leistungen sein.

Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich freue mich auf die Beratung des SPD-Antrags im Ausschuss. Bei dem Jamaika-Antrag werden wir uns der Stimme enthalten; ich habe die Punkte genannt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das geht ja nicht!)

- Doch, das geht, Hans-Jörn.

Ich wünsche allen demokratischen Parteien, die sich um ein Europamandat bemühen, einen fairen und ordentlichen Wahlkampf. Das haben die Bürgerinnen und Bürger echt verdient und auch wir selbst als Kandidaten. Wir halten uns normalerweise daran, und das werden wir auch in Zukunft tun. Insofern: Held og lykke!

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenige Anmerkungen zur Debatte: Herr Kollege Andresen, ich stimme vielem zu, was Sie gesagt haben. Ich möchte der Ordnung halber darauf hinweisen, dass der deutsche Finanzminister Olaf Scholz gemeinsam mit seinem französischen Kollegen vor die Presse getreten ist und sich für eine Digitalsteu-

er ausgesprochen hat. Die ist in Europa an anderen Ländern gescheitert. Ich halte die für richtig. Ich persönlich hielte es übrigens auch für richtig, gemeinsam mit Frankreich, Spanien und Portugal voranzugehen und nicht zu warten, bis die OECD zu Ende ist.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich will jetzt auf keine Zwischenfrage antworten, sondern nur sagen: Das ist der Sachverhalt. Ich wünsche mir da mehr Dynamik; da sind wir nicht auseinander. Die Digitalsteuer ist richtig. Sie wird von anderen verhindert, nicht von Sozialdemokraten.

Zum Thema Uploadfilter möchte ich sagen: Es ist die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament gewesen, die Alternativanträge eingebracht hat, wie es geht, den Urheberrechtsschutz ohne Uploadfilter zu wahren. Die sind abgelehnt worden, übrigens weitgehend von den Kollegen der Konservativen; auch das Abstimmungsverhalten der Liberalen war unterschiedlich, Herr Kollege Vogt. Da müssen wir uns jetzt nicht wechselseitig Vorhaltungen machen, dass der eine so und der andere so abgestimmt hat.

Generell ist das ein Punkt, bei dem ich sagen möchte: Man muss Urheberrechtsschutz machen, das ist wichtig, aber man darf die Freiheit im Netz nicht beschränken. Uploadfilter sind falsch, wir sind dagegen, wir haben das dort beantragt. Im Parlament ist das mit anderer Mehrheit gegen unseren Willen beschlossen worden. Jetzt muss man bei der Umsetzung gucken, was man da verhindern kann. Die Position der Union ist in diesem Punkt scheinheilig.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kilian?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nee, im Augenblick nicht, ich möchte nämlich noch zu einem wichtigen anderen Punkt kommen.

Wissen Sie, die freiheitliche Demokratie erlaubt es auch, im Parlament Unsinn zu reden. Da dürfen wir uns geschichtsvergessene, dummliche und hetzerische Reden anhören. Ein Vorteil ist, dass die Dinge protokolliert werden. Ich hoffe, dass das möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zur Kenntnis nehmen, weil sie dann wissen, dass man wählen gehen muss. Noch eine größere Aufforderung, die demokratischen Parteien zu wählen, konnte es in diesem Haus gar nicht geben, denn solche Leute dürfen nie

(Dr. Ralf Stegner)

wieder Einfluss haben, denn sonst sind Frieden und Wohlstand gefährdet - und die Demokratie auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich habe registriert, dass sich der Kollege Holowaty noch einmal zu Wort gemeldet hat. Ich möchte in aller Ruhe und allen Ernstes sagen: Uns hier zu sagen, das Problem seien nicht die Herren da drüben, sondern wir, verkennt ein bisschen, dass die Sozialdemokratie die Partei gewesen ist, die dieses Europa schon im letzten Jahrhundert mit ihrem Einsatz für Frieden und Demokratie zusammengehalten hat - und das zu Zeiten, als es andere nicht getan haben.

Deshalb sollten Sie solche Worte überdenken. Ich finde, Sie sollten sie auch zurücknehmen. Bei allem Streit, den wir hier miteinander zwischen den demokratischen Parteien haben können, sollten wir nicht auf diesem Niveau miteinander umgehen. Das sage ich Ihnen allen Ernstes und als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Haus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, Sie haben mit Ihren letzten Worten durchaus recht. Ich habe mich eben zu einem Kommentar hinreißen lassen, den ich bedauere. Ich setze mich mit Ihnen und Ihren Positionen sehr gern sachlich auseinander. Dort haben wir Probleme, dort diskutieren wir miteinander. Dann tauschen wir uns aus, und manchmal haben wir wahrscheinlich auch unterschiedliche Positionen und bei vielen Themen unterschiedliche Lösungsansätze.

An dieser Stelle, dem sachlichen Austausch und der Diskussion um Lösungen, habe ich mit denen keine Probleme. Mit denen brauche ich über sachliche Lösungen nicht zu diskutieren, denn die wollen Europa zerstören.

Wir wollen Europa demokratisch gestalten. Deshalb möchte ich als Klarstellung noch einmal sehr deutlich sagen: Ich möchte mit Ihnen Lösungen zu Europa diskutieren. Hier diskutieren wir alle gemeinsam über die Frage: Wollen wir ein gemeinsames Europa, wollen wir ein Europa der Freiheit und des Friedens, oder wollen wir dieses Europa zerstören?

- Da - darin bin ich mir ganz sicher - sitzen wir alle im gleichen Boot. Wir alle wollen ein Europa des Friedens und der Freiheit, ein gemeinsames Europa, ein Europa für die Menschen. - Danke.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Stegner, da Sie meine Zwischenfrage zu der Digitalsteuer nicht angenommen haben, habe ich mich hier noch einmal zu Wort gemeldet.

Warum dieser deutliche Vorwurf vonseiten der Grünen in Ihre Richtung? - Ganz einfach, weil wir im letzten halben Jahr erlebt haben, wie der Bundesfinanzminister Olaf Scholz beim Thema Digitalsteuer agiert hat. Ich habe dazu noch einmal einen Zeitungsartikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ herausgesucht. Das dürfte als seriöse Quelle unseren Ansprüchen genügen. Dort steht in einem Artikel vom 13. November 2018:

„Scholz: Deutschland könnte Milliarden durch die Digitalsteuer verlieren

Bundesfinanzminister lehnt die Einführung einer EU-Digitalsteuer vehement ab. Die Bundesregierung fürchtet, dass Deutschland nach Einführung einer solchen Abgabe an anderer Stelle Milliarden verlieren könnte. Frankreich dringt auf die Steuer. Zwischen Paris und Berlin gibt es inzwischen einen handfesten Streit.“

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ganze belegt die Rolle der deutschen Bundesregierung. Mit der muss man sich auseinandersetzen. Da ist Olaf Scholz auch nicht irgendwer, er ist nicht nur Bundesfinanzminister, sondern auch eine Führungspersönlichkeit der SPD in Deutschland. Ich habe sehr wohl Ihren Nachsatz wahrgenommen, dass Sie sich da auch eine deutlichere Position von der deutschen Bundesregierung wünschen würden. Zur Wahrheit gehört aber auch dazu, dass sie das bisher nicht getan hat. Denn die Bundesregierung schiebt die Digitalsteuer auf die lange Bank und

(Rasmus Andresen)

will auf eine OECD-Lösung warten. Das ist nach wie vor deren Position.

Das wird vom französischen Finanzminister Bruno Le Maire zum einen zu Recht scharf kritisiert, zum anderen bedeutet das, dass es keine Digitalsteuer geben wird. Denn wer auf die OECD wartet, muss unter anderem auf Donald Trump warten. Dazu sagen wir: Wir wollen nicht auf Donald Trump warten, wir wollen zusammen mit Frankreich jetzt eine EU-weite Digitalsteuer einführen. Wenn wir dabei Ihre Unterstützung haben und Sie sich zukünftig gegen Olaf Scholz durchsetzen, würde mich das sehr freuen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hans-Jörn Arp [CDU] und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Ergänzung noch von mir: 62 Jahre Römische Verträge ist eine Geschichte von Wohlstand, Gleichheit, Nachhaltigkeit, Frieden, Demokratie, Solidarität und Freiheit - nicht von Neid, Egoismus und Abschottung.

Liebe Alternative für Deutschland, wir haben ein Europäisches Parlament. Ja, wir haben eins, und wir sollten noch ein größeres haben. Wir wollen auch mehr Demokratie in Europa. Und ja, wir haben eine Hymne, die auf dem Gedicht von Friedrich Schiller „An die Freude“ basiert, vertont von Ludwig van Beethoven mit der 9. Sinfonie. Diese Hymne ist in der Tat Ausdruck von Freude, und wir haben Grund zur Freude.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie werden den demokratischen Parteien dieses Parlamentes diese Freude an Europa auch nicht nehmen.

Ich bin dem lieben Kollegen Holowaty sehr dankbar, dass er die Freude nun auch wieder uns Sozialdemokraten gönnt. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung - - Ach so, Entschuldigung, Herr Schaffer. Ich habe Sie übersehen.

Das Wort zum aktuell letzten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gleich vorweg: Vielen Dank hier ans Haus, dass Sie sich unserer Bitte und Aufforderung für einen fairen Wahlkampf anschließen wollen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Unser Antrag lautet dazu:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zum Recht auf fairen und ungehinderten Wahlkampf der zur Wahl zum 9. Europäischen Parlament zugelassenen Parteien. Der Landtag fordert die zugelassenen politischen Parteien auf, sich für einen fairen und ungehinderten Wahlkampf einzusetzen und sich konsequent gegen Störungen des Wahlkampfes, Sachbeschädigungen und Angriffe gegen Personen zu stellen.“

(Jörg Nobis [AfD]: Sehr gut!)

Ihr Alternativantrag beinhaltet neben diesem Bekenntnis zur freien, gleichen und geheimen Wahl auch den Respekt im Wettstreit der Meinungen. Sie fordern auch die Ablehnung von Gewalt gegen Sachen und Personen sowie von unsachlichen, verunglimpfenden Äußerungen zum Zwecke der Meinungsmache. Meine Damen und Herren, in all diesen Punkten haben Sie uns an Ihrer Seite - auch wenn Sie das vielleicht gar nicht wollen.

Bitte nehmen Sie einmal mehr zur Kenntnis: Die AfD ist eine durch und durch demokratische Partei.

(Beifall AfD - Vereinzelt Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind zu Wahlen zugelassen, und wir haben denselben Anspruch, frei und ungestört an Wahlen teilzunehmen wie Ihre Parteien auch.

(Zurufe Lars Harms [SSW] und Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Zur Jugendorganisation, Herr Habersaat, kommen wir gleich noch einmal. Da werden Sie mit den Ohren schlackern.

Das schließt unsere politischen Veranstaltungen und den Wahlkampf ohne jeden Zweifel ein. Dem stimmt übrigens auch die Polizei zu, die unsere Veranstaltungen - vom einfachen Info-Stand bis zur Großveranstaltung - in nahezu allen Fällen vor den

(Claus Schaffer)

nicht selten gewaltbereiten Gegendemonstranten aus dem linksextremen Spektrum schützen muss.

(Serpil Midyatli [SPD]: Warum wohl?)

Morgen findet eine AfD-Veranstaltung im Lübecker Rathaus statt. Neben offen linksextremen Gruppierungen der Antifa tritt dort auch die vom Verfassungsschutz beobachtete Interventionistische Linke auf den Plan - im gemeinsamen Aufruf auch mit den Jusos.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Interventionistische Linke ist sozusagen staatlich geprüft verfassungsfeindlich. Der öffentliche Aufruf zur Demo mit Linksextremisten am Samstag in Lübeck kommt aus der SPD Lübeck. Das ist Ihre Partei, Herr Dr. Stegner.

(Zurufe SPD)

Und Sie wollen hier heute allen Ernstes einen Antrag mittragen, der genau das ablehnt, während Ihre Partei gemeinsam mit verfassungsfeindlichen Gruppen und Linksextremisten agiert?

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Heuchelei!)

Das ist wirklich verlogen und heuchlerisch und lässt leider auch Ihren guten Alternativantrag an dieser Stelle sehr fragwürdig erscheinen.

(Unruhe)

Allen anderen hier im Haus bin ich dankbar, dass Sie unserem Aufruf zum fairen und respektvollen Umgang im Wahlkampf folgen, diesen sogar erweitern, und sei es in einem Alternativantrag, den sogar die SPD mitzeichnet. Ich wünsche uns allen einen friedlichen und fairen Wahlkampf. Viel Erfolg!

(Beifall AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums aus Altenholz sowie den Bürgermeister aus Schönberg, Herrn Peter Kokocinski. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Frau Dr. Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Tag der neunten Wahl zum Europäischen Parlament - der 26. Mai - rückt näher, und die öffentliche Meinung zur Lage Europas steht unter dem Eindruck der völlig verfahrenen Debatte um den Brexit. Da drängt es sich förmlich auf, die vorliegenden Berichte und Anträge zusammenzuführen, um mit der Kraft einer Debatte für eine starke Wahlbeteiligung am Tag der Europawahl zu werben.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, wenn auch meine Ausführungen mit dem Thema beginnen, das uns nun seit über zwei Jahren beschäftigt: der Brexit. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, durchschaut das Hin und Her im britischen Unterhaus noch wirklich? Bis heute wissen wir nicht, ob und vor allem wann das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen wird. Täglich erreichen uns diesbezüglich neue Nachrichten aus London.

Fest steht seit der Entscheidung des Europäischen Rates am vergangenen Donnerstag lediglich, dass der ursprünglich für heute vorgesehene Austritt verschoben wird, und zwar mindestens auf den 12. April 2019, wenn es weiterhin keine Einigung im Unterhaus über das Austrittsabkommen geben sollte. Denn spätestens bis zu diesem Datum müsste Großbritannien mit den Vorbereitungen zur Teilnahme des Landes an der Europawahl beginnen.

Ausschließlich für den Fall, dass das britische Parlament dem Austrittsabkommen doch noch zeitnah zustimmen sollte, haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs deshalb auf eine Verlängerung der Austrittsfrist bis zum 22. Mai 2019 verständigt.

Ich bin froh über diese Entscheidung des Europäischen Rates, denn sie bedeutet für uns in Schleswig-Holstein, dass wir die Europawahl rechtssicher durchführen können. Diese Wahl ist zu wichtig, als dass sie zum Spielball der Brexit-Verhandlungen gemacht wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Der Brexit war auch bei der Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche leider das beherrschende Thema mit der Folge, dass andere, für Europa ebenso wichtige Themen in den Hintergrund gerückt sind. Während wir Nabelschau betreiben, bringen sich die Weltmächte weiterhin in Stellung, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Bedenken Sie nur, was China mit dem Ausbau der Seidenstraße beabsichtigt. Wir müssen die Bedeutung Europas im Weltgefüge wieder mehr unterstreichen.

Zurück zu Schleswig-Holstein: Wir haben schon öfter hier in diesem Hause gehört, dass wir gut vorbereitet sind, und zwar auf beide Austrittszenarien. Mit dem Brexit-Übergangsgesetz, das dieses Haus vor drei Wochen verabschiedet hat, haben wir uns für den geregelten Austritt gewappnet. Mit der im Wirtschaftsministerium angesiedelten Taskforce Brexit steht die Landesregierung auch den Unternehmen in unserem Land unterstützend zur Seite, und zwar insbesondere für die Fragen, die sich mit Blick auf einen Austritt ohne Abkommen stellen.

Darüber hinaus sind wir der Bitte des Landtages aus der letzten Sitzung nachgekommen. Auf der Homepage meines Ministeriums finden Sie ab Anfang nächster Woche eine umfangreiche Übersicht von Informationsangeboten rund um das Thema Brexit.

Meine Damen und Herren, ein weiteres großes Thema wird uns auch noch etwas länger begleiten: der mehrjährige EU-Finanzrahmen für die Finanzperiode 2021 bis 2027, zu dem die Europäische Kommission Anfang Mai letzten Jahres ihren Vorschlag vorgelegt hat. Darin ist zunächst eine Steigerung der Finanzmittel von 1 % des Bruttonationaleinkommens auf 1,11 % vorgesehen. Zusammen mit dem Ausgleich des wegfallenden britischen Beitrags - immerhin, das wissen wir, der zweitgrößte Nettozahler der EU - käme danach allein auf Deutschland eine Steigerung des EU-Beitrags von derzeit rund 31 Milliarden € auf künftig rund 45 Milliarden € pro Jahr zu.

Wesentliche Eckpunkte des Kommissionsvorschlags: erstens eine Mittelaufstockung insbesondere zur Finanzierung neuer Prioritäten in den Bereichen Forschung und Innovation, Jugend und Bildung, digitale Wirtschaft, Migration, Sicherheit, Verteidigung sowie Klimaschutz; zweitens sind es Kürzungen in der Kohäsionspolitik - Stichworte Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds - sowie in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, dabei geht es für Schleswig-Holstein um die Mittelausstattung der Landesprogramme Wirtschaft, Arbeit und ländliche Räume, in die in der aktuellen Förderperiode rund 800 Millionen € aus dem EU-Haushalt fließen; und drittens - als neuer Ansatz der Kommission - die Verknüpfung des Erhalts von EU-Mitteln mit der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit in den begünstigten EU-Mitgliedstaaten.

Angesichts der unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten hat sich der Europäische Rat jedoch lediglich auf die Zielsetzung verständigt, im Herbst 2019 eine Einigung über den EU-Haushalt ab 2021 zu erreichen.

Das Europäische Parlament hat sich klar positioniert, und zwar gegen diejenigen Mitgliedstaaten, die Ausgaben nicht steigern und Einsparungen vornehmen wollen. Das Europäische Parlament hat sich für die Aufstockung auf 1,3 % des Bruttonationaleinkommens und gegen jegliche Kürzung der Mittel ausgesprochen.

Sie wissen, dass ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rates notwendig ist. Aber wann? Wahrscheinlich erst zum letztmöglichen Zeitpunkt, das heißt unter deutscher Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020.

Größere Sorgen bereitet uns derzeit die Fortführung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Zum 1. Januar 2019 ist die im Juni 2018 von der dänischen Regierung angekündigte Reform der regionalen Wirtschafts- und Regionalentwicklungsförderung in Kraft getreten. Damit sind diese Aufgaben von den erst 2007 neu geschaffenen Regionen auf staatliche Behörden und teilweise auf die kommunale Ebene in Dänemark übergegangen.

Dann, Mitte Januar dieses Jahres, wieder ein neuer Vorschlag für eine weitere Gesundheits- und Regionalreform. Demnach soll das dänische Gesundheitswesen ebenfalls teils verstaatlicht, teils in kommunale Regie überführt werden.

Zudem sollen die fünf dänischen Regionen mit ihren gewählten Parlamenten und Vorsitzenden bis Ende 2020 abgeschafft werden.

Parallel dazu liegt seit Mai 2018 ein weiterer Vorschlag der Europäischen Kommission auf dem Tisch. Die bislang bekannten und gut aufgestellten Räume der INTERREG-A-Programme - für uns ganz wichtig - zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollen auf vergleichsweise kleine grenznahe Räume begrenzt werden.

Das alles stellt zwei wichtige Grundlagen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit in Frage, zum einen die Zusammenarbeit mit den beiden benachbarten Regionen Syddanmark und Seeland als bisherigen „Premiumpartnern“ zur Erprobung neuer Felder und Formen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, zum anderen das INTERREG-Programm „Deutschland-Danmark“ als wesentlichem Instrument zur Umsetzung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Derzeit arbeiten wir an einer neuen Grundlage für die Kooperation mit der dänischen Regierung und ebenso daran, das heutige, gut aufgestellte INTERREG-A-Programm auch in der neuen Finanzperiode uneingeschränkt fortsetzen zu können.

Noch immer offen ist allerdings die Frage, wer an die Stelle der Regionen Syddanmark und Seeland treten soll, sofern die dänischen Regionen tatsächlich abgeschafft werden sollten. Dabei müssen wir die Neuwahlen zum dänischen Folketing, die bis Mitte Juni stattfinden werden, im Hinterkopf behalten.

Meine Damen und Herren, es ist gut und wichtig, dass Parteien und Fraktionen mit Blick auf die Europawahl im Wettlauf um die besten Ideen mit eigenen Anträgen und Forderungen konkurrieren. Doch gilt es, das Wünschbare und das Realisierbare auseinanderzuhalten. Alle Forderungen, die eine Änderung des Primärrechts erfordern, sind auf absehbare Zeit nicht realisierbar, da sie in den Mitgliedstaaten nicht ratifiziert werden dürften. Zum Beispiel:

Eine Zuständigkeit der EU für eine Sozialunion setzt eine Änderung der Europäischen Verträge voraus, die auf Sicht nicht realisierbar sein dürfte.

Eine gerechtere Steuerpolitik hingegen ist eine berechtigte Forderung, auch wenn sich die Mitgliedstaaten zuletzt nicht auf eine Digitalsteuer einigen konnten. Hier wird es natürlich auch auf die konkrete Ausgestaltung ankommen.

Eine Verkleinerung der Europäischen Kommission ist bereits im Vertrag von Lissabon festgehalten, stieß aber damals auf heftige Kritik der kleineren EU-Mitgliedstaaten. Zudem bedürfte es eines einstimmigen Beschlusses des Europäischen Rates. Ob dies gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Was schon seit geraumer Zeit in Polen und Ungarn, aber auch in weiteren EU-Staaten passiert, erfüllt mich mit großer Sorge. Alle Mitgliedstaaten müssen sich an das halten, was sie in den Verträgen unterschrieben haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Die Rechtsstaatlichkeit gehört zu den europäischen Grundwerten und ist unabdingbar. Wir müssen die vorhandenen Instrumente ausschöpfen. Neben den bereits anhängigen Vertragsverletzungsverfahren müssen wir auch über weitere Sanktionen nachdenken. Im äußersten Fall gehört dazu auch die Kürzung der europäischen Mittel. Nur so bleibt Europa glaubwürdig.

Meine Damen und Herren, trotz verschiedener Blickweisen auf Europa und damit verknüpfter Erwartungen hoffe ich doch sehr, dass Sie fraktionsübergreifend für eine starke Wahlbeteiligung am 26. Mai werben werden. Denn, liebe Europa-Freunde, wir brauchen ein starkes Europa, Deutschland ebenso wie Schleswig-Holstein und die beiden deutsch-dänischen Grenzregionen. Dafür braucht die EU aber auch starke Institutionen. Am 26. Mai haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Ohne ein starkes, direkt gewähltes europäisches Parlament mit einem möglichst hohen Anteil europafreundlicher Abgeordneter wäre es für Europa deutlich schwerer, den Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts stark und erfolgreich zu begegnen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich hatte gehofft, wir hätten früher darüber reden können, da es der zentrale Punkt ist. Es ist so viel gesagt worden, viel Richtiges, aber auch viel Falsches aus meiner Sicht, dass ich jetzt leider nicht so stark auf Ihren Bericht eingehen kann, wie ich das gewollt hätte.

Ich versuche, es ein bisschen abzuarbeiten. Der Bericht, das muss man sagen und anerkennen, hat sich eine ehrliche Bilanz zum Ziel gesetzt. Und in der Tat, Ehrlichkeit tut not. Denn die EU - nicht Europa, sondern die EU, das ist immer noch ein Unterschied - ist flächendeckend in einer Vertrauenskrise, in einer Glaubwürdigkeitskrise: Maastricht-Kriterien gerissen, Schengen funktioniert nicht, weil die Außengrenzen nicht geschützt werden, Dublin-Ver einbarung wird nicht eingehalten, eine gemeinsame Außenpolitik - Fehlanzeige. Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, dazu steht auch in Ihrem Bericht, ganz ehrlich und offen zugegeben: Man kann sich nicht einigen. Die Außengrenzen können nicht geschützt werden.

Insofern ist das eine sehr schlechte Bilanz, die sich die EU im Moment ausstellen lassen muss. Deswegen gibt es diese vielen Bürgerbewegungen und Parteien in vielen EU-Mitgliedstaaten, die die EU kritisieren. Diese Bürgerbewegungen und Parteien sind nicht die Ursache für die EU-Krise, sie sind

(Volker Schnurrbusch)

das Symptom. Sie sind die Reaktion darauf, dass es in Brüssel hakt.

(Beifall AfD)

Das muss man doch einmal klarstellen. Wenn es derzeit im Londoner Unterhaus wirklich chaotisch zugeht - ich gucke mir das jeden Abend auf BBC an und finde es unterhaltsam -, so ist es immerhin noch gelebte Demokratie, auch wenn das hier manche nicht wahrhaben wollen. Die ringen im Parlament und mit der Regierung um Lösungen. Schade, dass sie diese nicht finden. Es sind eben nicht die Vertreter von UKIP, die dort sitzen, die sind dort überhaupt nicht vertreten. Es sind die Tories, die von Anfang an gegen Brüssel geschossen haben. Kenner des Landes werden das bestätigen. Das ist seit Margaret Thatcher so, dass sich Großbritannien nicht als Teil Europas sieht. Die sagen immer noch: der Kontinent. Das ist eine Insel, und wir sind der Kontinent. Margaret Thatcher hat das immer kritisiert. David Cameron, der Tory-Premierminister, hatte Sonderregelungen mit Brüssel ausgehandelt. Er wollte einen Sonderweg gehen, er hat die Brexit-Volksabstimmung in die Wege geleitet: auch ein Tory, und kein UKIP-Mann. Auch der Sozialistenführer, Jeremy Corbyn, ist ein Brexit-Anhänger, er will einen Brexit, aber einen anderen als Theresa May.

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

- Ja, das ist so, das müssen wir so hinnehmen. Wir müssen auch hinnehmen, dass es nicht die bösen Populisten sind, die das da am Laufen halten.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das sind ja Fakten. Reden Sie einmal mit Jeremy Corbyn, der wird das bestätigen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das geht leider nicht!)

- Dann müssen wir mal miteinander reden.

Wir haben vor Kurzem auch erlebt, dass in den Niederlanden, ein Mitgliedstaat mit einer ganz hohen Begeisterung für die EU, die stärkste Partei bei den Kommunalwahlen die neue Partei „Forum für Demokratie“ geworden ist. Die sind europakritisch und wertkonservativ. Fragen Sie einmal, warum. Das sind keine Spinner, sondern Leute, die hören, dass es in der EU knirscht. Deswegen gibt es diese neuen Parteien, darauf muss man Wert legen, darauf muss man achten.

Lieber Herr Holowaty, auch die AfD will die EU nicht zerstören, das ist nicht wahr. Sie können unser Programm gerne lesen. Wir wollen die EU refor-

mieren, wir wollen sie dahin zurückführen, wo sie einmal war, nämlich zur Wirtschafts-, Handels- und Zollunion, das ist vernünftig. Wir wollen keine politische und keine soziale Union. Das ist der Unterschied. Das ist nicht Zerstörung, sondern das ist Reform.

(Beifall AfD)

Ich würde sehr gerne noch über die INTERREG-Programme reden, weil die für Schleswig-Holstein - -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ich komme zum Schluss. - Weil die unser Schleswig-Holstein wirklich betreffen. Ich würde es bedauern, wenn es da zu einer Verschlechterung mit den Dänen käme, aber das müssen wir dann im Ausschuss weiter bereden.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens Abstimmung zu a, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1368. Es ist beantragt worden, den Antrag 19/1368 dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Zweitens Abstimmung zu b, Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1370. Es ist beantragt worden, über diesen Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Drittens Abstimmung zu c, Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1372, sowie Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1387. - In der Sache?

(Zurufe CDU und FDP: Ja!)

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

- Gut, dann trenne ich die jetzt erst einmal. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse somit zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1372, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Damit ist der Antrag Drucksache 19/1372 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1387. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Zu d, Bericht der Landesregierung. Überweisen oder erledigt?

(Zuruf CDU: Überweisung!)

Ich lasse daher nun abstimmen zu Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1371. Es ist beantragt worden, diesen Bericht dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand fortsetzen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1369

Verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen und Ursachen für Kostensteigerung ermitteln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1386

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Als das Thema der Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger

Strand intensiver in den Medien Anklang fand, wurde mir von einem Bürger, der dort sehr aktiv eintritt, ein Foto vom Schönberger Strand aus den 20er-Jahren zugesandt, das ein Bild zeigt, welche Menschenmassen dort damals die Bahn benutzt haben. Dass wir uns heute nicht mehr über diese Menschenmassen unterhalten, ist mir klar.

Nichtsdestotrotz hat mir das gezeigt, dass dieses Thema viele Menschen in der Region bewegt, was sich in der Medienberichterstattung widerspiegelt. Ich begrüße noch einmal Peter Kokocinski, der sich auch ebenfalls dazu öffentlich erklärt hat und sich genauso wie die anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Region gemeinsam mit der Landrätin intensiver mit dem Thema befasst und sich an die Medien gewandt hat. Der Plöner Kreistag hat mit einer Zweidrittelmehrheit eine Resolution dazu verabschiedet. Alle eint die Angst, die Landesregierung könnte aus einem seit Jahren beschlossenen Projekt aussteigen.

Das aktuelle Problem ist eine prognostizierte Kostensteigerung. Seien wir doch einmal ehrlich: Ich kenne kein Infrastrukturprojekt der jüngeren Zeit, bei dem die Kosten stabil geblieben wären.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Gestern haben wir uns hier einvernehmlich über die S 4 ausgetauscht. Doch die prognostizierten Kosten bei der S 4 von ursprünglich angenommenen 350 Millionen € sind mittlerweile auf mehr als 1 Milliarde € angestiegen.

Wie ist das nun bei der Strecke Kiel-Schönberger Strand? Aktuell wird hier über 50 Millionen € gesprochen; ursprünglich waren es 35 Millionen €. Das ist eine Kostensteigerung von 42 %, die wirklich mehr als ärgerlich ist. Die Kostensteigerungen treffen aber derzeit alle öffentlichen und privaten Bauten. Die Bauhochkonjunktur fordert hier leider ihren Tribut. Zudem gibt es im Gegensatz zur ursprünglichen Planung zwei zusätzliche Bahnhalte und nun bei einem Teilstück einen sandigen Untergrund.

Aber wir müssen auch ehrlich sein. Wir können nicht überall den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV fordern und dann, wenn es darauf ankommt, nicht bereit sein, Geld in die Hand zu nehmen.

Die Kollegin Eka von Kalben äußerte erst Anfang der Woche, dass die Grünen weiter am Ausbau der Strecke Kiel-Schönberger Strand festhalten wollten. Ich dachte erst: Schön, dass die Grünen nicht bei einem weiteren Projekt aussteigen und hier Haltung bewahren. Dann kam Ihr Antrag. Darin steht nun,

(Kai Vogel)

dass Sie erst eine weitere Wirtschaftlichkeitsüberprüfung benötigen. Hier verdrückt sich die Koalition nun komplett in die Büsche und zögert eine klare Aussage hinaus. Eine Bestätigung für das Projekt ist das nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Nein, mit dieser erneuten Wirtschaftlichkeitsprüfung stellen Sie das Projekt infrage, und das darf es nicht sein.

(Beifall SPD)

Auch am 7. März haben wir hier über das Thema Schienenpersonennahverkehr diskutiert. Der Minister äußerte sich hier wie folgt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„Uns eint der Wunsch, mit dem Schienenpersonennahverkehr mehr Menschen auf die Schiene zu bekommen. Dafür sollten wir alles versuchen, was sinnvollerweise zu machen ist.“

(Beifall SPD und CDU)

Alle Kollegen, die jetzt hier auch klatschten, argumentierten ebenfalls für einen Ausbau des SPNV im ganzen Land. Jetzt können Sie Ihren Worten endlich Taten folgen lassen. Stattdessen schwebt nun über dem Projekt Kiel-Schönberger Strand das Damoklesschwert. Dieses Signal ist verheerend.

In der Region um Kiel gibt es derzeit kein so wichtiges Nahverkehrsprojekt wie die Reaktivierung der Strecke Kiel-Schönberger Strand. Dieses Nahverkehrsprojekt bietet für Kiel und den Kreis Plön eine vermutlich einmalige Chance. Für die Strecke Kiel-Schönberger Strand ergibt sich fast eine Halbierung der Fahrzeit. Man geht bei allen Prognosen von vierstelligen Fahrgastzahlen aus, die dann mit der Bahn fahren.

Schönberger Strand hat noch deutliches Potenzial für zusätzlichen Tourismus an einem der schönsten Ostseestrände unseres Landes. In Kiel haben 35.000 Studierende ein Semesterticket, mit dem sie dann kostenfrei fahren könnten.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Fünf Gemeinden ohne derzeitigen Bahnanschluss würden deutlich stärker an die Landeshauptstadt angebunden werden. In Kiel herrscht Wohnungsknappheit; auf dem Land sieht das anders aus. Kiel ist akut von Fahrverboten bedroht. Täglich pendeln 17.000 Autos nach Kiel. Die Bahnverbindung Kiel-Schönberger Strand bietet hier viele kluge Lösungsansätze. Die Vorteile überwiegen deutlich. Und Sie

glauben es kaum: Das gibt es nicht umsonst. Nein, dafür müssen Sie auch Geld in die Hand nehmen.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Denn innovative Projekte kosten im Nahverkehr immer Geld, sichern aber auch den Klimaschutz.

Wir stehen weiterhin zu der Strecke Kiel-Schönberger Strand. Und dieses Bekenntnis fordern wir heute auch von der Landesregierung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, Sie fordern heute einen Blankoscheck für die Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand. In Ihrem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, die - ich zitiere -:

„bereits begonnene Maßnahme trotz der Kostensteigerungen im bisher geplanten Umfang zügig weiter umzusetzen“.

Man könnte auch sagen: Zieht es durch, egal, was es kostet.

Kurios in diesem Zusammenhang sind die Behauptungen des Kieler SPD-Oberbürgermeisters Kämpfer in den „Kieler Nachrichten“ vom 13. März 2019. Dort wischt Ulf Kämpfer die Kostensteigerungen mit der Bemerkung weg - ich zitiere -:

„Schon ein Windhauch reicht aus, um den Wirtschaftsminister zum Wanken zu bringen.“

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Schön, dass Sie klatschen. - Dass SPD-Politiker Kostensteigerungen von 42 % mit einem Windhauch vergleichen, zeigt, dass Sozialdemokraten nicht einmal den Hauch einer Ahnung von solider Finanzpolitik haben.

(Beifall CDU und FDP)

Was machen wir also? Wir wollen erst einmal feststellen, warum es zu den Kostensteigerungen kam. Lag es daran, dass man Forderungen nach Planfeststellungsverfahren aus der Region von Anfang an wegschob und die Reaktivierung ohne solide Überprüfung begann? Wie belastbar sind die Zahlen jetzt? Welches sind die Gründe für eine 42-prozentige Kostensteigerung? Ist das Ende der Fahnen-

(Lukas Kilian)

stange jetzt kostentechnisch erreicht, oder sind die bisherigen Kostensteigerungen Schüsse in die Luft? Müssen wir mit weiteren Kostensteigerungen rechnen?

Wir brauchen hier erst einmal belastbare Fakten, um eine Entscheidung zu treffen.

(Beifall CDU und FDP - Werner Kalinka [CDU]: So sieht es aus!)

Als Opposition können einem Fakten egal sein, für die Regierungsfractionen sind sie wegweisend.

(Beifall CDU)

Neben den Investitionskosten sind übrigens auch die künftigen Betriebskosten zu betrachten. Der ursprüngliche Bahnverkehr wurde schließlich vor Ausbau der Straßenverbindungen nach Kiel - wegen der schlechten Auslastung - eingestellt.

Für uns von der CDU-Fraktion war von Anfang an klar: Wir werden das Projekt „Hein Schönberg“ kritisch konstruktiv begleiten. „Kritisch“ heißt dabei: Mit uns gibt es nicht einfach ein „Weiter so!“ Eine Augen-zu-und-durch-Mentalität kommt für uns nicht in Betracht. Wir sind dem Steuerzahler gegenüber verpflichtet, die Kostensteigerungen ernst zu nehmen. Auch das Ende des Ausbaus muss eine der Optionen sein.

Auch im Hinblick auf den Klimaschutz, lieber Kollege Vogel, müssen wir doch stets versuchen, mit unseren Mitteln so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Niedrige Kosten und hoher Nutzen müssen immer Vorrang vor hohen Kosten und niedrigem Nutzen haben.

„Konstruktiv“ heißt dabei aber auch: Wir werden das Projekt nicht Hals über Kopf fallen lassen. Fakt ist: 15 Millionen € sind bereits ausgegeben. Ein Ausstieg auf offener Strecke ist auch nicht geplant.

(Beifall CDU)

Wir müssen uns jetzt unaufgeregt mit den Kostensteigerungen auseinandersetzen. Möglicherweise können ja auch Kosteneinsparungen erreicht werden, um die Wirtschaftlichkeit herzustellen.

Unsere Position ist klar und besonnen: Schnellschüsse in die eine wie in die andere Richtung darf es nicht geben.

(Beifall CDU, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Eine Entscheidung muss, wie im Alternativantrag dargestellt, aufgrund der Kostenkalkulation und der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung getroffen werden.

Verkehrspolitisch muss sich die SPD auch einmal entscheiden. In der letzten Landtagssitzung forderte man vollmundig einen 10-Minuten-Takt für den Hamburger Rand.

(Beifall Thomas Hölck [SPD])

Nun holzt Herr Kämpfer - ebenfalls in den „Kieler Nachrichten“ vom 13. März 2019 -:

„Für S-Bahn-Projekte am Hamburger Rand werden Millionen investiert. Dabei ist die Auslastung in Kiel viel höher.“

(Beifall Thomas Hölck [SPD])

Dass Herr Kämpfer es mit Zahlen nun nicht so hat, habe ich eben schon dargestellt. Regionen hier gegeneinander ausspielen zu wollen, mag für einen Kommunalpolitiker reichen. Landespolitisch muss man aber Zusammenhänge betrachten.

Ich bin gespannt auf die Finanzierungsvorschläge der SPD-Fraktion für deren gesamte verkehrspolitischen Träume. Blankoschecks unterschreiben wir als Jamaika-Koalition jedenfalls nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern haben Sie mich gelobt, haben geklatscht für meine Klarheit und Deutlichkeit bei der S 4.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Ich hoffe, dass Sie jetzt genauso begeistert klatschen werden, wenn wir Grünen uns nun sehr klar und deutlich auch zu dem Projekt „Hein Schönberg“ bekennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb beginne ich mit einem Zitat - mit Verlaub, Frau Präsidentin - aus dem Jamaika-Koalitionsvertrag. Ich zitiere:

„Die Koalitionspartner bekennen sich zu den völkerrechtlichen Verträgen von Paris, mit dem Ziel, die Erwärmung der Atmosphäre auf höchstens 2 °C zu begrenzen.“

(Dr. Andreas Tietze)

Meine Damen und Herren, um das zu tun, muss man die Verkehrswende in Deutschland voranbringen; denn der Verkehr ist der größte Emittent. Das ist allgemein bekannt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Jugendlichen, die in dieser Landtagssitzung von vielen Fraktionen zitiert worden sind, sind ja gerade auf der Straße, um uns zu einem besseren Klimaschutz zu bewegen. Heute kann man sie auch vor der Tür des Landtages sehen.

Meine Damen und Herren, 12.500 Autos belasten täglich die B 502 und die L 50 zwischen Schönberg und Kiel. Über 15.000 Menschen brauchen gute Stadt-Umland-Verbindungen statt Stau durch ganz Schönkirchen vor der Schwentinebrücke. Deshalb haben wir aus gutem Grund in der Küstenkoalition die Reaktivierung der Schienenstrecke für 35 Millionen € vorangetrieben. Ich darf sagen: Einfach war es für die Grünen auch in der Küstenkoalition nicht, dieses Projekt voranzubringen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Das erste Drittel bis Kiel-Oppendorf wird auch seit dem 4. September 2017 stündlich bedient. Nun stellt sich heraus, dass weiter nördlich der Untergrund schlechter ist als bisher gedacht; weitere 15 Millionen € soll das kosten. Bei der Schiene ist das nun ein Problem, beim Straßenbau winken wir häufig Kosten durch, ohne dass wir im Landtag darüber diskutieren oder dass Kritik kommt. Ich erinnere an die Fehmarnbelt-Querung:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

800 Millionen € sollte sie kosten; 3 Milliarden € kostet sie, meine Damen und Herren.

(Zuruf Peer Knöfler [CDU]: Aber doch nicht im Landtag!)

- Ich will gar nicht mit der Fehmarnbelt-Querung argumentieren;

(Zuruf: Dann hör auf damit! - Heiterkeit)

machen wir es mal überschaubarer und übersichtlicher:

(Zurufe)

Beim Ausbau der B 404 zur A 21 - 5,4 km bei Lötting - gab es viel Morast und moorigen Untergrund. Augen zu und durch, so die Devise: Auf 200 m wurden 1.470 Betonpfähle 20 m tief in den Boden gedrückt - alle 2 m einer - und mit einem Textilnetz verbunden. Geotechnisches Flächentragwerk heißt das. 15 Millionen € hat das gekostet. Aber noch

einmal: Bei Straßen machen wir es, ohne politisch zu diskutieren, bei der Schiene diskutieren wir. - Aber gut so.

Meine Damen und Herren, zurück zur umweltfreundlichen Schiene und zum Projekt „Hein Schönberg“. Richtig ist - dazu stehen wir; deshalb dieser Antrag -: Wir brauchen eine Analyse. Ich würde mir wünschen: für alle Projekte im Verkehrsbereich, die aus dem Ruder laufen, zum Beispiel für die Fehmarnbelt-Querung endlich eine Kostenanalyse.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU]: Haben wir doch!)

Da wären wir Grüne froh. Das fordern wir schon seit zehn Jahren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man also eine Analyse will, muss man sie auch generell fordern. Wenn man aus Kosten- und fiskalischen Gründen Projekte, deren Kosten exorbitant ansteigen, überprüfen will, dann, bitte schön, alles überprüfen.

Wir fragen aber nicht nur nach den Kosten, sondern wir schauen auch darüber hinaus. Deshalb ist der volkswirtschaftliche Aspekt wichtig: Was kostet es eigentlich, diesen Bau zu unterlassen? Für eine gute Strecke sind eben deutlich höhere Fahrkarteneinnahmen zu erzielen, als wenn wir jetzt irgendwie im Murks die Strecke in der Mitte verenden lassen. Wenn man Fahrkarteneinnahmen wirklich wirtschaftlich generieren will, davon sind wir überzeugt, muss man diese Strecke weiterbauen. Heute transportiert der RNVP Plön täglich zwischen 300 und 1.000 Leute, je nach Abschnitt.

Es ist eine verkehrswissenschaftliche Erkenntnis: Bus fährt, wer muss, Bahn, wer kann. - Wir wollen von 7 % Nutzern des öffentlichen Nahverkehrs im öffentlichen Busverkehr auf 14 % verdoppeln. Dann muss das aber auch attraktiver werden. Alle Wissenschaftler sagen uns: Das erreicht man nur auf der Schiene. Deshalb sage ich ganz deutlich: Wer eine deutliche Kapazitätssteigerung erreichen will, braucht mehr Schiene und nicht weniger.

Ich darf auch noch einmal daran erinnern: Auch in der Gesamtbilanz sprechen die Klimakosten für Züge. Jedes Auto pro Tag weniger entlastet nicht nur die B 502, sondern auch das Klima, nämlich jährlich mit 1 t CO₂.

Mein Fazit: Wenn es heißt, dass wir den Nutzen der Strecke durch intelligente Konzepte mehreren müssen, müssen wir auch die Mehrkosten kompensieren.

(Dr. Andreas Tietze)

ren. Dann müssen wir unsere Köpfe so lange rauchen lassen, bis es die Auspuffe der Autos nicht mehr tun.

„Hein Schönberg“ ist es wert; der Zug lässt sich nach unserer Auffassung nicht mehr aufhalten. Wir brauchen gute und richtige Stadt-Umland-Verbindungen. Das ist die Aufgabe, die wir haben; sonst können wir die Lärm- und Schmutzmissionen in der Kieler Innenstadt nicht zurückfahren. Das geht nur mit mehr und nicht mit weniger ÖPNV.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich darf die Kritiker auch noch einmal daran erinnern: Wo wir gute Eisenbahnschienen reaktiviert haben, steigen auch die Kosten der Immobilien. Dort entsteht Wohnungsbau. Wir brauchen dringend Wohnungsbau im Land. Das werden wir nicht allein in Kiel schaffen, sondern nur durch intelligente Verbindungen von ÖPNV und sozialem Wohnungsbau. Deshalb brauchen wir auch eine kluge und gute ÖPNV-Politik.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das war ein schönes Schlusswort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Wir nehmen wahr: Die Region steht voll hinter diesem Projekt - 13 Amtsbürgermeister und Amtsbürgermeisterinnen. Wir werden jetzt in Ruhe analysieren. Seien Sie sicher: Auch als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses werde ich darauf achten, dass wir uns regelmäßig über den Sachstand berichten lassen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Danke, Herr Kollege.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir suchen nach Lösungen, und wir werden Lösungen finden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein echtes Anliegen

dieser Jamaika-Koalition, gute und emissionsarme Angebote im ÖPNV zu machen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir so mehr Menschen aus dem individuellen Personenverkehr in Bus und Bahn bringen möchten. So möchten wir Straßen und Menschen vom Verkehr entlasten. So möchten wir einen Beitrag zum Schutz der Umwelt vor Abgasen und Stäuben leisten. So möchten wir aber vor allen Dingen die Lebensqualität für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner heben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist sehr nett, wenn Sie hier von Bildern vom Beginn des 20. Jahrhunderts sprechen, Kollege Vogel; das ist sehr putzig. Aber es sind halt auch genau diese: Bilder vom Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Mobilitätsanspruch der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner hat sich in der Zwischenzeit verändert; das glaube ich jedenfalls.

Weil es uns auf alle Fälle ernst ist mit dem Anliegen, Verbesserungen und attraktive Angebote zu machen, ermitteln wir gerade, wie die öffentlichen Verkehre in Schleswig-Holstein kundengerechter organisiert werden können, denn eines ist doch klar: Es ist sekundär, was wir hier toll finden, welche Strecken, Trassen oder Verkehrsmittel wir toll finden oder gerne sehen würden. Der Wurm muss dem Fisch schmecken, oder, um es mal auf die Situation anzupassen: Das Angebot muss den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern schmecken, es muss für sie attraktiv sein, denn für diese Menschen machen wir das ja. Ist ein Angebot nicht attraktiv, können wir es hier noch so toll finden: Es wird nicht genutzt werden.

Eine Möglichkeit, den ÖPNV kundengerechter und attraktiver zu machen, ist natürlich die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davon gibt es mehrere im Land, und wir untersuchen das ja auch. Herr Vogel und Frau Ünsal, Sie haben das auch mit unterschrieben: Einzigartig ist jede dieser Strecken, aber einmalig ist „Hein Schönberg“ nun nicht. Jede dieser Strecken hat genügend Potenzial, und welches Potenzial das genau ist, werden wir untersuchen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Kay Richert)

Wie schon angesprochen, liegt eine der vormals stillgelegten Strecken im Kieler Osten; sie wurde bereits wiederbelebt: Es ist die Strecke von Kiel nach Schönberg oder, genauer gesagt, nach Schönberger Strand. Strandbahn oder „Hein Schönberg“ wird sie auch ganz liebevoll genannt. Von Kiel bis Oppendorf fährt der Zug bereits; die restliche Strecke soll jetzt folgen. Die Vorarbeiten wurden in der letzten Legislaturperiode beschlossen und begonnen. Wir haben das Projekt bis jetzt weitergeführt.

Leider gab es vor etwa drei Wochen, nachdem die Vorarbeiten für die Reaktivierung weitgehend abgeschlossen sind, schlechte Nachrichten: Anstatt der veranschlagten 35 Millionen € soll das Ganze nun plötzlich 50 Millionen € kosten. Diese 50 Millionen € sind auch nur um eine erste Schätzung; das kann jetzt gut oder schlecht sein.

Minister Buchholz wird sich vom Vorhabenträger eine gründliche und valide Gesamtkostenaufstellung geben lassen. Ich erwarte auch, dass diese Aufstellung die gesamten Kosten und, wenn möglich, auch sämtliche Planungsalternativen realistisch und vollständig nennt. Ich möchte nämlich nicht erleben, dass wir in einem Jahr wieder hier stehen und die nächste Kostenexplosion präsentiert bekommen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um eines ganz klar zu sagen: Explodieren die Kosten, ohne dass der entsprechende Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort entsteht, werden wir hier die Reißleine ziehen. Einen Blankoscheck nach der Devise „koste es, was es wolle“ wird es nicht geben.

Weil die Parallele zu den Straßen und besonders zu den Autobahnen gezogen wird, möchte ich sagen: Wissen Sie, was der Unterschied zwischen Landes- und Bundesinvestitionen ist? - Die einen kommen vom Land, und die anderen kommen vom Bund.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Genau das sind auch die verschiedenen Zuständigkeiten; das sollten wir nicht vergessen.

(Zuruf)

Mir sind die Argumente der betroffenen Gemeinden durchaus bewusst und bekannt. Am Ende des Tages geht es hier aber darum, das Geld aller Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner so auszugeben, dass der Nutzen für alle möglichst groß ist.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD]: Ach, das ist ja interessant!)

Alles andere ist unverantwortlich. Schließlich fehlt jeder Euro, den ein Projekt mehr kostet, als veranschlagt worden ist, in anderen wichtigen Bereichen.

Ich persönlich hoffe, dass „Hein Schönberg“ weitergehen kann. Ich sehe in Streckenreaktivierungen eine tolle Möglichkeit, das Reisen oder Pendeln so attraktiv zu machen, dass die Bahn eine echte Alternative zum Individualverkehr wird. Bahnfahren entzerrt nicht nur Straßenverkehr; ich persönlich empfinde es auch als wesentlich entspannter. Aber um meine bahnromantischen Vorstellung geht es hier nicht.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letztlich wird das Verhältnis zwischen den gesamten Projektkosten und dem daraus entstehenden Nutzen über die Weiterführung von „Hein Schönberg“ entscheiden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der FDP und wir von der Jamaika-Koalition wollen in Schleswig-Holstein attraktive Angebote schaffen, um mehr Menschen von der Straße auf die Schiene zu bringen. Das ist uns wichtig, und dafür tun wir viel. Wir wollen auch ein Netz mit attraktiven Angeboten schaffen und Beförderung zu bezahlbaren Preisen ermöglichen. Aber, liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, wir wissen, dass Sie einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld erwarten, das Sie erarbeitet und uns anvertraut haben. Wir werden alles tun, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. - Vielen Dank!

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Bauvorhaben mit einer hohen Bedeutung für den öffentlichen Personennahverkehr benötigen gerade vonseiten des öffentlichen Auftraggebers Verlässlichkeit in Bezug auf Planung und Bauausführung. Diese Verlässlichkeit steht derzeit bei der Aktivierung der Bahnverbindung von Kiel nach Schönberger Strand infrage.

Wir haben es gerade gehört, kürzlich wurde bekannt, dass der weitere Ausbau der Strecke ab Op-

(Volker Schnurrbusch)

pendorf mit bisher nicht bekannten Kosten verbunden ist. So besteht der Unterbau der Strecke aus Sand und nicht aus einem Schotterbett, sodass der gesamte Unterbau erneuert werden müsste. Es bedarf keiner Erklärung, dass dies Kostensteigerungen in Millionenhöhe zur Folge haben wird.

Welche Konsequenzen aus dieser Kostensteigerung zu ziehen sind, ist seitdem umstritten. Die regierungstragenden Fraktionen haben nun heute kurzfristig einen Alternativantrag vorgelegt und darin zunächst die zu erwartenden Kostensteigerungen bedauert. Ja, was auch sonst? Auch die Bitte an die Landesregierung, die Ursachen für die Kostensteigerung zu untersuchen, versteht sich doch wohl von selbst, denn die Vertragsparteien dürften längst damit befasst sein, herauszufinden, wo die Kostensteigerungen herkommen. Die Notwendigkeit dafür folgt ja bereits aus den bei jedem Bauvorhaben zu beachtenden vertraglichen Kooperationspflichten.

Die Notwendigkeit einer neuen Kostenkalkulation für dieses Vorhaben ist ebenso unbestritten. Entscheidend ist jedoch, was eine neue Kostenkalkulation für Folgen hat. Reicht es hier heute aus, lediglich eine Entscheidung anzukündigen, oder ist ein politisches Bekenntnis für ein Bauvorhaben angesagt, das bereits weit vorangeschritten ist? - Es mag überraschend sein, aber in dieser Sache unterstützen wir den Antrag des Kollegen Vogel, dass der Landtag sich auch weiter eindeutig für eine Reaktivierung der Bahnstrecke von Kiel nach Schönberger Strand aussprechen sollte. Wir halten dies für ein wichtiges verkehrspolitisches Signal, gerade auch zur Stärkung des Regionalverkehrs in den ländlichen Regionen.

Sechs Gemeinden haben sich für die Realisierung ausgesprochen, ebenso wie die Landrätin des Kreises Plön. Für die Region stellt die Bahnverbindung eine wichtige Lebensader dar. Berufspendler, Touristen, aber auch Familien, die neu in diesen schönen Kreis ziehen wollen, sind davon betroffen. Der regionale Eisenbahnverkehr muss ein gleichwertiger Bestandteil der zukünftigen Verkehrsplanung sein. Dazu gehört nach jahrelangen Negativschlagzeilen im Regionalbahnverkehr eine wieder steigende Attraktivität. Wir können doch nicht ständig über die Attraktivität des ÖPNV sprechen und über Fahrverbote in Kiel, die wir vermeiden wollen, indem wir mehr Bahn fahren, gleichzeitig aber eine Bahnstrecke beerdigen. Wir sehen deshalb die Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand als wichtigen Bestandteil einer Verkehrspolitik, die auf Nachhaltigkeit gerade in den ländlichen Regionen setzt und unterstützen deshalb das Be-

kenntnis zur Verwirklichung dieses wichtigen Projekts.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat für die Abgeordneten des SSW der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir wissen, dass die Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand gerade von den angrenzenden Gemeinden durchaus positiv bewertet wird. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die Reaktivierung fester Bestandteil des landesweiten Nahverkehrsplans, und das seit 1997.

Gute Gründe dafür gibt es durchaus. Aus verkehrspolitischer Sicht und damit auch aus umweltpolitischer Sicht wäre die Reaktivierung ein Gewinn für die gesamte Kieler Region in dem Bereich. Insgesamt würde sich die Fahrtzeit auf der Strecke im Vergleich zum Busverkehr halbieren und würde dann nur 30 Minuten dauern. Mittels eines kombinierten Bus-Bahn-Angebotes ließen sich die umliegenden Gemeinden an die Strecke anbinden. Zugegeben, das schafft Attraktivität und könnte durchaus Pendler dazu bewegen, auf die Bahn umzusteigen. Darüber hinaus werben die Umlandgemeinden damit, dass sie mit einer vernünftigen Bahnverbindung zur Wohnraumentwicklung in der gesamten Kieler Region positiv beitragen könnten. - Also, es spricht durchaus vieles für die Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand.

Diese Vorteile haben wir als Küstenkoalition erkannt, und wir haben uns positiv zur Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberger Strand ausgesprochen und sie auch eingeleitet. Gleichwohl haben wir als SSW darauf hingewiesen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen eine solche Reaktivierung hergeben müsse. Das haben wir damals gesagt, und das haben wir auch im Zusammenhang mit der Reaktivierung anderer Strecken gesagt. Das gilt auch vor dem Hintergrund, wenn bereits ein entsprechender Ersatzverkehr vorhanden ist. Entscheidend ist letztendlich für uns die Finanzierung der Strecke. Daraus haben wir niemals einen Hehl gemacht. Das halten wir nicht nur für zulässig, sondern auch für verantwortungsvoll.

(Beifall SSW, FPD und Lukas Kilian [CDU])

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, wenn wir heute erneut über den weiteren Ausbau der Strecke Kiel-Schönberger Strand diskutieren. Die seinerzeit

(Flemming Meyer)

prognostizierten Kosten für den kompletten Ausbau der Strecke lagen bei rund 30 Millionen € Mittlerweile stehen dafür rund 50 Millionen € im Raum. Das ist eine Erhöhung, die man nicht so einfach wegwischen kann. Daher gebe ich der Koalition recht, dass wir erst einmal eine aktuelle Kostenschätzung benötigen, denn nur so können wir das Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Wirtschaftlichkeit neu bewerten.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Ich kann die Reaktion der betroffenen Gemeinden der Probstei auf die derzeitige Ungewissheit durchaus verstehen. Sie haben sich jahrelang für die Reaktivierung der Strecke eingesetzt und zuletzt den Erfolg in greifbarer Nähe gesehen. Das soll nun alles erneut auf den Prüfstand. Da kann ich gut verstehen, dass sie mit der Situation unzufrieden sind und jetzt die Fortführung dieses Infrastrukturprojektes einfordern.

Aber wir müssen als Landesparlament hier auch ehrlich sein und ganz klar sagen, dass das Projekt nicht um jeden Preis realisierbar ist. Die Reaktivierung der Strecke von Kiel nach Oppendorf ist bereits vollzogen. Aber daraus jetzt den Schluss zu ziehen, dass dann auch der Rest, der deutlich länger ist, automatisch folgen muss, unabhängig von den Kostensteigerungen, halte ich für den falschen Ansatz. Das wäre nicht in Übereinstimmung mit unserer früheren Forderung in Bezug auf die finanziellen Rahmenbedingungen.

Lassen Sie uns also herausfinden, was das Projekt unterm Strich kostet, und dann sehen, ob das Kosten-Nutzen-Verhältnis noch gegeben ist. Durch die steigenden Belastungen im Verkehr und die Staus, die wir jetzt in Kiel erleben, bin ich davon überzeugt, dass der Kosten-Nutzen-Faktor trotz der Kostensteigerungen noch gegeben ist und damit auch die Wirtschaftlichkeit. Deshalb hoffe ich immer noch, dass wir diese Bahnstrecke reaktivieren können, aber das muss eben auf einer realen Grundlage geschehen. - Jo tak.

(Beifall SSW, FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einen anderen Aspekt hinzufügen. Wie kann es anders sein, denn ich ver-

trete ja das Kieler Ostufer. Wir haben viele Probleme rund um den Ostring. Dieser steht kurz davor, der neue Theodor-Heuss-Ring zu werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine Katastrophe. Ich biete Ihnen die Chance, heute nach der Landtagssitzung, am frühen oder späten Nachmittag oder wann auch immer wir Zeit haben, einmal den Ostring im Berufsverkehr zu benutzen. Sie werden viel Zeit brauchen. Sie werden ein Problem haben, in die Probstei zu kommen. Sie kommen da gar nicht hin. Das Problem wird sich in den nächsten Monaten noch verstärken.

Wir haben einen prosperierenden Ostuferhafen, und wir haben das Problem, dass wir dort wahrscheinlich demnächst auch eine S-Bahn-Anbindung an diese Ostuferbahn benötigen, weil der Verkehr in den Sommermonaten immer weiter zunimmt. Wir haben dort neue Kreuzfahreranleger gebaut. Auch dadurch wird ein Bedarf entstehen, und diese Bahn wird als Abzweigung der Ostuferbahn benötigt.

(Beifall SPD)

Es geht um viel mehr als um die Frage, ob eine Bahn durch die Probstei fährt. Es geht um die Frage, ob und wie sich Kiel entwickeln kann. Das ist alles in diese Preisfindung hineinzurechnen, lieber Herr Minister Buchholz. Schauen Sie sich das alles ganz genau an, schauen Sie sich die Konsequenzen an, die es hat, wenn der Ostring weiterhin zum Infarkt geführt wird. Denken Sie einfach größer als an das kleine Stück Bahn, bei dem ein bisschen Sand durch Schotter ersetzt werden muss. Auch wenn es 15 Millionen € kostet, ist das eine langfristige Investition und keine Verwaltungsausgabe.

Ich bitte Sie, denken Sie in großen Zusammenhängen, und denken Sie den Ostring mit. Denken Sie die Menschen mit, die diesen Ostring brauchen, um irgendwann einmal in Schönberg anzukommen. Es werden im Berufsverkehr übrigens mehr als 10, 15, 20 oder 30 Minuten sein, die man einspart. Man spart unter Umständen eine ganze Stunde ein, wenn Sie den Ostring richtig mitrechnen. Das tut keiner, sondern man rechnet einfach mal den fließenden Verkehr, der meinetwegen nachts um 4 Uhr am Ostring herrscht.

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Das ist doch Blödsinn!)

Das ist falsch kalkuliert. Deswegen: Setzen Sie sich ein für die dringend benötigte Verbindung in die Probstei, und lassen Sie die 13 Bürgermeister nicht hängen. - Danke schön.

(Bernd Heinemann)

(Beifall SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Werner Kalinka.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Lokalmatador!)

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Meyer hat recht: Wir bewegen uns bei den Kosten von 30 auf mindestens 52 Millionen € zu. Ich glaube, es ist nicht nur statthaft, sondern es ist auch notwendig, bei einer solchen Größenordnung zu fragen, ob dieses finanziell die richtige Ausgabe ist.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Kay Richert [FDP])

Das gilt umso mehr, als wir nach dem ersten Jahr auf der Strecke zwischen Kiel und Oppendorf bei einem Fassungsvermögen der Züge von 128 Personen durchschnittlich pro Fahrt 8 Fahrgäste haben. Das heißt, es ist absehbar, welche Defizite laufend hinzukommen. Ich gebe dies hier nur der Information halber bekannt und füge hinzu: Die Aussage, bei Straßen würden wir keine Kostenkalkulation machen, ist falsch. Ich habe da eine andere Erinnerung: Wir haben sehr genau für jede Jahresplanung berechnet, welche Ausgaben für welches Projekt kommen sollen.

Zweitens. Es sei eine schwach angebundene Region, schreiben Sie. Wissen Sie, ich kann es nicht gut vertragen, wenn ein Zerrbild über meine Heimat gezeichnet wird.

(Zurufe SPD: Oh!)

- Ja, ein Zerrbild in der ganzen Sache, anders kann ich es nicht sagen. Wir haben hochattraktive Gebiete von Schrevenborn über Schwentinal bis hin zur Probstei. Wir haben eine Bauentwicklung, die unheimlich stark ist. Wir haben Busverbindungen, die 23 Haltepunkte in 37 Minuten ansteuern. Sie haben es richtig gehört.

(Zuruf Bernd Heinemann [SPD])

Wenn ein Zug 30 Minuten braucht, dann ist dies eine minimale Differenz, die man reduzieren würde. Wir richten in diesem Jahr in der Probstei ALFA-Systeme ein, sodass man mit dem Taxi zum Buspreis fahren kann. Wir haben Radwege. So zu tun, als hätten wir einen Entwicklungstau, weise ich ganz entschieden zurück.

Wir sind beim Wohnungsbau so weit, dass wir eigentlich überall weiterbauen könnten,

(Bernd Heinemann [SPD]: Noch mehr Verkehr und noch mehr Verkehr! Alles auf dem Ostring!)

noch weiter als die 15 %. Deswegen ist Ihre Aussage so nicht in Ordnung.

Dritter Punkt. Die Fehleinschätzung zum Unterbau: Wir als CDU-Kreistagsfraktion haben 2013 ein Planfeststellungsverfahren vorgeschlagen. Sie haben es abgelehnt. Wir fahren durchs Hagener Moor. Dass dort mooriger Untergrund ist, dass dort Sand ist, das ist doch ganz klar. Das weiß doch auch jeder bei uns. Schauen Sie sich einmal die Brücke in Probsteierhagen an.

Es ist doch klar, dass Bürger zumindest über die Situation diskutieren wollen. Die Probstei ist bei diesem Thema gespalten. Das müssen Sie doch zumindest ein bisschen akzeptieren. Wie wird das Bus-Bahn-Konzept aussehen? Fährt jede halbe Stunde ein Bus, von 5:30 Uhr bis Mitternacht? Was kostet es? Wer zahlt es? Der Kreis? Wer trägt die Kosten der Bahnhöfe, der Bahnhofsumfelder? Die Frage einer engen Bebauung in Neubaugebieten, die wir dort zum Teil haben, die Frage der Übergänge für die Landwirtschaft - das alles sind doch Fragestellungen, bei denen Sie zumindest akzeptieren müssen, dass man darüber sprechen sollte.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Beim Thema Bus diskutieren wir im Augenblick die Frage, ob wir auf E-Mobilität umstellen wollen. Wir sind auch bereit, Wasserstoff und andere schadstoffarme Lösungen bei uns einzusetzen. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, haben Sie uns als CDU nicht nur an Ihrer Seite, sondern als Motor dieser ganzen Diskussion.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen dürfen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Aber wirklich den letzten, bitte!

Werner Kalinka [CDU]:

Ich bin vermutlich der einzige in diesem Haus, der regelmäßig mit „Hein Schönberg“ gefahren ist - zur Schule, zum Fußball und überall hin. Es geht überhaupt nicht um die Frage, ob man gegen ein Infrastrukturprojekt ist, es geht aber darum - darum ersuche ich Sie auch -, zumindest allen Bürgern die Chance einer sorgsam Abwägung und der Nachvollziehbarkeit zu geben. Es kann nicht so sein,

(Werner Kalinka)

dass man sagt: Hier ist ein Projekt, und da spielt Geld keine Rolle. Das wäre eine falsche Botschaft.

(Beifall CDU, FDP, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Eines muss natürlich klar sein: Es darf niemand sagen, Geld spiele keine Rolle. Wir diskutieren ununterbrochen über Geld und über die Frage, wie wir neue und bestehende Projekte finanzieren können, mal intensiver, mal weniger intensiv. Sicherlich ist es nicht so, dass wir jede Kostensteigerung beim Straßenbau völlig ignorieren, aber es ist natürlich trotzdem ein Unterschied in der Härte und der Intensität der Debatte.

Für mich als Kieler - da muss ich den Schilderungen des Kollegen Heinemann durchaus recht geben - ist es wichtig, dass wir eine Entspannung in den jeweiligen Konzentrationslagen in den Städten hinbekommen. Die ganze Mehrbelastung, die in urbanen Räumen zusammenkommt - zum Beispiel auf dem Ostring oder dem Theodor-Heuss-Ring -, können wir auch nicht ignorieren, sondern da brauchen wir alternative Strecken und Möglichkeiten, um tatsächlich auch von den Straßen wegzukommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bernd Heinemann [SPD], Jörg Hansen [FDP] und Flemming Meyer [SSW])

Da ist es in diesem Projekt nicht hilfreich, wenn wir grundsätzlich Fragen immer wieder neu stellen und debattieren wollen. Ein grundsätzliches Bekenntnis zu „Hein Schönberg“ wurde vor langer Zeit durchaus gegeben, und man ist bei diesem Projekt auch vorangeschritten. Der Kollege Kilian hat es beschrieben: Die 15 Millionen € die investiert wurden, dürfen jetzt ebenfalls nicht ignoriert werden, sondern wir müssen darüber sprechen, dass dieses Geld auch in der Vergangenheit verantwortungsbewusst ausgegeben wurde. Das ist auch Teil von: Nicht alle Kosten dürfen egal sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Kosten dieses Projekts jetzt von 35 Millionen € auf 50 Millionen € oder vielleicht mehr steigen, dann muss man genau hinsehen, das ist richtig.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Beifall Kay Richert [FDP])

Diese Wirtschaftlichkeitsprüfung ist durch den Koalitionsvertrag gedeckt. Da werden wir genau überprüfen, welche Situation sich ergibt. Das ist ja nicht wie beim Pokern, wo man irgendwann „pot committed“ ist und sagt: Ich habe so viel Geld reingesteckt, ich gehe jetzt jede Hand mit, egal was kommt, meinetwegen. Aber trotzdem muss man immer wieder überlegen: Lohnt sich jetzt der Einsatz oder nicht? Bisher sind wir der Auffassung, dass sich der Einsatz lohnt.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

In dem Buch „Der kleine Prinz“ wird gesagt: Wenn du ein Schiff haben willst, dann leg den Leuten nicht Bretter und Nägel hin, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem Meer. - Wenn man in Kiel in den Sommermonaten einmal versucht, zum Meer zu kommen, muss man sich in diesen ganzen Bussen und Bahnen zusammenzwängen - in der Regel sind es Busse. Man fährt mit der 502 oder mit der 900 und versucht, irgendwie einen Strand zu erreichen. Zum Glück kann man nicht hinfallen, weil man direkt auf dem Schoß oder den Schultern des Nebenmannes oder der Nebenfrau landet. - Wir brauchen auch in dem Bereich eine Entlastung!

Ja, Herr Kalinka, die Probstei ist wunderschön.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Sie ist kein Entwicklungsgebiet, das ist überhaupt gar keine Frage. Deswegen wollen wir die ja verbinden, deswegen wollen wir als Kieler da ja leichter hinkommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich bin leider nicht mit „Hein Schönberg“ gefahren, weil ich nach 1981, als die Strecke stillgelegt wurde, geboren bin. Ich hoffe, dass ich das später kann und meine Kinder - so wie Sie - damit auch zur Schule fahren können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt CDU, FDP und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Debatte zeigt, dass es ab und an einmal gut tut, sich die Ruhe zu nehmen, auf die Fakten zu schauen und danach Entscheidungen zu treffen und nicht Entscheidungen davon abhängig zu machen, was man ganz grundsätzlich für richtig oder ganz grundsätzlich für falsch hält.

Nach Beginn der Legislaturperiode war klar, dass die Frage der Strecke „Hein Schönberg“ für mich angesichts der damaligen Situation und des bereits ausgegebenen Geldes natürlich in einer Fortsetzung münden würde, weil die Vorteile des angefangenen Projekts die Nachteile deutlich überwogen haben, keine Frage.

Als mich allerdings am 1. März 2019 die NAH.SH darüber unterrichtet hat, dass es zu einer massiven Kostensteigerung kommt, weil die Anforderungen im Bereich Tiefbau, vor allem durch den verändert vorgefundenen Zustand in Grund und Boden, dazu führen, dass es zu einer über 40-prozentigen Kostensteigerung kommen wird, also statt 35 Millionen € 50 Millionen € auszugeben sind, konnte man in Wahrheit nichts anderes machen, als zu sagen: Jetzt müssen einmal alle Fakten auf den Tisch. Was denn sonst?

(Sandra Redmann [SPD]: Genau!)

- Ja, liebe Frau Kollegin Redmann, Ihr Antrag verlangt von mir aber - wie es der Kollege Vogel gesagt hat -

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Der bezieht sich auf andere Projekte!)

ein unbedingtes Bekenntnis ohne Nachprüfung.

(Lukas Kilian [CDU]: Ohne Fakten!)

- Ohne Fakten. Darum, meine Damen und Herren, kann es wirklich nicht gehen. Wir können nicht faktenlos argumentieren. Im Gegenteil: Da gehört alles auf den Tisch. Das tun wir - und bitte schön auch überall: auch bei allen Autobahn- und Straßenthemen, Herr Kollege Tietze.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Ja, vorsichtig! Hier ist eben etwas sehr Richtiges gesagt worden. Wenn es um unser Geld geht, meine Damen und Herren, dann müssen und können wir nachrechnen und sind dafür auch verantwortlich. Wenn es um Landesmittel geht, bin ich als Verkehrsminister dafür in der Verantwortung. Wenn es

um den Fehmarnbelt-Tunnel geht, wo Femern A/S dänisches Geld investiert, bin ich nicht nur nicht in der Lage, sondern gar nicht berechtigt nachzurechnen, was da stattfindet.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Die Forderung richtet sich dann an den anderen, der das Geld ausgibt, und auf dessen Kosten das stattfindet.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Wenn der Bund bei Bundesverkehrswegemaßnahmen sagt, dass er nach seiner Abwägung dieses oder jenes so betreibt, dann ist das sein Geld.

(Sandra Redmann [SPD]: Er zahlt nichts für die Hinterlandanbindung!)

Hier geht es um Landesgeld und deshalb müssen wir das tun, mein Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn der Oberbürgermeister von Kiel es sich angeeignet lässt zu sagen, dass für S-Bahn-Projekte im Hamburger Rand bei geringer Auslastung Millionen bereitstünden, während das in Kiel nicht der Fall sei, kann ich nur sagen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, eine solche Fake-News-Darstellung sollte sich der Oberbürgermeister von Kiel bei aller Emotion nicht leisten.

(Beifall CDU - Volker Schnurrbusch [AfD]: Genau! - Zurufe CDU)

Selbstverständlich machen wir beim Thema S 21 genau dasselbe wie bei „Hein Schönberg“. Wie erkläre ich den Leuten in Ellerau oder in Tanneneck, dass wir bei „Hein Schönberg“ ein politisches Bekenntnis abgeben und dass Geld oder der Kosten-Nutzen-Faktor keine Rolle spielen, während eine Untertunnelung in Ellerau aufgrund des Kosten-Nutzen-Faktors, der sowieso nur bei 1,0 liegt, nicht infrage kommt, da ansonsten das ganze Projekt nicht umgesetzt werden kann?

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Genau!)

Meine Damen und Herren, das wäre nichts anderes als Willkür, und Willkür leisten wir uns nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle etwas dazu sagen, dass Herr Kämpfer sagt:

„Schon ein Windhauch reicht aus, um den Wirtschaftsminister zum Wanken zu bringen.“

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Christopher Vogt [FDP]: Um die Frisur zu verwuscheln!)

Für einen Sozialdemokraten sind 15 Millionen € ein Windhauch? Einen Deutsche-Bank-Vorstandsvorsitzenden hat so eine Peanuts-Äußerung schon einmal die Rübe gekostet - jedenfalls virtuell. Sorry, aber 15 Millionen € sind kein Windhauch. Sie bringen mich auch nicht ins Wanken.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dann rufen Sie ihn doch an!)

Aber sie führen schlicht und ergreifend dazu, dass eine ordentliche Überprüfung stattzufinden hat. Die setzt jetzt ein. Sie und auch der Oberbürgermeister von Kiel sollten alles dafür tun, dass diese Prüfung realistisch abläuft und wir zu einem Ergebnis kommen, das ja so und so ausgehen kann. Wer aber die Prüfung verweigert, tut so, als sollte hier mit zweierlei Maß gemessen werden. Das wird diese Landesregierung nicht tun.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es immer schön, sich die Fakten anzugucken. Erst einmal: Wie kommt es zu der Kostensteigerung? - Natürlich haben Sie Recht - nach dem Motto -: Tiefbau ist zurzeit teurer geworden. Das erklärt in der Regel eine Kostensteigerung in der Größenordnung von rund 15 bis 20 %; diese haben wir beim ÖPNV und in anderen Bereichen auch.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Das heißt auf Deutsch: Wir haben eine Kostensteigerungssituation, die aufgrund höherer Tiefbaupreise in einem Bereich von wahrscheinlich bis zu 7 Millionen € hinzunehmen ist. Damit musste man rechnen, das halte ich für völlig normal. Aber wir haben jetzt nicht 7 Millionen € sondern 15 Millionen € auf der Uhr.

Die anderen Millionen kommen daher, dass wir in der Tat unzureichende Untersuchungen des Grund und Bodens hatten, was dazu führt, dass man jetzt feststellt, dass die Sanierung der Strecke deutlich aufwendiger ist. Das ist allerdings etwas, von dem ich im Nachhinein finde, dass es kein Zeichen dafür ist, dass man sorgsam gearbeitet hat, als man die ersten Kostenschätzungen vorgenommen hat.

Gestatten Sie mir freundlicherweise zu sagen: Wenn der politische Wille manchmal wichtiger ist als das, was bei der Voruntersuchung rauskommt, kommt dabei so etwas heraus. Das finde ich nachprüfenswert.

(Beifall FDP und CDU)

Wir müssen uns ansehen: Reicht es aus, wenn diese 15 Millionen € aufgerufen werden? Sind das wirklich alle Kosten oder kommt noch etwas hinzu? Deshalb habe ich die AKN aufgefordert, über NAH.SH jetzt die exakten Kosten zu ermitteln und uns nicht hinterher eine weitere Überraschung zu bescheren. Man wird dann selbstverständlich auf der Basis dieser Kosten einen neuen Kosten-Nutzen-Faktor ausrechnen.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja!)

Der bisherige Kosten-Nutzen-Faktor lag bei der Strecke bei 1,3, liebe Frau Redmann. Wenn Sie sich an der Stelle so aufplustern, kann ich Ihnen sagen:

(Sandra Redmann [SPD]: Ausgerechnet Sie stellen sich hin wie der letzte Aufplusterer!)

Ich habe unmittelbar, nachdem wir gesagt haben, dass „Hein Schönberg“ sich verteuert, ein freundliches E-Mail des Landesrechnungshofs bekommen, ob die Landesregierung vorhat, den Kosten-Nutzen-Faktor dieser Strecke nachzurechnen. - Ja, selbstverständlich! Es ist unsere Pflicht, das zu tun, und genau das werden wir auch tun, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es überhaupt nicht für ausgeschlossen, dass dabei - selbst bei 15 Millionen € Mehrkosten - ein immer noch positiver Kosten-Nutzen-Faktor herauskommt,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

weil sich diese Infrastrukturmaßnahmen - Flemming Meyer hat das zu Recht gesagt - erst über einen sehr langen Betrachtungszeitraum rechnen.

Ein Vorteil der Strecke - das muss man einmal sagen - ist, dass die laufenden Kosten für den Betrieb im Verhältnis zum Betrieb anderer Strecken sehr gering sind, Kollege Kilian. Wir rechnen im Jahr mit laufenden Kosten von etwa 1,8 Millionen €. Das ist jedenfalls die aktuelle Perspektive. Herr Kalinka, da sage ich einmal: Eine bessere habe ich nicht - wenn Sie eine bessere haben, geben Sie sie mir, aber das ist die Realität. Das ist schon sehr günstig für den Betrieb.

Auf der anderen Seite sind die Kosten für den Ausbau der Strecke bei der erwarteten Personenzahl relativ hoch. Hier komme ich noch einmal zurück auf den Kollegen Kämpfer, nach dem Motto: Im Hamburger Rand steht alles Mögliche an Geld zur Verfügung. - Wir reden immer über Landesgeld. Der

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Anteil an der S 21, den wir im Hamburger Rand tragen, ist für das Land etwas über 30 Millionen €- bei dort prognostisch etwa über 4.000 zu transportierenden Menschen pro Tag. Die eingesparten Pkw-Kilometer betragen 31 Millionen.

(Werner Kalinka [CDU]: Genau!)

Im Verhältnis lautet zu „Hein Schönberg“ die Zahl der Personen, die höchstens zu befördern sind: etwa 1.000 Menschen bis Schönberger Strand.

(Werner Kalinka [CDU]: Tja!)

Es handelt sich um eine völlig andere Relation. So kommt ein Kosten-Nutzen-Faktor zustande. Das alles darf man sorgsam gegeneinander abwägen.

(Werner Kalinka [CDU]: Muss man!)

Darum geht es hier nur um wirklich harte Fakten, die wir miteinander ausmenden, um dann zu Schlüssen zu kommen.

Eins lässt sich nicht bestreiten, meine Damen und Herren: Prognosen und Erwartungen müssen irgendwann einmal gegengecheckt werden. Die prognostisch unterlegte Zahl von Personen, die befördert werden sollten, lag für die Strecke bis Kiel-Oppendorf bei 2.500 Personen pro Tag und weiter bis Kiel-Schönberger Strand bei 1.000 Personen. Das ist die zugrunde gelegte Zahl. Realistisch ist, dass wir bei schwieriger Qualität der Strecke - das ist eingeräumt - zurzeit pro Tag genau 295 Menschen transportieren.

(Lukas Kilian [CDU]: Ein Witz!)

Mit Verlaub, das ist ein Zehntel von dem, was prognostiziert war. Auch das muss in die weitere Begutachtung einbezogen werden, denn es macht nur dann Sinn, Strecken auszubauen, wenn die realistische Chance besteht, den Wechsel der Menschen auf die Strecke tatsächlich zu realisieren. Da spielt es eine Rolle, ob die ganze Strecke fertig ausgebaut ist; aber wir können nicht ignorieren, dass die Strecke bis Kiel-Oppendorf nicht in dem Maße angenommen wird, wie es einmal prognostiziert worden ist. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Ganz sachlich und ganz seriös geht es darum, jetzt alle Möglichkeiten auszuloten. Führt es zu einem veränderten Kosten-Nutzen-Faktor - ja oder nein? Wenn nein, kann man guten Gewissens diese Strecke weiterbauen und bis Schönberger Strand zu Ende führen. Da bin ich ziemlich sicher. Sollte es diese Berechnung geben, kann man das machen - finde jedenfalls ich. Denn die vorher schon ausgegebenen

12 Millionen und veranschlagten 16 Millionen € spielen dabei eine gewichtige Rolle. Dann sollte man das fortsetzen.

Meine Damen und Herren, kommt man nicht dahin, muss man andere Lösungen kalkulieren. Man darf nicht nur schwarz-weiß denken, sondern muss auch der Frage nachgehen: Können wir an der Strecke bestimmte Dinge günstiger machen?

Zurzeit sind auf der Strecke vier Kreuzungsbahnhöfe eingeplant. Vier Kreuzungsbahnhöfe bedeuten viermal jeweils zwei Gleise, damit sich die Verkehre aus dem Weg gehen. Das ist für die Stabilität einer Strecke sensationell und gut. Aber kann man vielleicht auch mit einem oder zwei Kreuzungsbahnhöfen auskommen, damit die Kosten erheblich reduziert werden und wir zu einer Realisierbarkeit des Projekts kommen?

Und muss man jeden Haltepunkt, der auf der Strecke bisher vorgesehen ist, tatsächlich realisieren? Ist zwischen Schönkirchen und Schönberg Fiefbergen wirklich wichtig? Brauchen wir den Halt zwingend für die Region? Vielleicht braucht man auch Kosteneinsparmöglichkeiten durch andere Maßnahmen, die die Realisierung des Projekts möglich machen.

All das gilt es jetzt zu überprüfen. Wenn alle Stricke reißen, geht es mindestens so weit, dass wir Dietrichsdorf über Schönkirchen hinter der Schwentinebrücke so anbinden, dass wir durch diese Strecke jedenfalls einen Nutzen für Kiel schaffen. Das haben wir nämlich bis heute schon gebaut. Dann wäre die Strecke auf diese Art und Weise zu betreiben.

Das sind alles Abwägungen. Die Menschen im Lande haben ein Recht darauf, dass wir bei der Verwendung ihrer Steuergelder eine seriöse, vernünftige Abwägung vornehmen. Die werden wir vornehmen, auch mit der Zielsetzung, dass wir möglichst viele Menschen auf die Schiene bringen wollen. Anschließend werden wir zu einer Entscheidung kommen. Der Prozess läuft. Ich bitte Sie für diesen Prozess um Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vorgesehene Redezeit um 7 Minuten und 20 Sekunden erweitert. Diese Zeit stünde jetzt theoretisch den Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe jedoch nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

(Zurufe)

Den Wunsch auf Ausschussüberweisung habe ich nicht vernommen. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1369, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und CDU gegen die Stimmen von SPD, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1386, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und CDU gegen die Stimmen von SPD, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Berufliche Perspektiven für Spitzensportler*innen fördern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1364

Erfolgsmodell zur Sportförderung für die gesamte Landesverwaltung

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1388

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Wagner-Bockey.

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einer Debatte zum Thema Vereinbarkeit von Spitzensport und Verwaltungsberuf gehört vielleicht die Frage gestellt, was der Feind einer guten politischen Idee sein kann. Nicht immer ist es der politische Gegner, manchmal ist es einfach der Umstand, dass eine gute Idee geboren wurde, sie sich aber nicht weiterentwickelt hat. So ist es offensichtlich 2014 passiert, als eine sehr gute Handlungsanweisung zur dualen Förderung an den Start gebracht wurde, ohne nachhaltigen Erfolg. Man muss in diesem Zusammenhang feststellen: Eine

Sportförderung, die keiner kennt, ist nicht existent, zumindest hat sie keinen praktischen Nutzen.

(Beifall SPD)

Was ist nun zu tun? Nach fünf Jahren ist es an der Zeit, noch einmal zu schauen, wie man dem grundsätzlich guten Ansatz zu mehr Schwung und Zuspriechung verhelfen kann. Offensichtlich braucht es eine konzeptionelle Weiterentwicklung dieser Sportförderidee. Wenn wir feststellen, dass Spitzensportlerinnen und Spitzensportler besonders leistungsfähig, verlässlich, diszipliniert und teamorientiert sind, dann sollten wir uns sehr darum bemühen, sie für unsere Landesverwaltung zu interessieren. Eine klarstellende Handlungsanweisung allein wird an dieser Stelle nicht reichen. Dazu braucht es mehr als das reine Lippenbekenntnis, dass man sich als Spitzensportler wie jeder andere bewerben kann. Was wir im Land bisher haben, hört sich deutlich müder an als die bayerische Variante für Spitzensportler.

Auf der Website des dortigen Innenministeriums heißt es konkret:

„Die jungen Sportler werden mit einem maßgeschneiderten Ausgleichsplan, der eng mit den Trainingsplänen und den Trainern abgestimmt ist, auf den Polizeiberuf nach der Sportkarriere vorbereitet.“

(Lars Harms [SSW]: Bayern finde ich gut!)

Meine Damen und Herren, wir möchten nicht, dass junge Athletinnen und Athleten nur die Wahl haben, zur Polizei zu gehen oder sich beruflich außerhalb unserer Behörden zu orientieren. Gerade paralympischen Athletinnen und Athleten ist mit einem Berufsangebot bei der Polizei nicht unbedingt gedient. Wir müssen uns konzeptionell mit den Fragen beschäftigen: Warum wird das bisherige Angebot des Landes für einen Einstieg in den allgemeinen Verwaltungsdienst nicht wirklich wahrgenommen? Wie können wir passgenauere Ausbildungsangebote machen, die unterschiedlichen Sportarten und Bedürfnissen der Sportlerinnen und Sportler gerecht werden können? Wie bringen wir diese Angebote an den Mann und an die Frau?

Das Bekenntnis, dafür fünf Stellen explizit bereitzustellen, dürfte auch eine psychologische Wirkung in den Behörden, also nach innen, haben. Was ist im Moment das grundsätzliche Problem? Wir und unsere Behörden müssen uns von der Vorstellung lösen, dass wir den jungen Sportlerinnen und Sportlern einen Gefallen tun. Wir haben im letzten Jahr eine große monetäre Unterstützung für Hol-

(Kathrin Wagner-Bockey)

stein Kiel gestemmt. Niemand wäre auf die Idee gekommen, dafür Dankbarkeit einzufordern, sondern alle haben darauf abgestellt, dass die Profisportler der Ligamannschaft von Holstein Kiel als Aushängeschild für das Land gelten. Das sind sie.

(Zurufe)

Das gilt aber nicht nur für unsere Profimannschaften im Fußball und Handball, sondern auch für die Spitzensportlerinnen und Spitzensportler unseres Landes. Sie dienen als Identifikationsfiguren für junge Menschen, und sie sind mit ihrer Leistungsbereitschaft Vorbild für uns alle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das extrem positive Echo unserer Spitzensportlerinnen und Spitzensportler auf den Vorstoß zur Intensivierung der dualen Karriereförderung durch das Land zeigt, dass noch viel Luft nach oben ist. Diese Chance sollten wir gemeinsam nutzen, um nach den besten Fördermöglichkeiten für unsere Athletinnen und Athleten zu suchen. Gleichzeitig braucht es vielleicht auch besondere Werbetouren für die verschiedenen Berufsbilder der allgemeinen Verwaltung. Ich glaube, dass es auch eine gute individuelle Beratung der Sportlerinnen und Sportler braucht.

Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen, gern im Erfahrungsaustausch mit anderen Bundesländern.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Die reine Überarbeitung von Handlungsanweisungen wird nicht reichen; wir müssen eine tiefer und weiter gehende Anstrengung unternehmen in dem Sinne, wie ich es Ihnen eben geschildert habe. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste und vor allem verehrte Spotbegeisterte! Ich freue mich, zum Schluss dieser Landtagstagung noch einmal über das Thema Sport sprechen zu dürfen, denn nichts verbindet so sehr und baut Brücken wie der Sport. Das gibt nach dem Thema, das wir heute Morgen diskutiert haben, jetzt einen schönen Abschluss.

(Beifall)

Es freut mich auch, dass der Sport mit seiner Bedeutung zu einem Schwerpunktthema schleswig-holsteinischer Landespolitik geworden ist - und das nicht nur im Koalitionsvertrag, er hat nicht nur eine Stimme, sondern mittlerweile mehrere Stimmen bekommen.

Es vergeht kaum eine Plenartagung ohne ein sportpolitisches Thema. Das ist das beste Zeichen dafür, dass der Sport in der Landesregierung angekommen ist.

(Beifall CDU und FDP)

Einige Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag werden auch schon umgesetzt. Ganz nach dem Motto, aus der Breite in die Spitze - und auch da findet Spitze schon statt -

(Beifall Jan Marcus Rossa [FDP])

haben wir gemeinsam mit dem Landessportverband, insbesondere über die Sanierungsoffensive Sportstätten, den Breitensport in den Mittelpunkt unserer Initiativen gestellt.

Die Rahmenvereinbarung zwischen Sozialministerium, Bildungsministerium und dem Landessportverband ist für das gemeinsame Ziel, mehr Sport und Bewegung in Kitas und Schulen zu bringen, wichtig.

Mit den ersten Ergebnissen der Befragung zu den Sportbedarfen in unserem Land werden die ersten Schritte für die wissenschaftlich begleitete Sportentwicklungsplanung sichtbar. Das soll auch in einen Zukunftsplan münden, wie das Sportland Schleswig-Holstein sich aufstellt. Im Rahmen dieser Planung wollen wir den Blick sowohl auf den Breiten- und Gesundheitssport wie auch den Leistungs- und Spitzensport legen. Denn sowohl der Breiten- wie auch der Spitzensport haben für uns eine hohe Bedeutung, aber eben auch der Nachwuchsleistungssport. Das gilt es selbstverständlich alles auch für Menschen mit Behinderung umzusetzen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und SSW)

Und keine Sorge, jetzt komme ich auch zum Thema der heutigen Debatte: In der Begründung zum Antrag unterstreichen auch Sie als SPD die hohe Bedeutung des Sports in seiner gesamten Breite für die Gesellschaft. Ich freue mich, dass wir insoweit an einem Strang ziehen.

Der Antrag selbst fokussiert sich dann aber allein auf den Ausbau beruflicher Perspektiven für den Spitzensport. Dabei ist Spitzensportförderung Bundessache, Ländersache hingegen ist die Nach-

(Barbara Ostmeier)

wuchsförderung. Genau das dürfen wir nicht ausblenden.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Jan Marcus Rossa [FDP])

Darüber hinaus finde ich, dass in Schleswig-Holstein von dem, was sie einfordern, vieles bereits gemacht wird. Sie haben es gerade angedeutet. Beim Blick auf die Internetseite des Innenministeriums unter dem Link „Duale Karriere im Sport“ finden sich mehrere Angebote. Sie haben gesagt und auch festgestellt, dass hier schon einiges angeschoben wird.

Diese Landesregierung bietet also schon heute zur Stärkung der dualen Karriere im Spitzensport Ausbildungsplätze an, und zwar über die ganze Bandbreite der Verwaltung.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Jan Marcus Rossa [FDP] - Beate Raudies [SPD]:
Wo denn?)

- Wo denn? - Das kann man sich einmal auf der Internetseite durchlesen, dann sieht man das. Die bestehenden Angebote werden individuell auf die Bedarfe der Sportlerinnen und Sportler abgestimmt und sind in Kombination mit den Stellen in beinahe jedem Bereich der Landesverwaltung möglich. Beispielfähig haben wir in unserem Alternativantrag auf die Landespolizei verwiesen.

Dagegen erscheint die Bereitstellung eines Pools von fünf Stellen vergleichbar unflexibel. Deswegen halten wir den Vorschlag auch eher für eine Verschlechterung. Es erschließt sich mir auch nicht, warum es fünf Stellen sind. Warum nicht acht, zehn oder 15 Stellen?

(Zurufe SPD - Wortmeldung Abg. Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage - noch nicht des Abgeordneten Dr. Dolgner - Zunächst vom Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin, wenn Sie sagen, Sie glauben, dass das eine Verschlechterung für den Sport in Schleswig-Holstein wäre, wie erklären Sie sich dann eigentlich, dass der Landessportverband und die Vertreter des Sports selber unseren Vorschlag ausdrücklich begrüßen

und als eine überfällige Verbesserung betrachtet haben? Die wissen doch, wovon sie sprechen. Da darf man doch sicher sein, dass das so ist. Das sind ja auch keine Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie, wie Sie wissen. Insofern würde mich sehr interessieren, warum das denn so ist.

- Das kann ich Ihnen nicht erklären, woran das liegt. Ich schätze den Landessportverband sehr. Das ist die Bewertung, die der Landessportverband für sich vornimmt. Ich habe gerade die Bewertung dargestellt, wie ich sie sehe, nachdem ich mich darüber informiert habe. Wir werden gleich auch noch einmal dazu kommen, wo wir zur Verbesserung kommen können. Natürlich habe ich das wahrgenommen. Am Schluss meiner Rede komme ich auch noch einmal darauf zu sprechen, wie wir mit dem Antrag umgehen. Ich halte fünf Stellen nicht für ein flexibles Angebot. Es erklärt sich mir auch nicht, warum das fünf Stellen sind.

Ich kann Ihnen auch sagen, was ich noch schlechter finde - damit führe ich meine Rede weiter -: Unabhängig davon scheint es mir auch nicht sinnvoll, kurzfristig so einen Pool einzurichten, ohne das dazugehörige Konzept abzuwarten. Das hat ein bisschen etwas damit zu tun, worüber wir vorhin gesprochen haben: erst das Konzept, dann die Stellen und nicht umgekehrt. - Herr Dr. Dolgner!

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja, gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau Kollegin Ostmeier, ich kann Ihnen das erklären, wie es zu den fünf Stellen kam. Abgesehen davon, dass man immer, wenn man Stellen ausweist, eine Zahl in den Stellenplan reinschreibt und jede Zahl irgendwo gegriffen ist: Warum nicht 500 Polizeistellen mehr, warum nicht 300 mehr? Warum nicht so und so viel Planer mehr? - Ich kann Ihnen aber sagen, was wir als Vergleichsmaßstab genommen haben.

Die Fragen, die Sie stellen, sind im Nachbarbundesland Niedersachsen bereits geklärt. Sie haben ein sehr erfolgreiches Programm. Übrigens sehen die das durchaus als Landesaufgabe, wie andere Länder auch. Niedersachsen hat zwar ein bisschen mehr Einwohner als wir, die haben zehn Stellen. Ich weiß,

(Barbara Ostmeier)

in der Logik wären das für uns drei Stellen gewesen, aber wir sind hier ja alle ambitionierter als die Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen, deshalb haben wir gesagt: fünf Stellen. Das ist aber nicht in Stein gemeißelt. Wenn die CDU einen besseren Wert hat, erkläre ich hiermit namens meiner Fraktion die Bereitschaft, die Zahl hier und jetzt zu ändern. Aber irgendeine Stellenzahl müssen Sie den Finanzpolitikern schon mitteilen. Das dürften Sie aus Ihren Verhandlungen auch kennen.

- Vielen Dank, Herr Dr. Dolgner. Ich schätze Ihre Aufklärungsbemühungen immer sehr. Oftmals tragen sie auch zur Klarstellung bei. Es wäre schön, wenn die Kollegin Wagner-Bockey das auch schon einmal in ihrer Rede gesagt hätte. Die Erklärung ist aber nicht gekommen. Wenn ich gleich zum Schluss meiner Rede komme, gehen wir heute, glaube ich, auch ganz versöhnlich auseinander.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber das Argument dürfen Sie jetzt trotzdem wahrnehmen!)

- Ich habe zu Anfang betont, dass ich das Argument wahrnehme, es auch wertschätze und verinnerliche. Vielen Dank für den Hinweis.

(Beifall CDU, FDP, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Nichtsdestotrotz bitte ich darum, dass wir den Nachwuchsleistungssport an dieser Stelle - denn das ist die Länderaufgabe - nicht aus den Augen verlieren. Nichtsdestotrotz weise ich darauf hin, dass wir ein Konzept brauchen. Ich weise auch darauf hin, dass genau dieses auch Thema bei der Sportentwicklungsplanung sein wird, bei der Planung, wie sich das Sportland Schleswig-Holstein in Zukunft aufstellen wird. Dazu gehört natürlich auch die konzeptionelle Erarbeitung, wie wir den Nachwuchsleistungssport und den Spitzensport zukünftig stärken und besser aufstellen können.

Ich finde Ihren Antrag ja auch gut. Ich habe auch betont, dass ich mich freue, dass wir darüber sprechen. Ich finde das auch richtig. Aber wir können ihn so, wie er dort steht, nicht annehmen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir Ihre gute Initiative aufnehmen und auch unseren Alternativantrag mit noch einmal deutlich klarstellender Handlungsanweisung an die Öffentlichkeit aufnehmen und beide Anträge in den Ausschuss überweisen, um dort nach Lösungen zu suchen, wie wir die Attraktivität der entstehenden Angebote und vielleicht noch andere steigern können, um dann gemeinsam für

Nachwuchsleistungssport und Spitzensport etwas erreichen können. Ich würde mich darüber freuen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sport hat eine hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft und auch für unser Land. Dass Sportpolitik und Sportförderung auch für unsere Koalition ein sehr wichtiges Thema sind, haben wir an unterschiedlichster Stelle schon bewiesen, unter anderem beispielsweise durch die laufende Erarbeitung des Zukunftsplans „Sportland Schleswig-Holstein“, denn diese läuft immer noch, beziehungsweise wir haben mit der Befragung vor wenigen Wochen einen wichtigen Zwischenschritt gemacht.

Wir Grüne legen bei der Sportförderung insgesamt einen Schwerpunkt auf den Breitensport. Dass die Entwicklung von Breiten-, Spitzen- und Profisport auch eng miteinander verzahnt ist, wird durch den SPD-Antrag sehr deutlich. Wir Grüne bedanken uns für diese Initiative, weil sie uns die Gelegenheit gibt, über diese Fragen hier zu sprechen.

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft hat im Oktober 2018 eine Sonderpublikation zum Thema „Die Lebenssituation von Spitzensportlern und -sportlerinnen in Deutschland“ herausgebracht. Diese Studie belegt eindrucksvoll, welche Belastungen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in Kauf nehmen, um ihren Sport ausüben zu können. Die befragten Athleteninnen und Athleten arbeiten im Durchschnitt 56 Stunden in der Woche, 32 Stunden davon gehen für den Sport und 24 Stunden für die Erwerbsarbeit drauf. 1.560 € im Monat haben Athletinnen und Athleten im Durchschnitt als Einkommen. Das ist nicht besonders viel. Viele müssen ihre Stipendien durch ihr Ersparnis oder Zuschüsse von Verwandten oder Freundinnen und Freunden aufbessern. Setzt man die monatlichen Einnahmen und den Zeitaufwand für Sport, Beruf und Ausbildung in Relation, ergibt dies einen kalkulatorischen Mindeststundenlohn von 7,41 € Das liegt deutlich unter dem, was wir als Mindestlohn für richtig halten.

(Rasmus Andresen)

Gleichzeitig ist Spitzensport zu betreiben nicht nur zeitaufwendig, sondern auch sehr teuer. Mehrere tausend Euro können je nach Sportart und Sportlerinnen oder Sportler dafür draufgehen, um beispielsweise Ausrüstung oder Reisen zu finanzieren. Auch wenn es dem öffentlichen Bild von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern nicht entspricht, zeigt das: Man muss es sich leisten können, eine Karriere als Spitzensportlerin oder Spitzensportler anzutreten.

Wenn wir einmal von männlichen Fußballprofis absehen - denen geht es meist deutlich besser, zumindest wenn sie sehr gut sind -, zeigt dies, dass wir bei vielen anderen Sportarten, gerade auch bei Frauen, die Spitzensport betreiben, noch sehr, sehr viele Aufgaben vor uns haben.

Das Ziel des SPD-Antrags, sehr geehrte Kollegin Wagner-Bockey, Spitzensportlerinnen und -sportler eine gewisse berufliche Perspektive außerhalb des Leistungssports zu geben, unterstützen wir. 70 % der Spitzensportlerinnen und -sportler entscheiden sich zurzeit für ein Studium. Auch das wird durch die besagte Studie deutlich. Aber wir brauchen auch in anderen Ausbildungsbereichen mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Spitzensportlerinnen und -sportler. Die Möglichkeiten, die Bundes- und Landespolizei für junge Sportlerinnen und Sportler bisher schon geben, sind großartig. Das unterstützen wir Grüne. Es muss aber auch außerhalb der Polizei möglich sein, diesen Weg zu gehen. Deshalb ist es gut, dass wir heute darüber reden.

Nun schlagen Sie als SPD-Fraktion als konkrete Maßnahmen unter anderem die Schaffung von fünf Förderstellen möglichst in unterschiedlichen Bereichen des Landesdienstes vor. Das klingt auch erst einmal sympathisch. Jetzt sind wir Grüne in der Debatte - das sage ich ganz offen - noch nicht so weit, dass wir heute sagen, dem stimmen wir unverändert zu. Zum einen ist es ein Antrag - das sage ich als Haushaltspolitiker -, der etwas mit Haushaltspolitik zu tun hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das muss man auch berücksichtigen. Unsere Finanzministerin, die derzeit nicht im Raum ist, mahnt uns zu Recht, dass wir mit dem Thema Stellenplanung und Ausgaben insgesamt sehr zurückhaltend umgehen sollten. Wir sind zum anderen, ähnlich wie die Kollegin Ostmeier es gerade gesagt hat, noch nicht vollends davon überzeugt, dass dieses sehr starre Instrument von fünf Förderstellen die

Antwort auf die Probleme ist, die Sie vollkommen zu Recht beschreiben.

Deswegen wollen wir dort ansetzen, wo Andreas Breitner oder wahrscheinlich Stefan Studt aufgehört hat, nämlich beim Thema Duale Karriere in der Landesregierung beziehungsweise in der Landesverwaltung. Dazu brauchen wir vielleicht keine zusätzlichen Maßnahmen, sondern müssen nur das ausarbeiten, was, wie gesagt, von der Vorgängerkoalition angestoßen wurde. Wenn das so ist, können wir das gut gemeinsam machen. Wenn wir allerdings im Ergebnis auch mit den Landessportverbänden dazu kommen, dass weitere Initiativen erwünscht sind, diese finanzpolitisch darstellbar sind, können wir gern auch das machen. Wir sollten uns die Zeit nehmen, uns über all diese Fragen nicht nur über die „Lübecker Nachrichten“ mit dem Sportverband auszutauschen, sondern auch hier im Parlament.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Deshalb ist es gut, dass wir diesen Antrag überweisen.

(Zuruf SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich gehe davon aus, dass die Grünen, wenn sie in der Presse auftauchen, trotzdem vorher mit den entsprechenden Fachleuten gesprochen haben. Bei uns ist das jedenfalls der Fall. Bevor sich weitere Koalitionsredner mit Zahlen und Sonstigem bemühen, zu erklären, warum wir den Antrag der SPD jetzt nicht beschließen können, wollte ich nur das Signal abgeben - wir haben Freitagmittag -: Die SPD-Fraktion wird der Überweisung von beiden Anträgen natürlich zustimmen.

Das Bessere ist der Feind des Guten. Wenn es noch weitere gute Ideen gibt, um gemeinsam zum Ziel zu kommen, werden wir uns dem nicht versperren. Dann brauchen wir hier jetzt nicht länger über Haushaltszahlen zu diskutieren. - Das auch für die nachfolgenden Rednerinnen und Redner.

(Rasmus Andresen)

(Abg. Dr. Dolgner und Dr. Stegner unterhalten sich)

- Bitte bleiben Sie stehen! - Herr Kollege Dolgner, reden Sie mit mir oder Ihrem Fraktionsvorsitzenden? - Danke.

Mir ging es gar nicht darum, das als Vorwurf in Ihre Richtung zu formulieren. Mein Punkt war: Ich persönlich habe noch nicht mit dem Landessportverband und anderen über Ihre Initiative gesprochen. Das heißt, ich habe da noch Beratungsbedarf. Ich habe gerade für uns Grüne erklärt - Frau Ostmeier hat das für die CDU getan -, dass wir das gerne im Ausschuss gemeinsam mit Ihnen, aber auch gemeinsam mit Akteuren aus dem Sport diskutieren wollen. Mehr wollte ich gar nicht rüberbringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb glaube ich, dass es gut ist, dass wir die Anträge gemeinsam überweisen. Vielleicht entsteht daraus ein gemeinsamer Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD will jetzt auch im Sportland Schleswig-Holstein mitspielen. Herzlich willkommen mit Ihrem Antrag, SPD!

(Beifall FDP)

Ich frage mich nur, warum dieser Antrag erst jetzt kommt.

(Zuruf SPD)

Die SPD hatte mit ihrem Innenminister Breitner bereits einen Spielgestalter auf dem Feld - wir hörten es -, der sich des Themas angenommen hat. Ich zitiere aus seiner Pressemitteilung von 2014:

„Schleswig-Holstein wirbt gezielt um Spitzensportler für eine Ausbildung in der Landesverwaltung“

Und weiter:

„Niemand muss wegen seines Sports auf die berufliche Karriere im Landesdienst verzichten.“

Doch Breitner wurde aus dem Spiel genommen. Aber ich honoriere, dass wenigstens seine ursprüngliche Idee geblieben ist, auch wenn Ihr Antrag aus meiner Sicht nicht viel davon übrig gelassen hat.

Ich gehe im Einzelnen darauf ein. Sie fordern eine sofortige Schaffung eines Pools von fünf Stellen. Dagegen beklagt Ihre Parteikollegin Beate Raudies ziemlich scharf den Stellenaufwuchs in der Landesverwaltung.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

In den „Kieler Nachrichten“, also unmittelbar vor oder vielleicht auch zeitgleich mit der Antragstellung, kritisierte Beate Raudies, dass die Personalausgabenquote auf über ein Drittel der Ausgaben steigen.

(Beate Raudies [SPD]: Ja!)

Zitat:

„Der Stellenaufwuchs kann so nicht unbegrenzt weitergehen.“ Die Landesregierung muss prüfen, ob nicht auch Stellen wegfallen können.“

(Beate Raudies [SPD]: Richtig!)

Was denn nun: Attacke oder die Null muss stehen?

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Das geht für mich mit Ihren Antragsforderungen für mich so nicht zusammen. Da muss der Trainerfuchs Stegner erst einmal in seinen eigenen Reihen für eine saubere Aufstellung sorgen.

(Beifall FDP - Beate Raudies [SPD]: Witzig! Witzig!)

Ich störe mich an weiteren Aspekten, zum Beispiel der fehlenden Ausgestaltung. Frau Ostmeier ist schon darauf eingegangen. Diese fünf Poolstellen werden einfach so in den Raum gestellt. Herr Dr. Dolgner, ich habe Ihre Erklärung dazu vernommen,

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber nicht verstanden!)

allerdings ohne sich große Gedanken dabei zu machen und einige wichtige Fragen zu klären, die für mich relevant sind: Auswahlkriterien, Frauenquote, Berücksichtigung der paralympischen Athleten. Das sind Aspekte, die man zum Beispiel diskutieren muss.

Ihr Antrag fordert weiterhin, auch die Ausbildungsplätze in der Privatwirtschaft zu untersuchen. Sie fordern also etwas, dass es durch Beschluss der

(Jörg Hansen)

Sportministerkonferenz längst gibt und zu dem sich zum Beispiel die Industrie- und Handelskammern bereits bekannt haben und jährlich Preise ausschütten.

Ich bin dafür, statt neue Instrumente in den Raum zu stellen, bestehende Instrumente auszubauen und zu verbessern. Im Ziel sind wir uns also einig. Aber darüber darf man nicht vergessen: Es bleibt immer die individuelle Entscheidung des Athleten, wie die Vergangenheit gezeigt hat, denn die Angebote für eine duale Karriere, die Trainingspläne und Wettkämpfe berücksichtigt, individuelle Ausbildungspläne erstellt und modulhafte Prüfungen vornimmt, werden nur in geringer Zahl wahrgenommen. Das hat mir das Innenministerium auf meine Anfrage erläutert.

Worauf kommt es also nun an? Erstens. Wir müssen den Rahmen schaffen, Spitzensport in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Dazu gehören Trainingsstätten, für die wir jetzt richtig Geld in die Hand genommen haben - etwas, was jahrelang, auch unter SPD-Verantwortung, vernachlässigt wurde und nun mit fünf Stellen kompensiert werden soll. Zweitens. Wir brauchen Nachwuchs- und Talentförderungen. Der VfB Lübeck beispielsweise - Herr Baasch! - macht es mit seinem Nachwuchszentrum vor.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Baasch will auch einmal gelobt werden!)

Insbesondere Projekte wie „Trainer machen Schule“ bringen die Kinder mit Begeisterung an die Bewegung. Allein in diesem Projekt wurden an 65 Schulen 4.078 Schülerinnen und Schüler erreicht. Dieses Projekt strahlt derzeit bis nach Österreich aus, wo in Graz an 14 neuen Schulen mit über 1.400 Kindern Basketball gespielt wird. Hier müssen wir ansetzen.

Ich bin bereit, über jede sinnvolle Maßnahme zu diskutieren, aber leider nicht mit halbherzigen Vorstößen.

Ich möchte in Sportlersprache schließen: Jamaika tut viel für den Sport. Das war nun ein Angriff über links von der SPD. Aber in der Mitte werden die Tore gemacht. Und da stehen wir. - Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das war ein Elf-meter ohne Torwart!)

Herr Schaffer, einen kleinen Moment! Ich unterbreche kurz. Es geht jetzt auf 13 Uhr zu. Ich weise darauf hin, dass der Innen- und Rechtsausschuss nicht um 13 Uhr, sondern nach Beendigung dieser Tagung tagt.

Claus Schaffer [AfD]:

Das freut mich. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Die schleswig-holsteinischen Spitzensportler sind Imageträger unseres Landes und Vorbilder für die Jugend. Jugendliche suchen Orientierung, und diese finden sie oftmals bei Leistungssportlern aus den unterschiedlichsten Sparten. Aus diesem Grunde begrüßen wir grundsätzlich den Antrag der SPD, der uns heute Gelegenheit gibt, im Landtag über die leistungssportliche Förderung für den paralympischen und olympischen Spitzensport zu sprechen.

Schauen wir uns aber die tatsächlichen Gegebenheiten an. In den Olympiastützpunkten Ratzeburg und Kiel - das sind Sportbetreuungseinrichtungen des Bundes - erhalten die Spitzenathleten eine Laufbahnberatung für die Kader A bis C und D. Der Deutsche Olympische Sportbund entwickelt ein nachhaltiges Konzept zur arbeitsmarktorientierten Kooperation von Spitzensport und Unternehmen.

Die Fürsorge für Leistungssportler ist jedoch nicht nur eine Angelegenheit des Bundes, es muss auch für das Land von Interesse sein, sportliche Höchstleistungen zu fördern, anzuerkennen und zu gestalten.

Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag erklärte:

„Dabei richten wir zu gleichen Teilen unseren Blick sowohl auf den Breiten- und Gesundheitssport als auch auf den Leistungs- und Spitzensport.“

Schauen wir uns also an, was die Landesregierung bisher getan hat: Unter der Überschrift „Duale Karrieren im Sport“ hat die Landesregierung auf dem Landesportal Schleswig-Holstein ihre Bemühungen im Bereich des Leistungssports zusammengefasst. Viele Maßnahmen wie Talentförderung an den Schulen durch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Leistungssport sowie Partnerschulen des Leistungssports verbessern die Möglichkeiten sportlich hochbegabter Schüler, ihre Karriere mit ihren sportlichen Pflichten in Einklang zu bringen. An den Universitäten und Fachhochschulen erhal-

(Claus Schaffer)

ten Spitzensportler über eine Profilquote eine bevorzugte Zulassung an Hochschulen und Fachhochschulen des Landes.

Allerdings erhalten Spitzensportler bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz in der Landesverwaltung trotz ihrer sportlichen Leistung keinen Vorrang, sie besitzen aber die Möglichkeit, die Ausbildungszeit zu verlängern. Während andere Jugendliche die Weichen für das Berufsleben stellen, widmen Spitzensportler ihre Zeit dem Sport. Dabei ist ungewiss, ob ihre herausragenden Leistungen und ihre Leidenschaft ausreichen, um den Durchbruch in die nationale oder internationale Spitze zu schaffen.

Diejenigen, die dieses Ziel nicht erreichen, müssen Ausschau nach anderen Möglichkeiten halten, ohne dass sie beim Auswahlprozess für den Landesdienst bevorzugt werden. Allerdings, und das ist nicht ganz ohne Bedeutung, kommen ihnen die Eigenschaften, die sie zu Spitzensportlern werden ließen - das sind Ehrgeiz, Verlässlichkeit, Ausdauer und eine hohe Belastungsfähigkeit -, bei der Suche nach einem Beruf zugute.

Spitzensportler sind auf dem Arbeitsmarkt heiß begehrt. Man weiß dort um ihre Leistungsfähigkeit und ihre Willenskraft. Das gilt ganz besonders für die Privatwirtschaft.

Schleswig-Holstein hat sich zudem mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Bundesinnenministerium sowie einem Athletenvertreter zusammengeschlossen, um die freie Wirtschaft dafür zu gewinnen, die dualen Karrieren für Spitzensportler zu fördern. Weitergehende Ratschläge aus dem Ministerium oder gar einen planwirtschaftlichen Vorschlag der SPD-Fraktion braucht die Privatwirtschaft hier nicht. Durch die duale Karriere in IHK-Berufen sind bereits modellhafte und vorbildliche Vereinbarungen erarbeitet worden, um Spitzensportler zu fördern.

Sportförderung bleibt eine der zentralen politischen Aufgaben unseres Landes. Es ist gut und richtig, sportliche Höchstleistungen anzuerkennen und zu honorieren. Aber anstatt sich bevormundend in die Lebensgestaltung der einzelnen Leistungssportler einzumischen, sollten bereits bestehende Maßnahmen der Landesregierung ausgeschöpft und gemeinsam mit den Sportverbänden Vorschläge zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven erörtert werden. Der richtige Ort, und das klang hier auch schon an, ist dafür einfach der Innenausschuss. Den Antrag in der Sache würden wir insofern ablehnen,

aber wir freuen uns auf die Beratung im Innen- und Rechtsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist für viele junge Menschen, die ein außergewöhnliches sportliches Talent haben, eine sensible Phase. Viele haben neben der Schule zwar schon erheblich in ihre sportlichen Fähigkeiten investiert und den klaren Wunsch, im Spitzensport Fuß zu fassen, aber die Entscheidung für eine leistungssportliche Karriere fällt ihnen trotzdem alles andere als leicht. Der Grund liegt oft darin, dass sie relativ eingeschränkte Möglichkeiten haben, ihren Karrierewunsch mit einer beruflichen Perspektive zu vereinen, aber genau diese berufliche Perspektive brauchen die Sportler, weil sie nicht immer sicher sein können, in ihrer Karriere verletzungsfrei zu bleiben. Dann brauchen sie gerade einen guten und verlässlichen Arbeitgeber.

Oft stehen aber auch monatelange Trainingszeiten im Ausland an, weil die Witterungsbedingungen dort besser sind, oder wichtige Turniere im In- und Ausland inklusive der dafür notwendigen Vorbereitungen stehen einer klassischen Ausbildung im Weg. Hierfür mal einfach so die Ausbildung zu unterbrechen, ist dabei recht schwierig. Wenn sie sich nicht gerade für ein Studium oder eine Laufbahn bei der Bundespolizei, vielleicht auch bei der Landespolizei oder bei der Bundeswehr entscheiden, wird es mit den Alternativen knapp. Aus Sicht des SSW sollte sich da gerade mit Blick auf die Ausbildungsberufe dringend etwas ändern. Deshalb können wir den vorliegenden Antrag der SPD auch unterstützen.

Auch wir sind der Auffassung, dass der Sport in seiner gesamten Breite eine hohe gesellschaftliche Bedeutung hat. Sport zu treiben, ist nicht nur gesund, sondern fördert auch soziale Kompetenzen, ganz egal, ob im Hobby- oder Profibereich, egal, ob mit Handicap oder ohne. Deshalb muss der Sport auf allen Ebenen gefördert werden. Dieser Punkt ist dem SSW besonders wichtig.

(Beifall SSW und Barbara Ostmeier [CDU])

Wir wollen gute Rahmenbedingungen sowohl für Spitzenathleten wie für den Breitensport. Deshalb

(Lars Harms)

haben wir unsere Regierungsbeteiligung nicht zuletzt auch dafür genutzt, um Sportstätten zu sanieren und die Arbeit der Vereine und Schulen mit insgesamt fast 50 Millionen € zu unterstützen.

Wenn die SPD mit ihrer Initiative nun explizit die beruflichen Perspektiven von jugendlichen Leistungssportlern verbessern will, ist das richtig. Aber auch hier sollten wir sicherstellen, dass der Kreis der Empfänger, wenn man das so nennen will, nicht zu exklusiv wird. Natürlich sind paralympische und olympische Spiele wichtig, aber Spitzensport ist mehr als das. Längst nicht jede Sportart ist olympisch, und nicht allen angehenden Spitzensportlern sind die Spiele so wichtig und der logische Karrierehöhepunkt. Wir sollten hier also etwas breiter ansetzen und auch nicht olympische Sportarten mitdenken wie zum Beispiel Faustball oder auch Karate. Diese und viele andere Sportarten sind nicht olympische Sportarten, und deren Sportler wollen in den Genuss der gleichen Förderung kommen.

Daneben ist uns aber auch wichtig, dass wir danach differenzieren, ob es schon tragfähige Förderstrukturen gibt oder nicht. In einigen Sportarten stehen viele potenzielle Sponsoren für junge Talente bereit. Angehende Fußballprofis sind zum Beispiel weniger auf Unterstützung und Stellen aus dem Landespool angewiesen als Sportler anderer Sportarten, wo es kaum Unterstützung gibt. Die Bedingungen und Formen der Unterstützung sind nicht überall die gleichen.

Ich hoffe, insgesamt wird deutlich, dass wir die Forderung nach einem Landeskonzept für sinnvoll halten. Hier müssen Bedarfe beschrieben und eben auch langfristige berufliche Perspektiven für die angehenden Spitzensportler entwickelt werden. Sie müssen selbstverständlich auch nach der sportlichen Karriere im Landesdienst verbleiben können. Die Forderung, kurzfristig fünf Stellen zu schaffen, klingt realistisch und ehrlich gesagt natürlich auch noch ausbaufähig.

Doch vor allem mit Blick auf die Privatwirtschaft sehe ich noch viel Potenzial. In anderen Bundesländern, das wurde hier auch schon zitiert, kooperieren berufliche Schulen, Handelskammern und Olympiastützpunkte längst erfolgreich im Sinne der Athleten. Die Vereinbarkeit von Spitzensport und Beruf wird hier unter anderem durch flexible Lehrpläne ermöglicht oder dadurch, dass Ausbildungslehrgänge von drei auf vier Jahre gestreckt werden.

Auch das sollten wir uns genauer anschauen, um die Rahmenbedingungen für möglichst viele Spitzensportlerinnen und -sportler weiter zu verbessern,

denn Schleswig-Holstein ist ein Sportland. Wir sind nicht nur Breitensportland, sondern wir sind auch Spitzensportland. Das müssen wir fördern. Das sind die Vorbilder unserer Jugendlichen. Unsere Jugendlichen warten förmlich darauf, dass sie eben Möglichkeiten erhalten, ihren Sport vernünftig ausüben und Hans-Jörn Arp zeigen zu können, wie leistungsfähig sie sind. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir eben erlebt haben, zeichnet wirklich diese Koalition aus. Haben Sie eigentlich einen Wettbewerb unter sich ausgeschrieben, nach dem Motto: Oh, die Opposition hat eine gute Idee, wie können wir noch ein bisschen rumnörgeln? - Ich muss ganz ehrlich sagen: Der Preis dafür geht eindeutig an die FDP, und die Grünen haben bei diesem Wettbewerb leider nur den dritten Platz gemacht.

(Zuruf: War das jetzt ein Lob?)

- Ja, das war ein Lob. Ich weiß nicht, ob der Kollege Hansen das Umgekehrte mitbekommen hat. Denn erstens: Alles, was Frau Ostmeier dargestellt hat, was schon gemacht wird, was wir natürlich wissen, weil wir es eingetütet haben, ist von einer SPD-geführte Landesregierung gemacht worden, Herr Hansen. Wenn Sie uns auf dem Spielfeld willkommen heißen, frage ich Sie: Wo waren Sie dann? - Draußen vor dem Stadiontor an der Pommesbude wahrscheinlich.

(Beifall SPD - Werner Kalinka [CDU]: Unglaublich! - Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP] - Weitere Zurufe CDU und FDP)

- Jetzt versuchen Sie, etwas zu retten, das ist auch Ihr Job als Fraktionsvorsitzender, funktioniert bloß nicht.

Zu dem Thema: Ganz neue und komische Ideen der SPD, über die wir noch ganz lange reden müssen.

(Zurufe)

- Stellen Sie mir doch eine Zwischenfrage! -: Alle Flächenländer - wenn ich großzügig bin, nehme ich das Saarland noch mit - der Bundesrepublik haben solche Sportförderstätten. Nur wir nicht. Ich gestehe, wir waren nicht sonderlich kreativ, es waren aber einige Koalitionsredner sonderlich kreativ,

(Dr. Kai Dolgner)

Haare in der Suppe zu finden, auch wenn das nur ganz kleine Haare waren. Es gibt dieses Instrument der Sportförderstätten. Wir haben in unserem Antrag mitnichten davon geschrieben, dass wir neue Stellen im Stellenplan beantragen. Es sollten nur Stellen bereitgestellt werden, daher das Wort „kurzfristig“.

Wir wissen, wie Haushalte funktionieren - willkommen auf dem Spielfeld, liebe FDP -, Sie offensichtlich nicht. Sonst hätten Sie uns den Vorwurf nicht gemacht. Ihre Reaktionen am Freitagnachmittag zeigen ja durchaus, dass ich mit meiner Einschätzung dessen, was bei Ihnen abgegangen ist, als Sie unseren Antrag gelesen haben - die entsprechende Presseveröffentlichung dazu ist komplett richtig -, durchaus richtig gelegen habe. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten die Größe gezeigt, wie sie die Küstenkoalition häufiger gezeigt hat, Anträge aus der Opposition aufzunehmen und dann auch entsprechend zu beschließen.

Aber Sie können natürlich auch wieder das Spiel spielen, das Sie beim Thema Gesundheitsfachberufe und Schulgeld gespielt haben: erst den Antrag der SPD abzulehnen, um das dann ein Jahr später als Ihren eigenen Antrag zu verkaufen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist doch unglaublich! - Lachen SPD)

Das war bei den Haushaltsberatungen 2017. - Das ist übrigens keine Glaubensfrage, Herr Kollege Kalinka, sondern eine Wissensfrage. Bei den Haushaltsberatungen 2017 haben Sie das noch abgelehnt.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

- Das ist ja auch völlig okay, Herr Kollege Kilian. Wenn Sie das dann ein Jahr später machen, dann ist den Spitzensportlern damit auch gedient.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

- Nein, das war bei den Haushaltsberatungen 2017. Sie haben die Mittel dann schlicht und ergreifend erst 2018 bereitgestellt. Da waren die Anhörungen und alles andere bereits vorüber. Das kann man dann alles noch einmal mit Herrn Kalinka besprechen, der sich gerade so aufregt.

Irgendwann, liebe Kolleginnen und Kollegen der Jamaika-Koalition, sollten Sie sich, um zumindest die Form zu wahren, einmal überlegen, ob Sie nicht vielleicht doch einem Antrag der Opposition zustimmen könnten, den Sie selber auch gut finden. Oder Sie machen das halt mit einem Jahr Verzögerung. Das ist uns im Prinzip egal.

Ich freue mich auf die intensiven Beratungen im Ausschuss und auf die intensiven Vorschläge, die anders sind als die in allen anderen Bundesländern. Da können Sie einmal Ihre kreative Hilfe zeigen. Die hatten wir leider nicht. Wir wollten einfach nur das machen, was alle anderen schon längst machen und erprobt haben. Ich glaube, am Ende kommt das dann auch heraus, und am Ende müssen wir dann eine Zahl nennen.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

- Wir nehmen auch mehr als fünf, Frau Kollegin Ostmeier, kein Ding.

(Beifall SPD - Barbara Ostmeier [CDU]: Mein Gott!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kathrin Wagner-Bockey.

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, der Kollege Harms hat in seinem Beitrag noch einmal sehr gut herausgearbeitet, was andere Bundesländer machen. Ich finde auch, die Debatte an dieser Stelle zeigt, dass manchmal die Papierlage auf die Realität prallte und sich das nicht übereinanderlegen lässt und es deshalb Verbesserungsbedarf gibt.

Wenn die bisher gemachten Angebote auf den Websites vielleicht nicht auf Anhieb gefunden werden konnten, wenn diese also auch von den Sportlerinnen und Sportlern nicht wahrgenommen wurden, dann muss man überlegen, woran es liegt, und man muss prüfen, wie man diesen Umstand verbessern kann. Ich finde, das ist doch eine Sache, der wir uns dann auch parteiübergreifend gerne widmen können.

(Beifall SPD)

Wenn Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in der freien Wirtschaft so heiß begehrt wären und das alles ein Selbstgänger wäre, dann hätten sie doch nicht so viele Probleme, ihre berufliche Karriere mit ihrer sportlichen Laufbahn in Einklang zu bringen und daraus etwas Gutes zu entwickeln.

(Beifall SPD)

Herr Hansen, Sie haben gesagt, die Tore werden von der Mitte aus gemacht.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf: Genau! - Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt sogar!)

(Kathrin Wagner-Bockey)

- Wenn man auf Elfmeterschüsse angewiesen ist, Herr Vogt, dann ist es so, dann werden die Tore von der Mitte gemacht.

(Beifall SPD)

Wenn wir mit unserem Antrag heute den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt haben, dann haben wir in dieser Sache alles richtig gemacht.

Auch ich freue mich auf die gemeinsamen Beratungen im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das macht ja wieder richtig Lust auf das Fußball-Wochenende. So ist es lange nicht mehr gewesen.

Das Wort für die Landesregierung hat der Herr Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass Spitzensport eine gesellschaftsübergreifende Rolle hat, dass er auch eine Identifikationsform ist, darüber haben wir heute viel gehört. Die Förderung des Spitzensports ist daher wirklich eine nationale Aufgabe und insbesondere auch eine Aufgabe, die ein öffentliches Interesse findet, das ihr auch zusteht.

Das gilt gleichermaßen natürlich auch für die Verwaltung. Wir sprechen momentan von Landesverwaltung und von Polizei, zumal dann, wenn die Verwaltung als auszubildende Dienststelle handelt und sich um die Besten als Verwaltungsnachwuchs bemüht.

Spitzensport wird meist in der Lebensphase ausgeübt, in der junge Menschen üblicherweise die ersten Weichen auch für ihr Berufsleben stellen. Das hat unter Umständen natürlich Folgen für die spätere Erwerbsphase und damit das eigentliche Berufsleben. Diese Folgen gilt es auszugleichen und darauf hinzuwirken, und zwar so, dass den Maßstäben des Sports und gleichermaßen einer vollwertigen Berufsausübung entsprechend Genüge getan wird.

Die allgemeine Verwaltung ist offen für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sowohl in Bundes- als auch in Landeskadern und erwartet von diesen Menschen, von diesen Persönlichkeiten in der Ausbildung insbesondere natürlich auch Impulse, die sie mitbringen, wie Fairplay, Teamgeist, Disziplin und Leistungsbereitschaft, die auch auf die übrigen Auszubildenden vorbildgebend sind.

Seit Jahren unternimmt Schleswig-Holstein eine Reihe von Anstrengungen, um die Voraussetzungen für diese duale Karriere von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern zu verbessern. 2013 wurde die sogenannte Profilquote für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler an den Hochschulen des Landes eingeführt. Bisher haben allerdings lediglich sechs Länder inklusive Schleswig-Holstein dieses umgesetzt.

Zuvor schon, im Jahre 2011, wurden zwei allgemeinbildende Schulen in Kiel-Friedrichsort und in Ratzeburg zu sogenannten Partnerschulen des Leistungssports ernannt. Schleswig-Holstein hat 2010 als Vorsitzland der Sportministerkonferenz gemeinsam mit dem DOSB und DIHK die Rahmenbedingungen für eine duale Karriere bei IHK-Berufen bundesweit verbessert. Seitdem können Betriebe eine Auszeichnung als spitzensportfreundlicher Betrieb erhalten, wenn sie Ausbildungen und Beschäftigungen ermöglichen, die auf die Belange der Sportlerinnen und Sportler besonders Rücksicht nehmen.

2014 wurde hier im Innenministerium die Möglichkeit einer dualen Karriere sowohl in der allgemeinen Landesverwaltung als auch bei der Polizei des Landes umgesetzt. Seitdem können für Bewerberinnen und Bewerber, wenn sie die Voraussetzungen für den Dienst in der Allgemeinen Verwaltung erfüllen, individuell abgestimmte Ausbildungspläne erarbeitet werden, die Sportförderung und berufliche Karriere aufeinander beziehen. Natürlich müssen die erforderlichen Prüfungen bestanden werden, und es kann sein, dass sich die Ausbildungszeit entsprechend verlängert.

Die Landespolizei hat sich hier auch wiederholt flexibel gezeigt und die unterschiedlichsten Modelle angeboten. Um die Ausbildung an die Trainingsnotwendigkeiten anzupassen, wurden beispielsweise auch einzelne Modulprüfungen verschoben.

Aktuell liegt uns eine Bewerbung einer Seglerin aus dem Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein in Kiel-Schilksee vor. In regelmäßigen Gesprächen seitens unserer Fachebene mit den Laufbahnberaterinnen und -beratern des Olympiastützpunktes und der Sportfachverbände wird eben auf diese Möglichkeit der Ausbildung und Beschäftigung gerade im Landesdienst hingewiesen.

Bundesweit sind die Möglichkeiten der dualen Karrierechancen in Schleswig-Holstein allseits anerkannt. Alle Anstrengungen gelten gleichermaßen für den paralympischen wie auch für den olympischen Spitzensport.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich beständig über all die Jahre hinweg um die Förderung der dualen Karriere von Spitzenleistungssportlerinnen und -leistungssportlern bemüht.

Allerdings - und das muss man auch sagen - entscheiden sich nach den bisherigen Erfahrungen die potenziellen Athletinnen und Athleten aus den hier bei uns prägenden insbesondere Schwerpunktsportarten Segeln, Rudern und Beachvolleyball ganz überwiegend allerdings für ein Studium. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowohl bei der Polizei als auch im Landesdienst ist bislang äußerst gering.

Als Vertreter der Landesregierung kann ich sagen: Für die duale Karriere der Kadersportlerinnen und Kadersportler bei uns im Land sind gute - ich würde sogar sagen: sehr gute - Möglichkeiten vorhanden. Sollten sich Sportlerinnen und Sportler dazu entschließen, wird die Landesregierung sie dabei auch nach Möglichkeit unterstützen. Das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in der Zukunft so sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1364 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1388 dem Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Glück auf!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Übergangsregelung für Online-Kasinospiele

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1343

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/1343 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Wildtiere schützen - Stacheldrahtzäune abbauen

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1361

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 19/1361, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Steuerformulare geschlechtsneutral und diskriminierungsfrei gestalten

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1365 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1252

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen; die Reden zu diesem Punkt geben Sie bitte zu Protokoll.

Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1252, dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Drucksache 19/1378

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1378. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht.

(Zuruf: Wehe! - Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall.

Ich weise noch darauf hin, dass die Gesamtabstimmung mit Ausnahme von Tagesordnungspunkt 19 erfolgt, über den wir soeben gesondert abgestimmt haben.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/1378 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Bevor wir die Tagesordnung schließen, weise ich darauf hin, dass die nächste Tagung vom 15. bis zum 17. Mai 2019 stattfinden wird und wir um 10 Uhr beginnen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend und schöne Ostern.

Diese Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:26 Uhr

Anhang**Reden zu Protokoll****Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1252

Anette Röttger [CDU]:

Herr Präsident! Unser Land hat seine ganz eigene Geschichte und verfügt über so manchen authentischen Ort des Gedenkens und Erinnerns. Im Berichtszeitraum fanden zahlreiche Besuche der Ministerin und der Staatssekretäre in Gedenkstätten hier in Schleswig-Holstein statt. Unser Ministerpräsident war auch zusammen mit Bildungsministerin Karin Prien zu Gast in Ausschwitz. Auch ich habe im vergangenen Jahr Veranstaltungen erlebt und Gedenkstätten besucht. Mich haben meine Besuche der KZ Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund und der Gedenkstätte der Lübecker Märtyrer in der Lutherkirche sehr berührt und tief bewegt.

Seit 2015 gibt es ein Landesgedenkstättenkonzept. Nun hat Bildungsministerin Karin Prien uns einen Bericht über die Umsetzung dazu vorgelegt. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich.

Unser Dank geht aber auch an die zahlreichen Ehrenamtler, die sich in diesem Bereich seit vielen, vielen Jahren engagieren. Ohne sie wäre so manche Gedenkstätte nicht entstanden, und ohne sie wäre die Erinnerungskultur hier bei uns in Schleswig-Holstein nicht so lebendig. Zeitzeugen gibt es inzwischen nur noch wenige. Viele Ehrenamtler haben mittlerweile eine Altersgrenze erreicht. Daher ist es ein Hauptziel des Landesgedenkstättenkonzeptes, das Erreichte abzusichern.

Das erklärte Ziel, die nächste Generation für dieses Thema zu sensibilisieren und aufzuklären, erscheint wichtiger denn je. Es erfordert ein schlüssiges, modernes Bildungskonzept mit geeigneten zeitgemäßen Vermittlungsformen und auch mit neuen Medien. Deshalb ist es uns wichtig gewesen, die Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit zu erhöhen. Die Nachfrage nach Schülerfahrten an diese Orte des Gedenkens ist in den letzten Jahren gestiegen. Es zeigt, dass das Thema in Schule und Unterricht aufgegriffen und behandelt wird, und das ist gut so. Ich freue mich, dass die Landesmittel dafür aufgestockt worden sind und bin davon überzeugt, dass dieses Geld hier gut angelegt ist.

Der Bericht kommt im Jahr der politischen Bildung und in einer Zeit, in der wir uns vermehrt mit der Bedeutung unserer so wertvollen Demokratie auseinandersetzen müssen. Eine lebendige Erinnerungs-

kultur ist in diesem Prozess unverzichtbar. Wir brauchen diese Lernorte der Demokratie, denn Zeiten totalitärer Ideologien dürfen in Deutschland nie wieder politischen Boden gewinnen.

Dieser Bericht kommt aber auch in einer Zeit, in der wir auf viele Anlässe und Gegebenheiten insbesondere in der jüngsten Vergangenheit zurückblicken, die nicht nur dem Gedenken und Erinnern dienen, sondern immer auch auf die Zukunft ausgerichtet waren. Ich denke unter anderem an den Abschluss des neuen Staatsvertrages mit den jüdischen Landesverbänden.

Schleswig-Holstein hat sich lange schwergetan, mit der Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten umzugehen. Erst in den 1980er-Jahren haben sich an diversen historischen Schauplätzen Initiativen für Erinnerungsorte entwickelt. 2002 wurde die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten gegründet, und seit 2012 gibt es eine Landesarbeitsgemeinschaft, die sich mit der Zukunft der Stätten befasst.

Zu den wesentlichen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, gehören neben der inhaltlichen Weiterentwicklung die Frage nach der geeigneten Umsetzung von Botschaften aus Gedenkstätten an die nächste Generation.

Die meisten Gedenkstätten haben Investitionsbedarf, und vielerorts braucht das Ehrenamt Unterstützung. So ist es zu begrüßen, dass 2019 erstmals sechs Gedenkstätten von projektbezogenen Fördermitteln für Personal- und Verwaltungsaufgaben profitieren.

Der Bericht hat dargestellt, dass sich die Landesregierung der Verantwortung im Umgang mit den Gedenkstätten bewusst ist. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, die Vernetzung von Schulen und Gedenkstätten längerfristig zu stärken.

Ein guter Geschichtsunterricht an den Schulen, eine stärkere Einbindung der Universitäten in den unterschiedlichsten Disziplinen und der Fortbestand eines unverzichtbaren Ehrenamtes werden mit der professionellen Begleitung und Unterstützung aus Landesmitteln die wesentlichen Säulen einer zeitgemäßen Erinnerungsarbeit darstellen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Gerade in Zeiten des wieder verstärkten Nationalismus und des Aufstiegs rechtsextremer Parteien bei uns und in anderen Ländern ist die Erinnerungsarbeit in den Gedenkstätten von ele-

(Marlies Fritzen)

mentarer Bedeutung für unsere Demokratie. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus führt uns vor Augen, wozu Menschen fähig sind und was aus politischem Extremismus folgt. Unsere Gedenkstätten sind als außerschulische Lernorte deshalb so wichtig wie eh und je. Es ist gut, dass diese Landesregierung die Stärkung ihrer Arbeit, die unter der vorherigen Regierung begonnen wurde, fortsetzt.

Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein sind sowohl strukturell als auch institutionell sehr unterschiedlich aufgestellt. Häufig aus ehrenamtlichem Engagement heraus entstanden, stehen sie vor einem Generationenwechsel, der seitens der Landespolitik begleitet werden muss. Die bisher geleistete Arbeit soll dabei fortgesetzt und zugleich über neue Formen der Unterstützung nachgedacht werden. Wie bereits im Landesgedenkstättenkonzept von 2015 beschrieben, geht es hierbei vor allem um eine stärkere Professionalisierung und Hauptamtlichkeit.

Nach der verbesserten Finanzierung der Gedenkstätten in den letzten Jahren müssen wir heute verstärkt dahin wirken, die Zukunft der Gedenkstätten nachhaltig und institutionell zu sichern. Gemeinsam mit der „Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“ und der „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein“ sollten Konzepte für eine stärkere Professionalisierung der Arbeit und eine strukturelle Weiterentwicklung entwickelt werden.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Uns ist wichtig, dass die kritische Erinnerung an Herrschaft, Verbrechen und Verfolgung im Nationalsozialismus gesellschaftsnah und mit modernen Mitteln erfolgt, damit auch die nachfolgenden Generationen die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte haben. Die Erinnerung an die Verbrechen an der Menschheit der Nazis muss in unseren Gedenkstätten aufrechterhalten werden.

In der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ladelund erfahren die Besucherinnen und Besucher beispielsweise, was vor Ort geschehen ist. Sie werden mit Augenzeugenberichten konfrontiert und erfahren, wie die Häftlinge von Achtrup aus nach Ladelund getrieben wurden. Sie erfahren, dass die Bevölkerung gesehen hat, wie die Häftlinge auf dem Rückweg Tote und Kranke zurücktrugen. Niemand konnte das übersehen.

Es ist von besonderer Wichtigkeit, die Orte des Verbrechens selbst als Mahnmale zu erhalten. Wir

müssen die Wege nachvollziehen und aus unseren eigenen Wohnorten lernen können.

Die Erinnerungs- und Gedenkarbeit liegt dem SSW traditionell besonders am Herzen. Das haben wir immer wieder bewiesen. Dazu gehört das fortschrittliche Denkmalschutzgesetz des Landes, die wissenschaftliche Aufarbeitung der strukturellen und personellen Kontinuität nach dem Dritten Reich und schließlich die Stärkung der Erinnerungskultur im Land durch das Landesgedenkstättenkonzept.

Unter unserer SSW-Kulturministerin Anke Spoorendonk hat das Land Schleswig-Holstein das erste Gedenkstättenkonzept des Landes umgesetzt. Ein Konzept zur Förderung und Weiterentwicklung von Erinnerungsarbeit an historischen Lernorten, zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur in Schleswig-Holstein. Damals haben wir begonnen, die Erinnerungsorte, die es bei uns bereits gibt, bei der anfallenden Modernisierung zu unterstützen. Wir sind froh, wenn diese Arbeit fortgeführt wird.

Unter Anke Spoorendonk hat das Land begonnen, der strukturellen Unterfinanzierung der Gedenkstättenarbeit entgegenzuwirken. Das war bitter nötig, und die Steigerung der Förderung muss auch in Zukunft dringend fortgesetzt werden.

Hier darf die Unterstützung aber nicht aufhören. Von den ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen, die die Gedenkstättenarbeit tragen, wissen wir, dass sie an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Wir brauchen in Schleswig-Holstein endlich eine Institution, die die Trägerschaft von Gedenkstätten übernehmen kann.

Wir muten unseren Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, denen wir großen Dank für die Aufrechterhaltung der Gedenkstätten schuldig sind, oft und immer noch zu viel zu. Dabei sollte eigentlich das Hauptamt das Gerüst sein, auf dem das Ehrenamt steht.

Die Kulturministerin des Landes hat aus unserer Sicht jetzt die Aufgabe dafür zu sorgen, die Zusammenarbeit von Ehrenamt und einem weiter aufzubauenden Hauptamt zu gestalten. Wir brauchen Konzepte zur strukturellen Stärkung der Gedenkstättenarbeit und Vorschläge für Entwürfe, in welcher Form das Land die Trägerschaft übernehmen kann.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum brauchen wir eine Erinnerungskultur? Und wie erinnert man - fast 75 Jahre nach Kriegsende - richtig? Oder anders gefragt: Wozu braucht man eigentlich ein Landesgedenkstättenkonzept?

Die Antwort gibt uns eine jüdische Weisheit, die Richard von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985 zitiert hat:

„Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“

Dieser Satz fasst in Worte, was mir am Herzen liegt, und was die Landesregierung mit dem Landesgedenkstättenkonzept bewirken will: Die Antwort auf Vergessen ist Erinnerung - eine reflektierte Erinnerung.

Da brauchen wir keine einstündigen Kurzbesuche, sondern qualifizierte Projektstage. Nur so entsteht ein nachhaltiger Beitrag zur historischen und politischen Bildung, zur Demokratie-Erziehung. Dafür setzen wir uns mit vielen Partnern ein: An dieser Stelle möchte ich insbesondere der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten - BGSCH - danken sowie dem Landesbeauftragten für Politische Bildung, der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein - LAGSH - und den vielen Ehrenamtlichen für ihren unermüdlichen Einsatz, die Erinnerungskultur wachzuhalten.

Politik kann Rahmenbedingungen schaffen. Ich unterstütze nachdrücklich das Ziel, dass möglichst alle Jugendlichen in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte mit Bezug zu NS-Verbrechen besuchen, dies aber eingebettet in das Unterrichtsgeschehen, qualitativ betreut mit Vor- und Nachbereitung.

Wir brauchen eine kritische Aufarbeitung der Geschichte. Wir brauchen eine Reflexion der Vergangenheit, der Mechanismen, mit denen Hitler und die Nationalsozialisten gearbeitet haben, und mit denen Diktatoren und Ideologen in aller Welt arbeiten und heute noch Erfolg haben.

Genau das ist bei unserem Landesgedenkstättenkonzept der Fall. Wir verfolgen damit zwei übergreifende politische Ziele: erstens die Fortführung der kritischen Erinnerung an Herrschaft, Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus, und zwar mit zeitgemäßen Mitteln in einem demokratischen und pluralistischen Prozess, und zweitens eine

nachhaltige Schärfung des Bewusstseins für die kontinuierliche Gefahr antihumaner und demokratiefeindlicher Entwicklungen - insbesondere an den historischen Orten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischen Terrors.

Der Bericht liegt Ihnen vor. Lassen Sie mich gleichwohl einige Stichpunkte hervorheben: Wir haben die Finanzierung der Gedenkstättenarbeit deutlich erhöht: von 230.000 € in 2015 auf aktuell 375.000 € also um 63 %.

Wir gewährleisten seit 2018 deutlich mehr Planungssicherheit durch einen dreijährigen Fördervertrag mit der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten - BGSCH. Damit haben wir einen Strategiewechsel hin zu mehr Hauptamtlichkeit eingeleitet. Dies soll Schritt für Schritt weitergehen, aber - das muss ich der Ehrlichkeit halber auch sagen - ohne eine deutliche kommunale Beteiligung wird es nicht funktionieren.

Wir konnten zusätzlich zahlreiche Gedenkstätten modernisieren mit einem Fördervolumen von knapp 4 Millionen €, etwa in Ladelund, Kaltenkirchen, Husum-Schwesing, die Neulandhalle sowie die Carlebach-Synagoge in Lübeck.

Ich bin sehr froh, dass die Regierungsfractionen für 2019 noch einmal 500.000 € für bauliche Investitionen aus IMPULS-Mitteln zur Verfügung gestellt haben. Damit sollen insbesondere die Gedenkstätten in Ahrensböck, Kaltenkirchen und der Kieler Flandernbunker modernisiert werden.

Wir waren uns im Kabinett sehr einig, dass wir jüdisches Leben im Land stärken wollen. Eine Stärkung der Erinnerungskultur gehört dazu. Auch Demut. Und wir erleben, wenn wir in die Gegenwart schauen: Freundschaft! Das beeindruckt mich zutiefst.

Mich freut der Abschluss des neuen Staatsvertrages mit den beiden jüdischen Verbänden und die deutliche Erhöhung der Landesleistung auf 800.000 €

Auch die Schülerfahrten-Förderung haben wir ausgebaut: Wir haben die Mittel 2018 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und konnten so allein im vergangenen Jahr 36 Fahrten fördern. 2017 waren es nur 17 Fahrten. Für dieses Jahr liegen bei der BGSCH bereits Anträge für über 20.000 € vor. Allein damit erreichen wir mehr als 2.000 Schülerinnen und Schüler.

Und für dieses Jahr stehen konkret weitere Planungen an: Uns beschäftigt aktuell gemeinsam mit der Staatskanzlei und dem MELUND der Aufbau des Henri-Goldstein-Hauses im Quickborner Himmel-

(Ministerin Karin Prien)

moor. Hier haben wir eine enge Begleitung der Konzeptentwicklung zugesagt.

Wir verfolgen den Ausbau der Schnittstelle Schule/Gedenkstätten, zum Beispiel mit dem Modellprojekt der CAU in Kaltenkirchen, mit der AG Gedenkstätten- und Museumsarbeit aus dem IQSH oder mit einem Schülerwettbewerb der Bürgerstiftung.

Meine Damen und Herren, wir haben also bereits viel erreicht, nun ist es unsere Aufgabe, das Engagement des Landes und der Kommunen für die Erinnerungskultur und Gedenkarbeit zu stärken und an den Gedenkstätten zu verstetigen. Wir müssen mehr als bisher Professionalisierung und Hauptamtlichkeit fördern - ohne wird es angesichts der Altersstruktur der Ehrenamtlichen nicht gehen.

Wir wollen noch viel mehr junge Leute erreichen.

Lassen Sie mich enden mit einem Satz von Noach Flug. 1925 geboren, 2011 gestorben, er hat Auschwitz überlebt und war Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees - IAK. Er sagte:

„Die Erinnerung ist wie das Wasser: Sie ist lebensnotwendig und sie sucht sich ihre eigenen Wege in neue Räume und zu anderen Menschen. Sie ist immer konkret: Sie hat Gesichter vor Augen, und Orte, Gerüche und Geräusche. Sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluss für bearbeitet oder für beendet zu erklären.“

Vielen Dank.